

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3,50 RM. monatlich 1,10 RM.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Eingelie Kummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Multiplizierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat
eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse.
Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 RM. für das übrige Ausland
3 RM. pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Bulgarien, Serbien,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
zelle oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Beräumungs-Anzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
Wort 20 Pf. (zweifache 2 festgedruckte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.
Einzelzeile und Schlusszeilenan-
zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Wörter über 15 Buch-
staben zählen für zwei Wörter. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Samstag, den 22. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein Parteitag der Arbeit.

Die Chemnitzer Tagung hat ihr Ende erreicht, und die
Delegierten sind in ihre Heimat zurückgekehrt. In alle Ecken
Deutschlands werden die Gedanken, Anregungen und
Direktiven getragen werden, nach denen unsere Millionen-
partei ihren Marsch fortsetzen soll. Der Chemnitzer Parteitag
war nicht nur ein Kongress der deutschen Arbeiterpartei, er
war auch ein Kongress, auf dem viel Arbeit geleistet wurde,
vielfältige, gründliche und, wie man sicher annehmen darf,
fruchtbare und fruchtbringende Arbeit. Das Gesamturteil,
das über diesen Parteitag gefällt werden kann, wird daher ein
befriedigendes sein. Sensationen und die Geister auf-
peitschende oder gar verbitternde Sturmstürme gab es nicht;
die bürgerliche Presse, die wie bei allen unseren Tagungen
von Spaltungen und zerstörenden Richtungskonflikten sabelte,
ist auch in Chemnitz nicht auf ihre Rechnung gekommen.
Ebenso töricht ist das Geschwätz einer Anzahl, besonders
liberaler Blätter, die hauptsächlich in bezug auf den Aus-
gang der Debatte über das Stichwahlabkommen von einem
Sieg des revisionistischen Flügels reden. Denn kein Teil-
nehmer des Parteitages kann im Zweifel sein, daß bei der
Abstimmung über diesen Punkt die Mehrheit von überzeugt
radikalen Genossen gebildet wurde, die der Ueberzeugung
waren, daß der Vorstand in der gegebenen Situation nicht
anders handeln konnte und daß die vielumstrittene Dämpfung
nur eine Maßnahme des politischen Tageskampfes war, deren
Wiederholung schon aus politischen Gründen ausgeschlossen
sei. Es ist also nur ein liberales Hirngespinnst, wenn man
den vereinzelt Leuten in unseren Reihen, die uns aus
einem angeblich „toten Gleis“ herausbringen wollen, einen
Sieg zuschreibt. Das Gegenteil ist der Fall. Der Parteitag
hat in seiner Mehrheit im ganzen Verlaufe der Tagung
keinen Zweifel daran gelassen, daß unsere Politik und
unsere Aufklärungsarbeit auch in Zukunft getragen werden
sollen von den reinen, lebendigen und bewährten
Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes und der sozia-
listischen Wissenschaft. Darum wird und kann die schriftliche
und mündliche Meinungsbildung einzelner „politischer Köpfe“
— um dieses auf dem Parteitage geprägte Schlagwort hier
anzuwenden — nichts ändern. Diese wohlmeinenden, aber die
politischen und sozialen Realitäten falsch oder schief absehenden
Genossen müssen sich schon an dem Beifall bürgerlicher
Politiker und Journalisten genügen lassen, an denen ja auch
auf dem Parteitage kein Mangel war.

Die wichtigste Rundgebung des Parteitages in politischer,
kultureller und internationaler Beziehung war, wie wir gestern
schon betonten, die Stellungnahme zum Imperialismus.
Einmal wird dadurch das Verständnis der Arbeiterschaft für
diese neue und gigantische Phase des Kapitalismus eröffnet
und gefördert und die Erkenntnis, daß der Kampf zwischen
Kapital und Arbeit seinem Endstadium entgegengeht, in immer
breitere Schichten getragen. Weiter hat aber die Imperialis-
musdebatte der ganzen Welt dargetan, daß die deutsche
Arbeiterpartei in ihrer Gesamtheit — hier gibt es nicht die
geringste Meinungsverschiedenheit zwischen rechts und links —
die entschiedenste und zuverlässigste Vorkämpferin gegen
Rüstungswahnsinn und Kriegsgefahr ist. Die Rundgebung des
Chemnitzer Parteitages zum Imperialismus ist eine imposante
Demonstration für den Völkerfrieden, die in der Arbeiterschaft
der ganzen Welt ein lebendiges Echo finden wird.

Die überwältigende Mehrheit des Parteitages hat aber
auch keinen Zweifel daran gelassen, daß die Sozialdemokratie
für den Völkerfrieden nicht bloß mit Worten, sondern auch
durch die Tat eintreten will. Die Unterstützung aller Forderungen,
die auf eine Einschränkung der Rüstungen
hinauslaufen, wird die Partei als ihre politische Aufgabe be-
trachten. Die kleine Gruppe unserer Genossen, die diese Ab-
rüstungsparole für zwecklos halten und den Waffenkampf für
unsere gesamten sozialistischen Forderungen auf ihre Fahne
schreiben, drängen beim Parteitage mit ihren Anschauungen
nicht durch. Diese Genossen vergessen, daß ein Eintreten für
alle Tendenzen, die gegen Rüstungslasten und Kriegs-
gefahren in Erscheinung treten, Hand in Hand gehen kann mit
dem energischen Kampfe für unsere sozialistischen Forderungen,
wie z. B. der der Rüstg. Der Ausgang der Chemnitzer
Imperialismusdebatte gibt die Gewähr, daß die Offensive
gegen Kapitalismus und Imperialismus noch mehr Stützpunkt
erhalten wird als bisher.

Für die innere Politik Deutschlands ebenso sehr wie für
das Lebensinteresse der weitesten Volksschichten ist die
Stellungnahme des Parteitages zur Teuerung von hoher
Bedeutung. Auch hier hat die Partei durch ihre Vertreter
laut und eindringlich kundgegeben, daß sie im Kampfe gegen
agrarisches Interessenpolitik und volksfeindliche Regierung nicht
erlahmen will und daß es nicht an ihr liegt, wenn Unter-
ernährung usw. mit ihren schlimmen sozialen Begleit-
erscheinungen noch weiter am Lebensmarke des deutschen
Volkes nagen.

Auch die Hunderttausende von Bergproletariern, die unten
im Dunkel der Gruben fronen und von Tod und Gefahren
umlauert werden, die das Schlachtfeld der Arbeit jahraus
jahrein mit ihrem Blut düngen, haben aus Chemnitz den
Trost und den Ruf vernommen, daß die stärkste politische
Partei tatkräftig für ihren Schutz eintreten wird.

Mehr rückblickender Art war das, was der Parteitag über
die Wahlen gezeitigt hat. Und wir wollen hier ganz be-
sonders unterstreichen, daß es wohl noch nie eine andere
politische Partei gegeben hat, die nach einem Wahlsiege ohne-
gleiches ihren Erfolg so ruhig, so nüchtern und kritisch, so
frei von jedem überschwenglichen Pathos und Selbstbewei-
rähmung prüfend überschaut und erörtert hat. Wenn das
Stichwahlabkommen Kritiker gefunden hat, so ist das einmal
darauf zurückzuführen, daß es sich hier um Genossen handelt,
die im vordersten Treffen gegen den liberalen Gegner stehen
und standen, und daß man ferner nicht zu unterscheiden wußte
zwischen einer taktischen und einer strategischen Maßnahme.
Um einen großen umfassenden Erfolg zu erringen, müssen im
Kriege oft kleinere taktische Einheiten exponiert werden. In
ähnlicher Weise mußte der Parteivorstand nach dem Tage
der Hauptwahl die Lage auf dem ganzen Wahlkampfplatze über-
schauen, mußte den zu erreichenden Erfolg mit allen, den
Grundanschauungen unserer Politik nicht widersprechenden
Mitteln zu erreichen suchen, er mußte das Ganze im Auge
behalten und durfte die taktische Situation eines oder ein-
zelner Wahlkreise nicht einseitig berücksichtigen. Er hat ge-
handelt, wie er im Interesse der Partei rasch und richtig zu
handeln glaubte, und der Erfolg hat ihm recht gegeben.

Dabei sei noch auf eines nachdrücklich hingewiesen: das
Stichwahlabkommen ist nicht abgeschlossen worden in beson-
derem Vertrauen auf die Zuverlässigkeit des Liberalismus,
sondern nur auf Grund der These von dem kleineren Uebel.
Und auch ein anderes, bisher kaum erwähntes und für die
Zukunft beachtenswertes Argument sei hier angeführt. Die
Fortschrittspartei benahm sich bei der letzten Wahl über-
aus oppositionell und erhielt daher die Gefolgschaft großer
Scharen kaufmännischer und industrieller Angestellten. Das
Abkommen mit der Sozialdemokratie konnte ihr dazu ver-
bietet sie nun, und bei der Wehrvorlage hat sie den Anfang
helfen, ihre platonische Opposition in die Tat umzusetzen,
gemacht, so können wir mit vollem Recht jenen Bevölkerungs-
schichten sagen: Seht, wir haben den Liberalismus im Januar
1912 die Hand gereicht, aber seine Taten entsprachen nicht
den Worten von damals. Ihr habt also nur in der Sozial-
demokratie eine Verfechterin eurer Interessen.

Auch das, was der Parteitag für das innere Organi-
sationsleben der Partei geschaffen und geleistet hat, muß
und wird sich in der Praxis bewähren. Wir standen dem
Projekt des Parteiausbaus skeptisch gegenüber; wir hoffen,
daß diese auf Grund der in Chemnitz vereinbarten Be-
dingungen geschaffene Institution der Einheitslichkeit und
Geschlossenheit unserer Partei diene und ihre Offenstufkraft
stärke. Hierüber und über die weiteren Neuerungen in
unserem Parteistatut wird ja auch weiterhin mancherlei ge-
sagt werden können.

Die Art, wie die Göppinger Affäre und die Frage
der Sonderkonferenzen vom Parteitage erledigt
wurden, war im Interesse des Parteifriedens entschieden die
beste. Daß in einer riesigen Partei, in deren vordersten Reihen
eine Menge urteilsfähiger, kluger Individualitäten in allen
Spielarten des Charakters und des Temperaments stehen,
auch Meinungsverschiedenheiten und Richtungsunterschiede
vorkommen, zum Teil auch persönliche Suspicionen er-
fahren, ist ohne weiteres klar; gerade die Chemnitzer Tagung
hat bewiesen, daß die gemeinsame Basis für alle
der Wunsch ist, den Sozialismus mit allen

Mitteln zu verwirklichen und zum Siege zu ver-
helfen. Das war sogar der Grundton der Diskussion über
den Fall Hildebrandt.

Weniger glücklich können wir den Beschluß des Partei-
tages halten, der die Aufhebung des Nürnberger
Maifeierbeschlusses verfügt. Wir können nur den
dringenden Wunsch äußern, daß alle diejenigen, denen die
Aufrechterhaltung und würdige Durchführung der Maifeier
am Herzen liegt, alles tun, um Reibereien in den Organi-
sationen zu vermeiden, die den Weltfeiertag diskreditieren
können.

Wir hätten auch gern gesehen, wenn der Parteitag der
Anregung, gegen die Todesstrafe speziell vorzugehen, ge-
folgt wäre. Es sollte nur eine Rundgebung gegen den Mehr-
heitsbeschluß des Wiener Juristentages auf Beibehaltung der
Todesstrafe sein. Professor Kahl hat sich dort auf das
„Volksbewußtsein“ berufen. Der Parteitag als Dolmetscher
vieler Millionen des deutschen Volkes hätte sehr wohl zum
Ausdruck bringen können, daß der größte Teil des deutschen
Volkes von dieser mittelalterlichen Barbarei nichts wissen will.

Es ist unmöglich, in diesem Rahmen auf alle Arbeits-
leistungen des Parteitages kritisch einzugehen. Die Tagung
in Chemnitz dokumentierte den festen Willen, geschlossen
und tatkräftig den bisher begangenen Weg fortzusetzen.
Möge daher für alle Genossinnen und Genossen im Lande
draußen die Parole sein:

Run aber raslos weiter!

Der Schluß des Parteitages.

Chemnitz, 21. September 1912.

Der letzte Tag setzte mit spannenden Momenten in der Erör-
terung des Falles Hildebrandt ein. Es war kein „Regergericht“, wie
liberale Journalisten unter Bezugnahme auf den „Fall Traub“ ge-
spöttelt haben, leider sekundiert von einer kleinen Zahl von Genossen.
Das Verfahren gegen Hildebrandt in breiter Öffentlichkeit, unter
Ausnutzung aller durch die Organisation gegebenen Instanzen, ist
wahrlich alles andere als ein Inquisitionsverfahren, und der deutsche
Parteitag ist kein preussischer Oberkirchenrat. Aber ein Mann, der
sich durch die von ihm in seinen wissenschaftlichen Arbeiten
gezogenen Schlussfolgerungen selbst in Gegensatz zu der praktischen
Politik der Partei stellt, wie Hildebrandt, hat keine Stätte mehr in
ihr, trotz aller Anerkennung seiner persönlichen Ehrenhaftigkeit und
seines wissenschaftlichen ehrlichen Forschungstriebes. Wir vertreiben
im einzelnen auf den ausführlichen Bericht über diese interessante
Ausseinandersetzung. In ihr beauftragte Sächheim als
Referent der Beschwerdelkommission den Ausschluß Hildebrandts;
ihm trat Müller-München als Korreferent entgegen. Darauf
hatte Hildebrandt Gelegenheit, seine Anschauungen dem
Parteitage vorzutragen. Er machte den Eindruck eines ehrlich von
seinen Theorien überzeugten weltfremden Gelehrten, gab aber
selbst mehrfach indirekt zu, daß er den elementarsten Forderungen
des Tageskampfes und den politischen Maßnahmen unserer Partei
nicht folgen kann und will. Genosse Dittmann-Sölingen sprach
in Namen der ausschließenden Organisation. An der Diskussion be-
teiligten sich die Genossen Zetlin, Stadnauer, Heine, Laufenberg,
Hofrichter und andere. Die überwiegende Mehrheit des Parteitages,
eines einstimmigen Majoritäts, sprach sich für den Ausschluß
Hildebrandts aus.

Die Aufmerksamkeit des Parteitages ließ leider nach der sechs-
stündigen Hildebrandt-Debatte viel zu wünschen übrig, so daß der
weitere, sich auf verschiedene Ausschlußverfahren beziehende Bericht
der Beschwerdelkommission, den die Genossen Hoffmann aus
Hamburg und Limberg erstatteten, wenig Zuhörer hatte, obgleich
sich an einzelne Fälle eine lebhaft Diskussion anschloß.

Das Resultat der Vorstandswahlen ergab die Be-
stätigung der bisherigen Vorstandsmitglieder;
dasselbe gilt von der Kontrollkommission. Nach einem kurzen
Referat des Genossen Wollenbuhr über den nächsten inter-
nationalen Kongress und die Erledigung der hierzu vorliegenden,
sowie einiger anderen Anträge schloß Genosse Haase mit einem
warm empfundenen anfeuernden Schlußwort den Parteitag.
Nach einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie und dem Gesang der
Wahlrechtsmarschlied gingen die Delegierten auseinander zu neuer
Arbeit.

Die preussische Politik vor Gericht.

Morgen kommt vor der ersten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt der Prozeß gegen unsere Genossen Vorchardt und Veinert zur Verhandlung. Die Anklage ist auf Grund der §§ 123 und 113 Str.-G.-B. erhoben. Abg. Vorchardt wird beschuldigt, in abgeschlossenen Räumen, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, ohne Befugnis verweilt zu haben, in solche Räume widerrechtlich eingedrungen zu sein und dem Polizeileutnant Kolb und den diesem unterstellten Schulzeuten Widerstand geleistet zu haben. Dem Abgeordneten Veinert wird nur Widerstandsleistung vorgeworfen. Die Anklage stützt sich im wesentlichen auf das amtliche Stenogramm über die betreffende Sitzung. Die Angeklagten werden von Rechtsanwält Dr. Heinemann und den Reichstagsabgeordneten Heine und Haase verteidigt werden. Die Anklage ist vom Oberstaatsanwalt Dr. Preuß verantwortlich gezeichnet worden, der sie kurz vor seinem Scheitern dem Vernehmen nach auch selbst in der Hauptverhandlung vertreten wird.

So werden sich also die beiden Abgeordneten, die vom preussischen Volke mit ihrem Vertrauen ausgezeichnet worden sind, vor preussischen Richtern zu verantworten haben, eine drastische Illustration der parlamentarischen Rechte des Volkes wie der Immunität seiner Vertreter! Auch in anderen Parlamenten ist es zu stürmischen Ausbrüchen gekommen. Daß aber die von einer brutalen Majorität Bergewaltigten auch noch in der Gerichtssaal geschleppt werden, das ist echt preussisch.

Es ist ein glücklicher Zufall, daß gerade in diesen Tagen sich die stürmischen Szenen im ungarischen Parlament ereignet haben. Nach der preussischen Duma ist der ungarische Reichstag wohl die schändlichste Skarlaturn auf eine wirkliche Volksvertretung. In Budapest waren es aber nicht etwa die Sozialdemokraten, sondern es waren die Spitzen des ungarischen Feudaladels, die auf Geheiß eines toll gewordenen Präsidenten und einer struppellosen parlamentarischen Majorität, die längst im Hinblick auf die Volks verloren hat, auf Grund einer geschnittenen Geschäftsordnung von der Polizei aus dem Sitzungssaal geschleppt wurden. Es ist letzten Endes immer die Tatsache, daß ein Parlament aufgehört hat, die Vertretung des Volkes zu sein, und zu einer Organisation der Gewalt Herrschaft geworden ist, die zu solchen gewaltsamen Situationen führt. Denn die usurpatorische Majorität fühlt, wie gefährlich ihr die Kritik der Minorität geworden ist, hinter der das Recht des Volkes steht. Sie verliert ihre Ruhe und greift schließlich zu jedem Mittel, um die unbequeme Kritik zu ersticken. Auch in einer wirklichen Volksvertretung kann es einmal zu stürmischen Situationen kommen, aber sie bleiben vereinzelt und haben keine größere politische Bedeutung, während die Stürme in den Privilegienparlamenten Anzeiger der immer stärker werdenden Spannung sind, die die Gewalt Herrschaft der bedröhten Minorität im Volke erregt. Deshalb ist es auch so töricht, wenn auch die liberale Presse darüber lamentiert, daß durch solche Szenen das „Ansehen des Parlamentarismus“ herabgedrückt werden könnte. Als ob Privilegienparlamente irgendeinen Anspruch auf Ansehen hätten, als ob nicht ihr Bestehen die stärkste Verhöhnung des wahren Wesens des Parlamentarismus wäre, als ob sie nicht eine ständige Herausforderung und Provokation aller wirklichen Volksvertreter bedeuteten! Die wahre Ursache des stürmischen Austritts ist das schmachvolle Dreiklassenwahlrecht und die wahren Schuldigen sind diejenigen, welche dieses Schandwahlrecht noch immer aufrechterhalten. Deshalb ist es so lächerlich, daß über den Konflikt, den der verstorbene Freiherr v. Erla mit dem Genossen Vorchardt hatte, preussische Richter befinden sollen, als ob die große historische Frage nach der demokratischen Neuordnung Preußen-Deutschlands in eine Strafkammer gehörte!

Die Reaktionsäre schlüpfen freilich allerhand Hoffnungen an diese Verhandlung. Sie möchten gern vom Gericht die Bestätigung haben, daß der Hausrechtsparagraf nicht in Widerspruch mit dem Reichsgesetz und der preussischen Verfassung steht. Denn selbst von dem nationalliberalen Landgerichtsdirektor Voiskly ist ja gesagt worden, daß der § 64 ungültig sei, weil er dem Strafgesetzbuch und der Verfassung zuwiderlaufe. Ein ihren Wünschen entsprechendes Gerichtsurteil wäre ihnen deshalb willkommen, weil sie dann auch in Zukunft um so struppeloser diese Bestimmung in Anwendung bringen könnten, natürlich nur gegen Sozialdemokraten; denn daß der § 64 in der Praxis bereits jetzt als eine richtige Ausnahmedestimmung gegen unsere Abgeordneten allein besteht, das beweisen die Vorgänge, die sich am 23. Mai cr. im preussischen Abgeordnetenhause abgespielt haben, ja zur Evidenz.

Damals suchte, wie es in dem Sitzungsbericht der konservativen „Schlesischen Zeitung“ hieß, das Zentrum zusammen mit den Polen wiederholt den Minister von Schorlemer durch Lärm und Mißrufe mundtot zu machen, und wollte den Minister nicht weiter sprechen lassen. Bei einer Ausrufung des Herrn v. Kardorff brach ein solcher Tumult los, daß die Sitzung auf längere Zeit wie unterbrochen erschien; und die liberale „Berliner Volks-Zeitung“ schrieb damals: „Der Tumult, der nun entstand, war unbeschreiblich, fast schien es, als wollten die Zentrumsleute und die Polen die Tribünen stürmen. Rufe: „Munter von der Tribüne, Denunziant!“ gellten durch das Goll.“ Auf der anderen Seite unterstützten Konservative und Nationalliberale durch lautes Brüllen ihren Kardorff. Trozdem fiel es keinem Präsidenten ein, den § 64 in Anwendung zu bringen. Der ist eben nur für Sozialdemokraten da, um die Entrechtung des Volkes bei der Wahl durch die Entrechtung seiner wenigen Vertreter zu vervollständigen.

Morgen soll nun das Gericht entscheiden. Es ist klar, daß es vollständig inkompetent ist, soweit es sich um die wirkliche Grundlage des Prozesses handelt; denn dieser Prozeß gehört nicht vor das Forum der Richter, sondern vor das Forum des preussischen Volkes, das entscheiden muß, ob es sich diesen unwürdigen Zustand noch länger gefallen, ob es die Gewalt Herrschaft einer verschwindenden Minorität, die sich gewalttätigerweise in parlamentarische Formen kleidet, noch länger ertragen will. Der § 64 ist, wie immer die Richter entscheiden mögen, ob sie wirklich zu dem unserem Rechtsbewußtsein aufs schwerste widersprechenden Beschluß kommen, daß diese Bestimmung der Verfassung und den Reichsgesetzen entspricht oder nicht, auf alle Fälle ein Ausfluß unerträglicher Willkür Herrschaft. Nicht Vorchardt und Veinert, sondern die Entrechtung des preussischen Volkes ist morgen angeklagt und die Richter können höchstens das verhindern, daß durch ihr

Urteil nicht Politik und Rechtspflege noch mehr vermengt werden. Entscheiden sie, wie die reaktionären Parteien von ihnen fordern, so wird ihr Urteil vor der Masse des preussischen Volkes, der einzigen und maßgebenden Instanz, nicht bestehen können.

Die Teuerung und die Frauen.

Der Kapitalismus hat der proletarischen Frau nie das volle Wohl trauer Häuslichkeit gegönnt. Er reißt sie hinein in sein Trieb- rad, als Lohnslavin muß auch sie für ihn schaffen. Die ständige Not entzieht sie der Familie und ihren Kindern. Schwerer noch als der Proletarier muß sie an den Bürden tragen, die der Kapitalismus seinen Schödlingen auferlegt. Er tötet den Schwangeren die Frucht im Mutterleibe, er mördet die Lebenden im zarten Alter, und den Seerawachsenden drückt er das Gehirn der Entbehrung im frühesten Alter auf. Die Untersuchungen über Säuglingssterblichkeit, die jetzt die „nationale“ Sorge um die Volksvermehrung vornehmen läßt, bieten nur die zahlenmäßigen Belege für die Anklagen, die das Proletariat seit seiner Erziehung gegen den Kapitalismus erhob. Und jetzt ist man in den vollen Zusammenhang aller Schödlungen eingedrungen, die Frauenarbeit auf die Gebärenden und Geborenen ausübt. In den englischen Berichten über Krankheiten, die in erster Reihe die Arbeiterkassen heimsuchen, steht immer wieder die eine Klage: Unterernährung. Trotz aller eigenen Hilfe der Arbeiter und wohlmeinender sozialer „Wohlfahrter“ läßt die zunehmende Teuerung die Not nicht geringer werden. In diesem Sommer hat sie eine Höhe erreicht, daß auch die stumpfsinnigen Frauen fragen müssen: Gibt es keine Hilfe gegen dieses Elend? Wer vermag uns von unseren Sorgen zu befreien? Wenn Frauen Nächte hindurch mit ihren Kindern vor den Toren der Fleischbänke lauern, nur um ein Stück fimmiges Fleisch zu erlangen, wenn Pferde- und Gunde- fleisch nicht mehr verschmäht werden — dann muß die Not über das von Proletariern genohnte, wirklich nicht Inappre Mah- gestiegen sein und jede auch dem politischen Leben bisher noch ferne Frau die Verpfichtung fühlen, in die Reihen ihrer kämpfenden Männer zu treten.

Nicht als eine göttliche Schickung oder als natürliches Verhängnis darf die Teuerung getragen werden. Mittel zur Abhilfe sind bekannt; wenn nur die herrschenden Klassen Deutschlands sie anwenden wollten. Aber noch immer speisen die Regierung und die agrarischen Parteien das Volk damit ab, daß die Teuerung vorübergehen würde. Jahr auf Jahr sind die Massen verdröht worden, aber von Jahr zu Jahr hat die B e t e u e r u n g z u g e n o m m e n. Jetzt müssen selbst die Regierung und die Lebensmittelverleiher zugeben, daß eine Not besteht und daß eine baldige Besserung nicht zu erwarten ist. Aber nun verschämsen sie sich hinter einem neuen Argument: Die Teuerung besteht in allen Ländern! Die Gesetze sind ohnmächtig, ihr abzuhelfen. Die niedrigeren Lebensmittelpreise in Ländern ohne Einfuhrzölle beweisen die Unrichtigkeit dieser Behauptungen. Erst durch Absperrung der Grenzen gegen die Einfuhr wird den Produzenten von Fleisch und Brot die Möglichkeit, von dem Volke höhere Preise zu nehmen. Nur um dieses agrarischen Profites willen wehrt sich die Regierung unter allerlei Vorwänden gegen die für die Gesundheit des Volkes notwendige Grenzöffnung. Nur in einzelnen Orten hat man sich bisher dazu aufgerafft, mit Hilfe päpstlicher Mittel Fleisch aus dem Auslande zu beziehen und zum Selbstkostenpreise abzugeben.

Wichtiger als diese immer nur beschränkte Maßregel ist aber die Öffnung der Grenzen für die genügende Versorgung Deutschlands mit billigen Rohstoffen. Zur Erfüllung dieser Forderungen muß die Regierung gezwungen werden. Bisher hat sie auf alle Proteste der Arbeiterschaft und einzelner Schichten des Bürgertums noch immer nicht reagiert. Nicht einmal die Vertreter des Volkes will sie zusammenberufen, damit der Reichstag gemeinsam mit ihr über die notwendigen Maßnahmen beraten könne. Nicht einmal einer Antwort ist der Brief der sozialdemokratischen Fraktion an den Reichskanzler mit der Forderung der Reichstagsüberberufung gewürdigt worden. Deshalb muß die Arbeiterschaft ihre Stimme lauter und dringlicher erheben. Nachdem das gesamte Proletariat in Versammlungen gemeinsam seinen Willen kundgetan hat, müssen jetzt die Frauen sprechen. Auch sie werden zeigen, daß sie geschlossen hinter den Forderungen der Sozialdemokratie stehen und nicht eher ruhen wollen, bis für das Volk billiges Brot und Fleisch geschaffen worden ist.

Arbeiterinnen!

Protestiert am Dienstag in Euren Versammlungen gegen Teuerung und Hunger. Nieder mit dem Brot- und fleischwucher! Nieder mit Ausbeutung und Rechtlosigkeit!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September 1912

Die „Deutsche Tagesztg.“ und das sozialdemokratisch-fortschrittliche Stichwahlabkommen.

Die konservative und clerikale Presse ist höchst verschupft über die Zustimmung der großen Mehrheit des Chemnitzer Parteitagess zu dem sozialdemokratischen Stichwahlabkommen mit der Fortschrittlichen Volkspartei und sucht mit dem Aufgebot der spitzfindigsten Deduktionen nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie durch dieses Abkommen ihre heiligsten Grundsätze preisgegeben hat. Der Grund dieser Verschupfung der konservativ-clerikalen Blätter ist ziemlich deutlich zu erkennen: man fürchtet nämlich, daß das Stichwahlabkommen „weitere Folgen“ haben könnte, das heißt, daß auch bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen die Sozialdemokratie mit der Fortschrittspartei ein gegenseitiges Wahlunterstützungsabkommen treffen und dadurch der clerikal-konservativen Koalition manchen schönen Landtagssitz abnehmen wird.

Besonders ist der Kognatmarken-Chef der „Deutschen Tagesztg.“ über solche Möglichkeit entrüstet, und er gibt deshalb mit hysterischem Gesähe die Parole aus, daß niemals, unter keinen Umständen, ein überzeugter Anhänger der Monarchie irgend eine Vereinbarung mit Sozialdemokraten treffen dürfe. Er erklärt:

„Ni in der Sozialdemokratie darf es unter keinen Umständen eine Vereinbarung, ein Paktieren geben, sei es in bezug auf Wahlen, sei es auch in bezug auf parlamentarische Zusammenarbeit. Immer und immer wieder hat man den Vorwurf erhoben, daß in einigen Fällen rechtsstehende Politiker gegen diesen Grund- satz verstoßen hätten. Wir geben zu, daß zweimal oder dreimal im Laufe der letzten Jahrzehnte rechtsstehende Politiker sich bedauerlicherweise zu einer Wahlabmachung mit der Sozialdemokratie haben bereitfinden lassen, ja, daß sie vielleicht in einem Falle eine Anregung dazu gegeben haben. Diese Fälle müssen aber ausbleiben. Sie kommen nur auf das Schuldkonto Ein-

zelner. Die in Betracht kommenden rechtsstehenden Parteien haben mit voller Deutlichkeit und mit der erforderlichen Entschiedenheit ihre Mißbilligung ausgesprochen. Es ist kleinlich und sinnlos, mit diesen wenigen Fällen treiben zu gehen. . . .

Was aber für die Wahlen gilt, das gilt auch für die politische Arbeit. Solange Sozialdemokraten in den Volksvertretungen sitzen, kann sich niemand von der Zusammenarbeit mit ihnen völlig abschließen und ausschließen. Wohl aber sind und bleiben wir der Meinung, daß taktische und politische Vereinbarungen mit ihnen für monarchische rechtsstehende Politiker ein Ding der Unmöglichkeit sein sollten. Deshalb haben wir mit großer und herzlicher Befriedigung begrüßt, daß unsere Freunde in Bayern ein Zusammengehen mit dem dortigen Großblode bei den Landtagswahlen rundweg abgelehnt haben. Deshalb hat es uns zu nicht minderer Befriedigung gereicht, daß die Konservativen in der Zweiten sächsischen Kammer darauf verzichtet haben, im Präsidium zu sitzen, weil ein Sozialdemokrat ihm angehört. Dagegen können wir nach wie vor weder begreifen noch billigen, daß die uns politisch nahestehenden Abgeordneten des Landtags des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt nicht nur dem sozialdemokratischen Präsidenten ihre Stimme gegeben, sondern sich anscheinend auch in andere politisch-taktische Vereinbarungen eingelassen haben. Wir können nicht umhin, mit aller Schärfe gegen dieses Vorgehen von unserem monarchischen Standpunkte aus Verwahrung und Protest einzulegen. Auf diesem Gebiete kann es kein Schwanken geben. Die antimonarchische, revolutionäre Sozialdemokratie kann niemals blödsinnig werden; mit ihr darf niemals ein Politiker gestattet oder entschuldigt werden.“

Herr Dertel mag sich beruhigen, zwischen uns und seiner Partei wird niemals ein Wahlabkommen zustande kommen — nicht weil die Agrarier zu monarchisch und charakterfest sind, sondern weil wir es mit dem alten Sprichwort halten: „Wer Pech angreift, besudelt sich!“

Uebrigens muß Herr Dertel, wenn er konsequent sein will, auch die Zentrumsführer zu den Antimonarchisten zählen, denn verschiedentlich haben diese der Sozialdemokratie Stichwahlabstände angetragen. Alle Frömmigkeit sicherte sie nicht gegen die Verführungen durch den satanischen Generalstabsof- fizier.

Was ist eine Staatsnotwendigkeit?

Die „Saale-Zeitung“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Rudolstädter Staatsminister Freiherrn v. d. Rede über die durch die Vertagung des Landtages geschaffene gespannte Lage im Fürstentum. Der Minister erklärte, daß er das aufrichtige Bestreben habe, einem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Nur wenn er ihm aufgezwungen würde, könnte es zu einem Konflikt kommen. Die Regierung habe in der Verhinderung von Beschläffen, die schwere Kollisionen nach sich ziehen könnten, eine direkte Staatsnotwendigkeit gesehen. Auf die Frage des Interviewers, wie der regierende Fürst über die jetzige Situation denke, antwortet der Minister: „Der Fürst habe des Ministers konstitutionelle Auffassung gebilligt.“ Der Minister hofft, selbst auf die Gefahr hin, für einen Optimisten gehalten zu werden, auf einen baldigen gedeihlichen Ausgange der Gegensätze.

Der Herr Staatsminister von Schwarzburg-Rudolstadt scheint recht sonderbare Ansichten über „Staatsnotwendigkeiten“ zu haben. Als staatsnotwendig gilt ihm, was im Interesse seiner reaktionären Pläne liegt.

Verordn. Geschwäh.

Die wissenschaftliche Zeitschrift des Meriklasmus, die „Historisch-polit. Blätter“, beschäftigt sich im Heft 5 des laufenden Jahresganges mit dem preussischen Wahlrecht und fällt über dieses folgendes Urteil:

„Preußen Wahlrecht ist so reformbedürftig, daß eine Änderung eintreten muß, wenn nicht mehr auf das Spiel gesetzt werden soll. Hartnäckiges Verhaken gegen alle Volkswünsche fördert den Ansturz und die Unzufriedenheit. Das heutige Dreiklassenwahlrecht fordert Hohn und Empörung heraus und kann nicht mehr gehalten werden, die geheime Wahl muß unbedingt gegeben werden, die direkte kann gegeben werden; das wären schon zwei Fortschritte, für welche stets eine Mehrheit da ist, wenn die Regierung will. Aber auch der plutokratische Charakter läßt sich ändern mildern; man lege auch für die Klasseneinteilung nur die wirklich gezahlten Staatssteuern zugrunde, man beschränke sogar die Summe auf 2500 Mark usw. Da lassen sich eine Reihe von Modifikationen denken, für die eine Mehrheit zu finden ist. Die Hauptsache ist, daß ein Fortschritt gegeben wird; aber das Maß desselben wird man je stets verschiedener Ansicht in den Parteien sein. Was die eine als Abschlagszahlung ansieht, ist der anderen schon Obstat; man wähle die goldene Mittellinie des Fortschritts ohne jede Verhinderung, und es ist viel gewonnen. Wenn 1913 die Neuwahlen stattfinden ohne eine Reform, dann kann es doch Ueberraschungen aller Art geben. Ein kluger Staatsmann baut vor.“

Es ist recht wenig, was die „Historisch-polit. Blätter“ als reformbedürftig ansehen. Sie verlangen nicht eine Abschaffung der Dreiklasseneinteilung und die Neuregelung der Wahlkreise — nur der plutokratische Charakter der Klasseneinteilung soll zugunsten der kleinstbürgerlichen Schichten in clerikalen Gegenden etwas gemindert und die öffentliche Abstimmung durch die geheime ersetzt werden. Unter Umständen will das clerikale Blatt auch noch die Beseitigung des Wahlmännerrechts zugestehen. Das ist alles! Dennoch ist es höchst zweifelhaft, ob sich das Zentrum bereit finden wird, diese Forderungen im preussischen Abgeordnetenhause energisch zu vertreten. Die verfehle, verlogene Taktik, die es bisher bei den Wahlrechtsberatungen im Abgeordnetenhause befolgt hat, zeigen, daß ihm an einer wirklichen demokratischen Reform des preussischen Landtagswahlrechts nicht das geringste liegt. Derartige „Kritiken“ wie die obige in clerikalen Blättern sind lediglich darauf berechnet, die clerikale Leserschaft zu täuschen und die Vorstellung zu erbalten, als gäbe es tatsächlich im heutigen Zentrum noch so etwas wie demokratische Reformbestrebungen.

Ein gutgetroffenes Konterfei.

Wie weit die Gegenläge im nationalliberalen Lager sich bereits verhärtet haben und mit welchem Hohn man in jungliberalen Kreisen das Bestreben der sogenannten Antiliberalen verfolgt, sich nach oben beiseite zu machen, zeigt folgendes satirische Inferat einer Illustrierten, die kürzlich auf einer Zusammenkunft der Berliner Jungliberalen verteilt worden ist, an der auch Herr Wasserfall teilnahm:

Gesucht für unser Parteialienunternehmen leitende Kraft mit konservativen Grundsätzen, besten Beziehungen zur Regierung, geschickt im Vermitteln von Orden, Titeln und wirtschaftlichen Vergünstigungen, überhaupt erst- klassig. Offerten an Heinze, Schifferer u. Co. unter „Service“ an die Expedition der „Deutschen Tageszeitung“. Natürlich sind die Friedberger höchst erbittert über diesen Spott.

Mathematik und Steuer.

Auf dem Naturforschertag sprach in der Abteilung für Mathematik Professor Dr. A. Volgt-Frankfurt a. M. über „Mathematische Theorie des Tarifwesens“:

Die bestehenden Steuertarife, Verkehtarife usw. sind regelmäßig sehr unrationell gebildet und daher voller Unzulänglichkeiten. Der Vortragende zeigte dies namentlich an dem bestehenden preussischen Einkommensteuertarif. Dieser soll nach dem Wunsch des Gesetzgebers progressiv sein, ist es jedoch tatsächlich in vielen Fällen nicht. Die Jensten mit höherem Einkommen zahlen häufig relativ weniger als solche mit geringerem. Das gilt allgemein für diejenigen, deren Einkommen nahe der oberen Grenze einer Steuerstufe liegt im Vergleich mit denjenigen, deren Einkommen sich an der unteren Grenze befindet. Es kommen aber noch größere Fehler als diese vor. So z. B. zahlt ein Steuerzahler mit 1801 Mark Einkommen davon 1,80 Proz., dagegen einer mit 2700 Mark nur 1,71 Proz. und einer mit 3000 nur 1,62 Proz. Viel größer aber sind noch folgende Verhältnisse gegen das Prinzip der Progression. Jensten mit 7001 Mark und mit 20500 Mark zahlen den gleichen Prozentsatz, nämlich 8,87 Proz., und ebenso zahlen Jensten mit 18501 Mark und mit 80500 Mark Einkommen denselben Prozentsatz mit 8,84 Proz.

Der Herr Professor hat ganz recht: unser preussisches Einkommensteuergesetz kommt trotz seiner Progression den Begüterten auch in seiner technisch-mathematischen Durchführung entgegen. Wenn er aber nur vorschlägt, die Einkommenstufen so klein zu wählen, daß die Verhältnisse gegen das Prinzip der Progression fast ganz — verschwinden, so ist uns das nicht mathematisch konsequent genug. Es gibt ein bequemeres und radikaleres Mittel: den Steuerprozentsatz von Stufe zu Stufe mit größeren Sprüngen schneller anwachsen zu lassen. Dann könnte es nicht mehr geschehen, daß ein Jenst mit niedrigem Einkommen einen gleich hohen oder gar höheren Prozentsatz zahlt als ein Jenst mit höherem Einkommen. Im übrigen scheint uns die skizzierte „Mathematische Theorie des Tarifwesens“ — Herr Volgt hat natürlich auch ein Buch daraus gemacht — tatsächlich von größerer praktischer Anwendbarkeit für das Verkeht- und Posttarifwesen. Viel wichtiger als die unbrauchbare Progression wären für die Revision des preussischen Einkommensteuergesetzes klare Bestimmungen über agrarisches Einkommen, um die Drückerberger, vom Lande zu greifen.

Die hieratische Hintertreppenpolitik in Elsh-Bohringen

Wird wieder durch einen eigentümlichen Fall illustriert, um dessen Aufklärung sich diesmal die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ein Verdienst erworben hat. Auch die sonst unentwegt hinter dem Ministerium Horn v. Dulaich stehende liberale Straßburger Presse, die den Fall anscheinend lieber totgeschwiegen hätte, sieht sich genötigt, die Richtigkeit der Angaben des deutsch-nationalistischen Schachmaderorgans in diesem Falle zuzugeben. Es handelt sich um die Verfassung des der Fortschrittspartei angehörenden Lehrers Hilse, wein aus Wettersheim am Rreise Elsh nach Dornach bei Mühlhausen, — eine Verlegung, die der hierisch-nationalistische Landtagsabg. Notar A. H. L. in Colmar, nachdem der Lehrer mit dem Pfarrer in offenen Streit geraten war, durch persönliche Einwirkung auf den Staatssekretär Horn v. Dulaich erwirkte, der dem nationalstimmigen Landtagsabgeordneten die Verlegung des aus politischen Motiven bei dem als Zentrumsgagator tätigen Pfarrer in Wettersheim geratenen Lehrers brieflich anbot. Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Verlegung eines Lehrers aus einer abgelegenen Dörfergemeinde in einen aufblühenden Industrieort keine Straßverlegung ist, so präsentiert sich diese Maßnahme im vorliegenden Falle doch als Liebesdienst der Regierung gegenüber den nationalstimmigen Hierischen, die sonst so gerne im Parlament den „wilden Mann“ spielen. Die Hintertreppenpolitik aus Adlers Zeiten scheint in Elsh-Bohringen wieder ihre fröhliche Aufstufung zu feiern!

Notlage oder nicht?

Eine weltfremde Entscheidung in der Frage, ob auch ein Soldat aus Rot handeln kann, hat seiden das Oberkriegsgericht in Dresden als Verurteilungsfälle gefällt. Nach § 248a der neuen Novelle zum Strafgesetzbuch vom 19. Juni 1912 kann jemand, der aus Rot Gegenstände von geringem Werte entwendet, nur bestraft werden, wenn Strafentwurf der Gefährdung vorliegt. Es handelt sich nun um die prinzipielle, aber noch nicht rechtskräftig entschiedene Frage, ob die neue Gesetzesbestimmung auch auf Soldaten Anwendung zu finden hat. Die 1. Division des Dresdener Kriegsgerichts hat in einem Falle entschieden, daß sich auch ein Soldat vorübergehend in Rot befinden könne, aber auch diese Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, sie entspricht jedoch durchaus dem Rechtsempfinden der Allgemeinheit. Im konkreten Falle aber hat sich die erste und nun auch die Berufungsinstanz auf einen anderen Standpunkt gestellt. Der bisher unbestrafte Schütze B. vom Schützenregiment Nr. 108 fand eines Tages einen Brustbeutel mit rund 7 M. Inhalt. Er war zur fraglichen Zeit ohne jegliche Geldmittel, seine letzte Lösung hatte er für Schutze reparatur ausgegeben, und Zulassung erhält er nicht. Da er nun aber notwendig Werkzeug zu kaufen hatte, nahm er aus dem Brustbeutel rund eine Mark, während er das übrige Geld dem Eigentümer zurückgeben wollte. Dazu kam er aber nicht, denn schon zehn Minuten später fand eine Durchsuchung statt. Also das Motiv war Rot. Strafentwurf lag nicht vor. Trotzdem wurde der Soldat angeklagt. Obgleich er vor Gericht behauptete, aus Rot gehandelt zu haben, kam das Kriegsgericht zu einer Verurteilung, es erkannte wegen Unterdrückung auf drei Wochen mittleren Arrest. Es hat die Frage der Rot verurteilt und in grundsätzlicher Beziehung Bedenken gehabt, den § 248a überhaupt auf Soldaten anzuwenden, da für ihn vom Staate ausreichend gesorgt wurde und deshalb von einer eigentlichen Notlage nicht gesprochen werden könne. Wegen des Urteils lagte B. Verurteilung ein und machte geltend, daß er aus Rot gehandelt habe.

Das Oberkriegsgericht hat sich in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung dem erstinstanzlichen Urteil angeschlossen und ausgesprochen, daß von einer Anwendung des mehrfach erwähnten Paragraphen keine Rede sein könne, da im vorliegenden Falle weder ein Notfall, noch der geringe Wert des Objekts in Frage komme.

Nach Persien China?

Aus London wird uns geschrieben: Die Raub- und Schwindelpolitik der Mächte in China zeigt eine merkwürdige Uebereinstimmung mit der Methode, die gegen das konstitutionelle Persien angewendet wurde. Es ist noch in jedermanns Erinnerung, wie die englische Regierung sich über die Unsicherheit der Handelswege in Südpersien beklagte und zu gleicher Zeit die russische Politik in Nordpersien passiv unterstützte, als der abgesetzte Schah mit seinen Räuberhorden Teheran bedrohte und dadurch den Süden des Landes von Truppen entblöte. Ähnlich geht jetzt die englische Regierung China gegenüber vor. Sie beklagt sich über die zerrütteten Verhältnisse der neuen Republik und setzt alle Hebel in Bewegung, um zu verhindern, daß das Land die nötigen Geldmittel erhält, die zur Befestigung der neuen Regierungsform und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes unbedingt notwendig sind. Die Verhandlungen über die Anleihe, die die chinesische Regierung mit englischen, deutschen, französischen und amerikanischen Kapitalisten abschließen wollte, kamen ins Stocken, als Rußland und Japan das Verlangen äußerten, an dem Geschäft teilzunehmen. Zwar

haben diese beiden Staaten mit ihren Millionen hungernder Untertanen selbst nichts zu verleihen, aber sie wollten sich das Geld zu einem niedrigen Zinsfuß verschaffen, um es dann zu Bucherzinsen an China weiter zu verleihen. Rußland und Japan wollten sich ihre Beute in der Mongolei und der Mandschurei sichern. Daß China diese streche Zumutung zurückwies, war nur natürlich. Es bedurfte der gewaltigen Anleihe von 60 Millionen Pfund Sterling auch nicht, die man ihm aufzubringen suchte. Die chinesische Regierung wandte sich darauf an Londoner Kapitalisten, die sich bereit erklärten, ihr 10 Millionen Pfund zu einem annehmbaren Zinsfuß vorzutreiben. Und nun nachdem das Geschäft perfekt ist, kommt die englische Regierung — zweifelsohne getrieben von ihren russischen und japanischen Freunden — und teilt dem auswärtigen Minister Chinas mit, daß sie die Anleihe nicht dulden werde. Sie hat damit die chinesische Republik in die Arme der Bucherer zurückgedrückt.

Aber diese Tat erschöpft nicht die feindselige Haltung der englischen Regierung. Sie mußte diesen kritischen Augenblick in der Geschichte der jüngsten Republik wählen, um gegen die Anerkennung des neuen Regimes in China Ansprüche in Tibet einzuhandeln, die den Chinesen gleichbedeutend mit einer Zerstückelung ihres Landes sind. Offenbar hat es England darauf abgesehen, die Entwicklung eines Landes zu hindern, das der englischen Industrie ein Abgabegeld von unschätzbarem Werte bieten könnte. Dieser verrückt gewordene Imperialismus geht selbst einigen englischen Reaktionen etwas zu weit. So schrieb die ganz waschecht konservative „Evening Standard“ gestern nachdenklich:

„China soll demnach nicht gestattet werden, das Geld zu erhalten, das es benötigt, um im eigenen Heim Ordnung zu schaffen und seine Verteidigung zu reorganisieren. Es soll den Erpressungen der internationalen Syndikate ausgeliefert werden, die unter der Leitung der auswärtigen Kämmer handeln oder es soll weiter in der Unordnung wühlen und dadurch seinen Angehörigen ausgeliefert werden, die begierig sind, in Nordasien das tripartitische Beispiel zu befolgen. Das wird uns dem chinesischen Volke und seinen Herrschern nicht sympathischer machen, und es wird die Interessen unseres Handels nicht fördern, der in einem gefestigten und regenerierten China vielleicht seinen besten Markt finden würde. Es ist ein großes und ledernes Ei, das wir da zu der russisch-japanischen Dinelette zerbrechen. Aber das auswärtige Amt wird uns sagen, daß dem nicht abzuhelfen ist. Das System der Bündnisse, das Gleichgewicht der Mächte muß um jeden Preis bewahrt bleiben. Vielleicht ist das so. Aber zweifellos sind die Kosten schwer. China schwimmt in dem wilden Meer, und wir dürfen ihm nicht einmal ein Tau zuwerfen.“

Sehr beachtenswert sind die Ausführungen, die Dr. Morrison, der vor kurzem zum politischen Ratgeber des chinesischen Präsidenten ernannt worden ist, in einem in der „Ball Mail Gazette“ veröffentlichten Interview zu diesem Thema gemacht hat. Nach Dr. Morrison braucht die Republik Geld, um geordnete Verhältnisse wiederherzustellen und namentlich, um notwendige Kulturwerte in Angriff zu nehmen. Vor allen Dingen muß die Austreibung der den Ueberlebensbedingungen ausgelegten Gebiete vorgenommen werden, ein Unternehmen, das fünf Millionen Pfund erfordert wird. Von der Notwendigkeit einer Anleihe von 60 Mill. Pfund zu reden, ist „albern“. Gewiß hat einmal ein chinesischer Finanzminister in einem nichtoffiziellen Schreiben diese Summe erwähnt; aber das ist auch alles. Seit der Revolution ist die Republik allen ihren Verpflichtungen nachgekommen mit Ausnahme einiger unwichtigen Provinzialanleihen und der Boykottentilgung und während der ganzen stürmischen Periode hat die Republik an auswärtiger Hilfe nur etwas mehr als 3 Millionen Pfund Sterling erhalten. „China würde sich nicht weigern und hat sich nie geweigert“, sagt Morrison in dem Interview, „daß die Ausgabe der auswärtigen Anleihen in vernünftiger Weise geprüft wird. Aber man kann nicht erwarten, daß eine große Ration an der Schwelle einer Periode voller neuen und hohen Hoffnungen freiwillig einwilligen wird, große Teile ihrer exekutiven Verwaltung interimistisch in die Hände anderer zu legen. Und das hat man praktisch vorgeschlagen. Wir wollen den Geist der chinesischen Nationalität und Unabhängigkeit entwickeln, wir wollen ihn nicht erlösen.“

In einigen Tagen wird Dr. Morrison wieder nach China reisen, um seinen Posten anzutreten. Wird er mehr Erfolg gegen die Intrigen der Mächte haben als Herr Schuster in Persien hatte? Angesichts der Schlage kann man Dr. Dillon nicht unrecht geben, der in der „Contemporary Review“ schreibt, daß man sich mit dem Gedanken einer russisch-japanischen Vormundschaft über China vertraut machen muß, einer Art Protektorat, das der Bevormundung Persiens durch Rußland und England ähnlich sein, aber viel größere Resultate zeitigen wird.

Imperialismus und Hungersnot.

London, 19. September.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Nach Verichten, die hier einlaufen, steht in Japan das furchtbare Elend, in dem sich gegenwärtig die Masse des japanischen Volkes befindet, noch immer im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Begrüßungsfeierlichkeiten haben diese Frage nur auf kurze Zeit in den Hintergrund schieben können. Selbst die offizielle Presse kann den Jammer nicht mehr verschleiern. So schreiben die offiziellen „Japan Times“: „Die Kosten des Lebensunterhaltes steigen unaußhörlich; niemand scheint die Hände ausstrecken zu können, um den beständig aufsteigenden Ballon der Erde zu zerschneiden; hilflos beobachtet die Leute seinen Aufstieg und schnappen nach Luft. Zu gleicher Zeit geht die Armut frei im Lande umher und das Elend des Lebens nimmt zu. Besonders die Familienhäupter der Arbeiterklasse scheinen den größten Anteil an dem Jammer und an der Qual zu haben. Täglich lassen viele von ihnen ihre Frauen und Familien in Stich. Die Arbeiter können ihre Familien mit den geringen Löhnen, die sie verdienen, nicht erhalten. Die kleinen Ladenbesitzer finden es unmöglich, ihre Hauptbücher zu saldieren, wenn das Haben dem Soll voraus ist, und werden allgemein durch das flau Geschäft entmüdet. Ihre Frauen zu Hause brauchen Geld und ihre Kinder schreien einfach vor Hunger laut auf. Die schwer bedrückten und elenden Gatten geben des Morgens aus, um Arbeit zu suchen, und viele von ihnen kehren des Abends nicht wieder zurück. Täglich sind die Nachtschle von Frauen und Kindern überfüllt, die um eine Schlafstätte betteln und die am nächsten Morgen abgehen, um abends hungrig zurückzukommen. Viele von ihnen sind krank, gattenlos, vaterlos, ohne Geld und ohne Heim. Einige von ihnen folgen ihren Männern in den Tod.“ Weiter berichtet das offizielle Blatt von überfüllten Spitälern, von einer großen Zunahme der Verbrechen, von einer erschreckenden Ausbreitung des Selbstmordes und unaufhörlichen Streiks der Arbeiter, die nur um das wenige kämpfen, das einem Orientalen das Leben ermöglicht.

Diese Ausführungen, die sicher eher abgeschwächt als übertrieben sind, bilden einen faktischen Kommentar zu der

imperialistischen Politik der herrschenden Klasse des Inselreichs. Während das japanische Volk vor Hunger laut aufschreit, will der japanische Imperialismus der chinesischen Republik eine Anleihe aufzwingen, die diese hauptsächlich zu Kulturzwecken verwenden will.

England.

Nicht allen willkommen!

London, 21. September. Der russische Minister des Auswärtigen Sazonow ist gestern abend hier eingetroffen und von den Mitgliedern der russischen Botschaft und dem ständigen Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Sir Arthur Nelson als Vertreter Sir Edward Grey empfangen worden. Als der Minister seinen Wagen verließ, stürzte ein Mann hervor und rief: „Ginaus aus Persien! Nieder mit Rußland!“ Er wurde sofort festgenommen. Der Zwischenfall wurde kaum bemerkt.

Die Blätter veröffentlichen lange Artikel über den Besuch Sazonows, dem sie große Bedeutung beimessen. Sie beschäftigen sich hauptsächlich mit der Möglichkeit einer Revision des englisch-russischen Vertrages über Persien, die, wie die „Times“ gestern behaupteten, wahrscheinlich das Ergebnis des Besuches sein werde. — „Daily News“ schließt sich der Ansicht der „Times“ an, daß das Abkommen infolge einer Revision unterzogen werden solle, als es Großbritannien in gleicher Weise freie Hand in Südpersien gäbe, wie sie Rußland im Norden habe. Das Blatt meint, die Liberalen müßten darauf bestehen, daß Rußland das Abkommen vollständig erlöse und seine Truppen aus Persien zurückziehe, wenn es die Mitarbeit Englands wünsche. — „Daily Chronicle“ schreibt, wenn auch Sir Edward Grey nicht geneigt sei, Englands Verantwortlichkeit in Persien zu vergrößern, so würden sich die Verhältnisse wohl doch als stärker erweisen. Die Unordnung in Persien sei so groß, daß eine entscheidende Aktion unternommen werden müsse, um einer vollständigen Anarchie vorzubeugen. — „Daily Mail“ meint, es sei hohe Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Unsicherheit auf den Landstraßen im Süden Persiens zu beenden.

Türkei.

Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 21. September. Eine gestern abend erschiene offizielle Note besagt, daß, wiewohl die Friedensverhandlungen einen günstigen Verlauf nahmen, seien sie doch noch nicht soweit gediehen, daß man, wie gestern gerüchelt wurde, im Auslande veranzette, vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages stehe. Die hierüber in der auswärtigen und hiesigen Presse veröffentlichten Einzelheiten entsprächen durchaus nicht der Wahrheit.

An zuständiger Stelle wird die Meldung vom 15. September bestätigt, die besagte, Italien habe in seinem letzten Vorschlage verlangt, daß die Pforte die Unabhängigkeit ganz Libyens proklamiere und auf diese Weise auf die Souveränität verzichte. Die Pforte hat bisher noch keinen Entschluß gefaßt.

Kämpfe mit Albanern.

Saloniki, 21. September. Die Arnauten von Augusta, einer bei Gitan gelegenen Ortschaft, griffen das Regierungslokal in Augusta und die Gendarmereiposten an und bemächtigten sich der Waffen. Militär ist zu ihrer Verfolgung ausgesandt worden. — Wie aus Verana gemeldet wird, haben die Montenegriner in der vergangenen Nacht wieder das türkische Blockhaus von Rafoway beschossen.

Das „Amtsblatt“ veröffentlicht eine Verordnung, nach der die Regierung ermächtigt wird, nötigenfalls für drei Tage den Seelagerungsstand über Konstantinopel zu verhängen.

Vom afrikanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 21. September. (Meldung der Agenzia Stefani.) General Magini telegraphiert aus Tripolis von gestern abend: Heute habe ich mich, wie ich befohlen hatte, nach einem erbitterten Kampfe von zehn Stunden Dauer der Dase Janzur, der westlich gelegenen Höhe Sidibekhai und einer weiteren südlich gelegenen Höhe bemächtigt. Seit dem Abend vorher waren die zu der Aktion bestimmten Truppen zwischen Gargarech und Janzur zusammengezogen worden. Ein Teil der Truppen, unterstützt von Artillerie, sollte quer durch die Dase vorgehen, die sich im Norden bis zum Meere, im Süden bis zur Höhe ausdehnt. Gegen 5 1/2 Uhr begann die Artillerie das Feuer. Nach einer halben Stunde drangen die Truppen in die Dase ein und bejegten sie nach einem heftigen und ermüdenden Kampfe. Gegen 8 1/2 Uhr wurde die Höhe Sidibekhai erobert und dort die italienische Flagge gehißt. Dann wurden ununterbrochen die Befestigungsarbeiten begonnen. Gegen Mittag schien der Kampf, der stets günstig für die Italiener verlaufen war, abzuklingen, bis dann eine starke feindliche Kolonne, die aus Suani Beni Aden hervorbrach, in den Kampf hineingezogen wurde. Sie war bereits durch Drachen, die über den Steinbrücken von Gheran in der Mitte der Straße Janzur—Gargarech aufgeflogen waren, und durch den Luftschiffer Roberto gemeldet worden. Ich befohl darauf der Reserve, vorzurücken. Die italienischen Truppen warfen die Angriffe dieser feindlichen Kolonnen, die so heftig erfolgten, daß sogar die Artilleristen das Seitengewehr ziehen mußten, zurück und gingen ununterbrochen, unterstützt durch die hinzugelommene Reserve zum Gegenangriff über. Der Feind wurde dadurch zur Flucht gezwungen und einige Kilometer lang durch die italienischen Truppen verfolgt. Um 8 Uhr begann der Kampf schwächer zu werden und mit einbrechender Nacht hörte er vollständig auf. Die italienischen Truppen bivaktierten in den eroberten Stellungen, die weiterhin besetzt werden. Die Verluste der Italiener werden auf 200 Tote und Verwundete geschätzt, die des Feindes sind sehr bedeutend, aber noch nicht genau festgestellt worden.

Aufstand in Samos.

Smyrna, 21. September. Dreihundertfünfzig Reiter, darunter einige Offiziere, sind in Marathon Campos auf Samos ganz unerwartet gelandet und marschieren gegen Karlovski und Gashy, um zum Aufstand zu führen. Die türkische Besatzung hat sich in Gashy, wo ein Zusammenstoß wahrscheinlich ist, verschanzt. Die französische Regierung hat sich entschlossen, den Panzerkreuzer „Bruz“, der augenblicklich in Kanea ist, nach Samos zu entsenden. Es wird erwartet, daß England diesem Beispiel folgt.

Wachsende Kriegsgefahr.

Sofia, 21. September. (P.-G.) Trotz des gestern erfolgten offiziellen Dementis der serbischen Regierung, daß eine Kriegsgeschichte nicht vorliege, sind die militärischen Maßnahmen, welche jetzt in Bulgarien ergriffen werden, nicht danach angeordnet, beruhigend zu wirken. Es sind nämlich außer den für die Wänder bei Schumla einbezogenen Reserven noch weitere drei Reservebataillone zu einer dreiwöchigen Übung zu den Waffen gerufen worden. Reserven und Landwehrlenten werden aus Bulgarien geschickt, die Grundübungen verweigert. Diese Maßnahmen haben ebenso wie die Geheimnisräumerei der Regierung Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen. Die Sparbanken beschränken die Kredite, und es macht sich die Furcht vor einem Kriege bedingte Reizung bemerkbar, Sparkastengelber abzubeugen.

Gewerkschaftliches. Auf falschen Wegen.

So lautet ein Elaborat der gelben „Werkvereinsforrespondenz“, das als Entgegnung auf einen Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ gelten soll. Letztere veröffentlichte in ihrer Nr. 34 vom 24. August 1912 ein Protokoll der Unternehmer-Tage in Düsseldorf, in welchem zu lesen ist:

Punkt 3: Antrag auf Bewilligung eines Beitrags zu einem sozialen Zweck.

Dem Ausschuss zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine wird ein einmaliger Beitrag von 3000 M. bewilligt.

b) Werkvereine.

Auf Vorschlag des Herrn Kommerzienrat Neusch wird der Geschäftsführer beauftragt, ein Normalstatut für einen Werkverein auszuarbeiten.

Dazu bemerkt die „Metallarbeiterzeitung“ folgendes:

„Aus diesen Protokollen geht hervor, wie die Herren Schwereisen-Industriellen hinter den Kulissen arbeiten. Auch ersticht man daraus, in welchem Fahrwasser die vaterländischen Arbeitervereine schwimmen, woher sie finanziell unterstützt werden und wer die „geistigen“ Leiter der gelben Werkvereine sind. Jeder ehrliche Arbeiter wird, nachdem er weiß, daß die Statuten der Werkvereine von den Herren der Schwereisenindustrie ausgearbeitet werden, mit Abscheu sich von derartigen Einrichtungen abwenden.“

Damit bringt die „Metallarbeiter-Ztg.“ die „Obergelben“ in arge Verlegenheit. Deshalb bemühen sich dieselben, besonders die Berliner Richtung, von den „Almosenempfängern“ im Rheinland (Westdeutscher Richtung) abzurücken.

Es müssen ganz naive Gemüter sein, die das Geschwafel der „gelben Werkvereinsforrespondenz“ für bare Münze nehmen. Die Berliner Richtung der Gelben hat ihren Ursprung in den Siemenswerken. Die Gründung wurde unter Assistenten der Generaldirektion der Siemenswerke vorgenommen, nachdem Dr. Fellingner, Rechtsyndikus der Firma Siemens, ein Statut ausgearbeitet und die Firma einen Gründungsfonds von 20 000 Mark gestiftet hatte. Auch das Statut des gelben Siemensvereins besagt in § 18 ausdrücklich:

„Als Gründungsfonds ist dem Verein bei seiner Gründung die Summe von 20 000 M. als Eigentum übergeben und neuerdings ein weiterer Betrag von 3000 M. überwiesen worden.“

Trotzdem wagen die Söldner dieser Firma, und der verantwortlich zeichnende D. Glatho gehört zu ihnen, zu behaupten:

„Wir können demgegenüber nur betonen, daß es in Berlin unmöglich wäre, daß die Statuten eines Werkvereins oder ein Normalstatut für Werkvereine, von Vertretern eines Arbeitgeberverbandes angefertigt werden. In Berlin beschließen die in Werkvereinen organisierten Arbeiter völlig selbständig über ihre Statuten, und fast jede Generalversammlung beschließt sich aus der Mitte der Mitglieder oder der Vereinsvorstände eingehenden Statutenänderungsanträgen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter völlig selbständig sich in Werkvereinen organisieren und dann mit den Arbeitgebern sich friedlich über die Arbeitsbedingungen verständigen sollen. Organisatorische Selbständigkeit in jeder Beziehung ist eine der Grundbedingungen einer lebensfähigen Arbeiterbewegung, und ohne diese organisatorische Selbständigkeit werden Werkvereine auf die Dauer nicht vorwärts kommen.“

Hier schwindelt der Verfasser, daß sich die Balken biegen. Für den „gelben Verein“ der Firma Siemens wird keine Statutenänderung vorgenommen, ehe nicht der Rechtsyndikus der Firma, Dr. Fellingner, seine Zustimmung erteilt hat. Selbst die Vorstandspositionen werden nur mit den Personen besetzt, gegen die von Seiten der Firma nichts eingewendet wird, schon aus dem Grunde, weil die Firma Siemens alle gelben Vorstandsmitglieder bezahlt.

Schönknecht, 1. Vorsitzender, Borngischer, Werksevollmächtigter, Bernerwerk, Biele, Werksevollmächtigter, Blodwerk, Wiermann, Werksevollmächtigter, Elektromotorenwerk, Stärke, Werksevollmächtigter, Kleinbauwerk, Lehmann, Werksevollmächtigter, Dynamowerk, Fleck, Werksevollmächtigter, Autobauwerk, Schell, Werksevollmächtigter, Kabelwerk, Hampel, Werksevollmächtigter, Glühlampenwerk, Glatho, Werksevollmächtigter, Charlottenburger Werk, Baland, Kassierer des Vereins.

Alle diese Personen werden von der Firma Siemens ausbezahlt, ohne daß sie produktiv arbeiten. Jeder hat sein eigenes Bureau im Werk und die Aufgabe, nur gelbe Agitation zu treiben! Jeder Neueingestellte wird von diesen Leuten angehalten, dem gelben Verein beizutreten! Max Schönknecht ist außerdem noch 1. Vorsitzender des Bundes deutscher Werkvereine, macht Agitationsreisen, auf Kosten und mit Zustimmung der Firma Siemens.

Otto Glatho ist nebenbei Vorsitzender des gelben Kartells Berlin und treibt auch die gelbe Agitation auf Kosten der Firma.

Seit 1. November 1911 hat die Firma Siemens am Rohrdamm 24 ein gelbes Zentralbureau errichtet, in welchem Schönknecht, Dr. Hugo Nathanson und eine Stenotypistin ihren Sitz haben. Außerdem wird noch ein Kaufbursche und eine Reineinmachefrau beschäftigt. Sämtliche Unterhaltungskosten für dieses Bureau sowie Bezahlung der Personen, mit Ausnahme von Dr. Nathanson, der sein Gehalt vom gelben Verein erhält, trägt die Firma. Der gelbe Dr. Nathanson ist dem gelben Verein aufgezwungen worden von Dr. Fellingner. Nathanson hatte sich im Rheinland um eine Stellung beworben. Da die sogenannte Leiter des gelben Vereins nicht von besonders geistiger Qualität sind, mußte, nachdem Lebius abgesetzt war, eine andere „geistige Kraft“ angeworben werden.

Da kam dem Herrn Dr. Fellingner der „gelbe Doktor“ gerade recht. Hatte sich doch dieser Herr im „Bund“ durch Schimpfepistolen gegen die freie Arbeiterbewegung schon genügend bemerkbar gemacht. Nathanson trat seinen Posten als Geschäftsführer an, ohne daß die Generalversammlung des Vereins befragt worden wäre. Erst nachdem in einem Flugblatt des Metallarbeiterverbandes die Sache beleuchtet war, und der Herr schon zwei Monate seine gelben Gedanken offeriert hatte, sah man sich veranlaßt, der Generalversammlung die Angelegenheit zu unterbreiten. Obgleich das Gehalt dieses Mannes aus Vereinsbeiträgen bezahlt wird, hat darüber alles geschwiegen, abgestimmt wurde nicht. So werden selbst die gelben Delegierten über den Köffel darbiert. Der gelbe Verein der Siemenswerke hat weder freies Bestimmungsrecht, noch ist er imstande, sich finanziell aus eigener Kraft zu halten.

Im Jahre 1907 hat sich die Firma Siemens verpflichtet, auf 5 Jahre je nach Defizit zu decken. Letzteres betrug im Jahre 1911 14 507,30 M. Außerdem hat die Firma 1200 Mark zur Unterstützung gelber Vergünstigungen gezahlt, pro Mitglied und „Bund“ zahlt sie 3 M.

Neuerdings hat die Firma ihren Lieblingen ein Banner gestiftet.

Bei persönlichen Streitigkeiten und Demütigungen unter den Obergelben müssen Dr. Fellingner und Baurat Dillmann die Schiedsrichter spielen.

Nach alle dem wagt die gelbe Gesellschaft noch zu behaupten, sie sei selbständig, der Unternehmer hätte nichts dreinzusetzen.

Selbst die „Arbeitsbeziehung“ steht dem gelben Elaborat sehr skeptisch gegenüber.

Die Gelben, welcher Richtung sie auch sein mögen, können sich drehen und wenden wie sie wollen; die Tatsache, daß ihre Funktionäre von den Unternehmern bezahlt werden und die den gelben Vereinen finanzielle Zuwendungen machen, daher einen bestimmenden Einfluß auf die gelben Werkvereine ausüben, ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Ein Gebilde, das der Gnade des Unternehmers unterstellt ist, wird nie den gerechten und zeitgemäßen Ansprüchen der Arbeiter Rechnung tragen können. Die Arbeiter, welche glauben, durch gelbe Werkvereine ihre Lage zu verbessern, befinden sich „auf falschem Wege“!

Berlin und Umgegend.

Vom Verband der Bäcker und Konditoren werden wie im die Mitteilung erteilt, daß die Meldung, die Firma Sarotti liefere Streikarbeit für die Bonbonfabrik von Seifert u. Hanke, Liegnitzstraße 20/21, auf einem Irrtum beruhe. Die Firma Sarotti fabriziert überhaupt keine Bonbons und in Schokolade nur ihre eigenen Markenartikel; sie hat auch der Firma Seifert solche seit jeher geliefert, nie aber etwa Waren, die als Streikarbeit Verwendung finden könnten.

Achtung! Kellnerausperrung!

Weil die bisher beim Gastwirt Klempt, Inhaber des „Hafenpeter“ in Schöneberg, Hauptstraße 139, beschäftigt gewesenem zehn Kellner dem Verband der Gastwirtsgehilfen angehören und weil diese Löhne forderten, wie solche in allen übrigen Geschäften ohne weiteres gezahlt werden, legte Herr Klempt sämtliche Kellner, welche meist Familienväter sind, samt und sonders auf die Straße. Die Handlungsweise des Herrn Klempt erscheint um so charakteristischer, als dieser auf der einen Seite den Verbandsvertretern die Einigungsmodalität zusagte, auf der anderen Seite jedoch mit einem Solalverein (Berliner Kellner-Verein) wegen Lieferung von Ersatzkräften verhandelte, so daß der Betrieb nunmehr mit Arbeitswilligen besetzt ist. Für organisierte Gastwirtsgehilfen ist der Betrieb bis auf weiteres gesperrt!

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin.

Nochmals die Vorgänge Café Abbazia.

Die bürgerliche Prekäre versucht immer wieder die Vorgänge im Café „Abbazia“ in Charlottenburg am Arme zu gunsten der gelben Unternehmerrücklinge auszuschlichten. Jetzt müssen schon die Cafékellner herhalten, um zu beweisen, wie notwendig unsere heutige Gesellschaft ein Justizhandgesetz zum Schutze der Arbeitswilligen gebraucht. Und gerade die Vorgänge im Café „Abbazia“ bestätigen es aufs neue, daß der Schutze vor den arbeitswilligen Elementen viel notwendiger ist.

Wir sind natürlich nicht in der Lage, auf die in den verschiedensten bürgerlichen Blättern aufgestellten unwahren Behauptungen einzugehen, sondern stellen die Vorgänge, wie sie sich in Wahrheit abgepielt haben, nochmals in Kürze dar:

Im Café „Abbazia“ waren von jeher, noch bevor Herr Mandl Inhaber war, organisierte Kellner beschäftigt. Dieselben wurden am 20. August wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation und weil sie sich weigerten dem gelben Verein beizutreten, entlassen. Durch Verhandlungen der Verbandsleitung wurden die Kellner an denselben Tage wieder eingestellt. Zwölf Tage später wurden die Verbandsmitglieder wiederum entlassen, weil Herr Mandl erklärte, mit zwei Parteien (es waren zwei Gelbe eingestellt worden) lasse es sich nicht gut arbeiten. Durch seine Ehefrau ließ Herr Mandl der Verbandsleitung mitteilen, daß er jede weitere Verhandlung ablehne. Damit war die Sache erledigt. Es schlägt der Wahrheit direkt ins Gesicht, wenn behauptet wird, die Kellner wären wegen Unredlichkeiten entlassen worden. Wenn sich dann Herr Mandl ein ganzes Heer von gelben Söldlingen gemietet hatte, um die Flugblattverteiler mit Gummiröllchen bearbeiten zu lassen, dann muß er auch die Verantwortung für diese Deliktanten übernehmen. Statt dessen versucht er durch die bürgerliche Presse den Spieß umzudrehen, und die organisierten Kellner für die Vorgänge verantwortlich zu machen. Außer Herrn Mandl selbst, der verlegt worden sein soll, ist keiner der beschäftigten Kellner, Geschäftsführer und Vorsteher dort geschlagen worden, sondern unentgeltliche Gäste, die von der im Café „Abbazia“ einquartierten Horde für „Mose“ gehalten wurden, sind verprügelt worden. Nur ein gedankenloser Verleumdungsstiller konnte diesen Umstand außer acht lassen. In einem Kaffeehaus, wo auch die Halbwelt verkehrt, sind an und für sich Ausschreitungen nicht immer zu verhindern. Jedenfalls waren organisierte Kellner weder beauftragt, wie behauptet wird, noch haben sich dieselben überhaupt an den vorgekommenen Ausschreitungen beteiligt. Der bürgerlichen Presse ist dies zur Genüge bekannt; aber in ihrer Sucht, die freigewerkschaftliche Organisation zu verunglimpfen, gibt sie derartigen sensationellen Berichten nur allzu gern Raum.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Zweigverein Caspangestellte.

Deutsches Reich.

Mangelhaftes Verständnis der Poliere für die Durchführung der Tarifverträge konstatiert der Verband der Daugehäfte und offenbart es der unwissenden Mittelt. Und ist diese Tatsache längst bekannt, aber immerhin ist es interessant zu lesen, was der Vorstand des Verbandes seinen Mitgliedern darüber schreibt und welche Bitte er an sie richtet:

„In den Terminen der Unterkommissionen ist in letzter Zeit die Erfahrung gemacht worden, daß einzelne Poliere über die Bestimmungen der die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer regelnden Tarifverträge sehr wenig Bescheid wissen. (D. M.) Die Folge dieser Unkenntnis waren Verstöße gegen die Tarifbestimmungen, die sehr wohl vermieden werden konnten. Dies gibt uns Veranlassung, unsere Mitglieder zu bitten, ihre Poliere im Interesse der Sache an die Innehaltung der Tarifverträge zu erinnern und sie nötigenfalls dazu anzuhalten, daß sie sich mit den Bestimmungen derselben hinreichend vertraut machen.“

Wir unterstreichen diese Ausführungen Wort für Wort und möchten demgegenüber das dringende Verlangen an die bürgerlichen Arbeiter richten, mit Argusaugen über den Tarifvertrag zu wachen und vorkommende Verstöße sofort ihren Organisationsleitungen zu melden. Vorläufig sind die Poliere noch nicht Vertragskontrahenten, sondern die Unternehmer, und sie sollten mit Ehrgeiz danach streben, die bestehenden Verträge als unumstößliches Gesetz zur Geltung zu bringen. Ihre Neutralität zwischen Unternehmer und Arbeiter darf nicht so weit gehen, daß sie die verbrieften Rechte der Arbeiter verlegen!

Dreher-Streit. In den Finke-Hofmann-Werken in Dresden haben in der Abteilung Maschinenbau Freitag 120 Dreher die Arbeit niedergelegt. Trotzdem die Firma in den letzten Jahren immer über 30, im Vorjahre sogar 38 Proz. Dividende an die Aktionäre zahlte, weigert sie sich, den Dreher eine geringfügige Erhöhung der Stundenlöhne zu bewilligen.

Lohnbewegungen in der Brau- und Mühlenindustrie.

Nach fast endlosen Korrespondenzen und Verhandlungen konnte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter mit den beiden Brauereien in Celle und den Mühlenlagern der dort vertretenen auswärtigen Brauereien einen neuen Tarifvertrag für die Dauer von vier Jahren vereinbaren. Die Verhandlungen mußten mit dem

Syndikus der Brauereien, Dr. Wolff-Gamober, geführt werden, dessen Verschleppungspolitik bekanntlich in den Brauereien der Nachbarstadt Uelzen zur Arbeitsniederlegung führte, vor der auch die Celler Brauereiarbeiter standen. Schließlich kam es doch noch zu einer Einigung.

Die Arbeitszeit wird für vier Monate täglich um eine halbe Stunde, für zwei Monate um eine Stunde verkürzt. Während der Tarifdauer erhöhen sich die Wochenlöhne um 1,50—2,50 M., für einige Mann um 3 M. Für Nachtarbeit wird 1 M. Zulage bezahlt. Erhöht werden noch die Entlohnung für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten um 5—10 Pf. pro Stunde, für einige Touren die Spelen um 50 Pf. und für die Dujour an Sonntagen um 50 Pf. bis 1 M. Kennenswert ist noch, daß das Bierausfahren an Sonntagen im Winterhalbjahr gänzlich unterbleibt.

Ein weiterer Tarifabschluß erfolgte mit der Brauerei J i m m e r m a n n - D o b e r a n i M., wo es vor vier Jahren zum Streit kam. Gegenüber dem bisherigen Tarif wurde die Arbeitszeit im Sommerhalbjahr um eine halbe Stunde, im Winterhalbjahr um 1/4 Stunde täglich verkürzt. Außer der durch Verlängerung des bisherigen Tarifes bereits erfolgten Lohnerhöhung von 2 M. werden sofort 1—2 M. und im nächsten Jahre eine weitere Mark Zulage gewährt. Ueberstunden und Sonntagsarbeiten wurden um 5 bis 10 Pf. erhöht und ein Urlaub von 2—4 Tagen vereinbart.

Mit den beiden Lüneburger Mühlen wurde eine Vereinbarung getroffen, wodurch die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt wurde. Die Löhne wurden pro Woche um 50 Pf. bis 1 M., die Säge für Sonntagsarbeiten und Ueberstunden um je 5 Pf. die Stunde erhöht. Neu eingeführt wurde die Entlohnung der sogenannten Wasserwache und das Füttern der Pferde an Sonntagen mit je 1 M. Ebenso die Tourenelder für Aushelfer von 25 Pf. bis 1 M. Bei militärischen Leubungen werden 1—2 M. pro Tag vergütet. Die Organisation der Arbeiter wird anerkannt.

Zu der Mitteilung der Firma Wilhelm Behr, Buchfabrik in Schöneberg, erteilt uns der Zentralverband der Handlungsgehilfen noch um nachstehende Feststellung: „Daß der Transportarbeiter-Verband und der Fleischer-Verband mit der Firma Behr nicht gut ausgekommen ist, haben wir nicht behauptet. Wir müssen dagegen feststellen, daß die Firma Behr bei dem zweiten Fall der Entlohnung den Betreffenden nicht zur Disposition gestellt, sondern ohne Zahlung des Lohnes entlassen hat. Dagegen haben wir uns gewandt, um so mehr, als es der Firma auch bisher noch nicht möglich war, die Angeklagungen, die gegen den Entlassenen erhoben wurden, durch Feststellungen nachzuweisen. Im übrigen sind unsere Tarifverhandlungen mit der Firma daran gescheitert, daß die Firma sich weigerte, einen Tarif auf einer früher von ihr selbst angebotenen Grundlage abzuschließen.“

Ausland.

Achtung, Steinmeyer! Seit 2 Monaten sind die Steinmeyer der Firma Biella, Balma ed Drova in Turin im Streit. Die Unternehmer suchen überall Streikbrecher. Vor Inzug wird gewarnt.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang des deutschen Tabakbaues.

In früheren Jahren hatte das Deutsche Reich einen stattlichen Tabakbau aufzuweisen. Noch im Jahre 1880/81 gab es zum Beispiel in Sachsen laut der „Süddeutschen Tabakzeitung“ 108 Tabakpflanzler, die eine Fläche von ca. 1 1/2 Hektar mit Tabak bebauten. Der Ernteertrag belief sich damals auf 2388,30 Kilo.

Seitdem ist aber der Tabakbau sowohl nach der Zahl der Pflanzler, wie nach der Größe der bebauten Fläche von Jahr zu Jahr immer mehr zurückgegangen und 1911 gab es nur noch einen Tabakpflanzler. Der sächsische Tabakbau steht also vollständig auf dem Aussterbepfad und es wird bald unmöglich sein, sächsische Habanas zu rauchen.

Auch in den übrigen deutschen Ländern macht sich ein fortgesetzter Rückgang der Tabakkultur bemerkbar. In Württemberg, wo hauptsächlich Gumbi- und Elsäcker Tabak angepflanzt wird, zeigt sich dieselbe Entwicklung; die Anbaufläche ist dort von 290 Hektar auf 235 Hektar zurückgegangen. Im ganzen Deutschen Reich schließlich verminderte sich die mit Tabak bebauten Fläche von 16 185 Hektar auf 15 400 Hektar.

Verfammlungen.

Die Sektion der Fugler des Bauarbeiterverbandes hielt am Donnerstag ihre Mitgliederversammlung ab. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Unterstützungsliste. Der Vorstand unterbreitete den Vorschlag, daß noch für Dezember dieses Jahres die Beiträge dafür bezahlt und dann noch ein Jahr lang die Unterstützungsliste im Krankheitsfall gewährt werden sollen, so daß der Bestand der Kasse zum nächsten Jahresabschluss aufgebraucht sein wird und die Lokalkasse aufgehört hat zu bestehen.

In der Diskussion wurde einerseits gewünscht, daß für Dezember der Beitrag nicht mehr erhoben und die Kasse aufgelöst werden solle, während von anderer Seite das Fortbestehen der Kasse und der Beitragszahlung gefordert wurde. Vom Vorstande wurde betont, daß diejenigen, die restierende Beiträge nachzahlen wollen, noch der Unterstützung teilhaftig werden können.

Die Versammlung nahm zuletzt einen Antrag an, demzufolge Beiträge für die Kasse im Dezember d. J. nicht mehr gezahlt, die Unterstützungen dagegen bis Dezember nächsten Jahres ausgezahlt werden. Restierende Beiträge werden jedoch noch bis zum 1. Januar kommenden Jahres entgegengenommen. Wer bis zu diesem Termin seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, geht seiner Rechte verlustig.

Es findet demnächst eine Konferenz der Stukkateure statt, die über die Frage der Beseitigung von Grenzstreitigkeiten zwischen Stukkateuren und Fuglern beraten wird.

Als Delegierte zu dieser Konferenz wurden S i n r e i c h und Kaiser gewählt.

Letzte Nachrichten.

Geht Lukacz?

Budapest, 21. September. (B. T.) Aus informierter Quelle verlautet, daß nach Ablauf der Delegationsmission Ministerpräsident Lukacz zurücktreten und sein Posten vom Grafen Bichy übernommen werden wird, der mit der Durchführung der Wahlreform beauftragt ist.

Die Oppositionellen in den Delegationen.

Budapest, 21. September. (B. T. U.) Es erscheint nunmehr gewiß, daß die Hälfte der oppositionellen Abgeordneten sich nach Wien zu den Beratungen der Delegationen begeben wird, um deren Vertretung zu fördern. Die Führer der Opposition werden sich an der Demonstration beteiligen. Die ungarische Regierung und die Majorität werden alles aufbieten, um auch bei den Beratungen der Delegation die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Tödlischer Absturz eines Fliegers.

Belfast, 21. September. (B. T. U.) Der bekannte Flieger K i t l e y ist abgestürzt und den erlittenen schweren Verletzungen erlegen.

Eine Delquelle entdeckt.

New Orleans, 21. September. (B. T. U.) Ein außerordentlich reiches Oelfeld mit den ausgedehntesten Möglichkeiten, das Heizmittelproblem in der Panamakanalzone zu lösen, ist nach dem Bericht des Herausgebers des Panama Star, Gerald Hamilton, auf kolombischem Gebiet, kaum eine Tagesreise vom Kanal entfernt, entdeckt worden. Hamilton, der gestern hier eingetroffen ist, erklärt, sowohl die kanadische als auch amerikanische Kapitalisten, die das Feld untersuchten, hätten sich in günstigem Sinne darüber geäußert.

selben zuläßt, dann wird es den Anhängern dieses Systems immer schwerer gemacht zu beweisen, daß wir es mit einem bewährten Wirtschaftssystem zu tun haben."

Rot bricht Eisen, und wie es scheint, leidet der Hunger die christlichen Arbeiter sogar noch das Denken. Was die „Textilmode“ schreibt, ist eine Bestätigung des Urteils, das wir Sozialdemokraten allzu oft über die Wirkungen der preussisch-deutschen Teuerungspolitik abgegeben haben.

So lange die Junker, die Regierung und die Hochschulgötter sehen, daß die hungernden christlich-nationalen Proletarier gegen die Teuerung nichts weiter als schwache Proteste herauszubringen vermögen, so lange wird man sich um die Geschädigten nicht den Deut kümmern. Dem deutschen Wirtschaftssystem ist mit Hilfe des Zentrums der starke Charakter aufgeprägt worden und es „bewährt“ sich dadurch, daß es die Kaufkraft schwächt und Rot und Elend verbreitet. Wann werden die christlichen Arbeiter böllig einsehen, daß das „bewährte“ Wirtschaftssystem notwendigerweise zur Hungerpolitik führt? Wann werden sie den Lebensmittelpolitikern Wasel sagen?

Gemeinden und Kommunen.

Der Gemeinderat in Mülhausen i. G. nahm mit 20 gegen die 5 Stimmen der Zentrumskraktion den folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion an: „Der Herr Bürgermeister wird ersucht, an den Kaiser, den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Katastrophe beantragt wird: 1. die sofortige Einberufung des Reichstages; 2. die Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperrung für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und der sogenannten Einfuhrschneide, die als Ausnahmsmaßnahme für Getreide wirken. Der Gemeinderat setzt mit der Befugnis, sich durch Sachverständige von außerhalb des Gemeinderats zu verstärken, unter Bereitstellung eines Kredites von 20 000 M. eine Spezialkommission ein, deren Aufgabe es ist, die Rohstoffzufuhr für Getreide, insbesondere beim Fleisch, darauf zu organisieren, daß sei es durch Einkauf direkt vom Produzenten, sei es durch andere geeignete Maßnahmen, bei Abgabe der Lebensmittel zum Selbstkostenpreise die Einwohner Mülhausens vor Unterernährung nach Möglichkeit bewahrt werden.“

Die fünf Zenträmter, die erklären ließen, der Antrag sei ihnen „zu radikal“, enthielten sich der Abstimmung hierbei. Beschlüsse wurde ferner einstimmig, an die Generaldirektion der Reichseisenbahnen ein Gesuch um ermäßigte Frachttarife für Vieh- und Fleischtransporte zu richten.

Der Stadtmagistrat Nürnberg hat beschlossen, einen Versuch mit dem Bezug von Fleisch durch die Stadt zu machen. Es wurde mit den Vereinigten Fleischerinnungen eine Vereinbarung getroffen, wonach diese sich verpflichten, täglich 5 Zentner Ochsenfleisch von vollfleischigen, gemästeten Tieren bester Qualität in einen von der Stadt noch zu bestimmenden Verkaufsraum zu liefern. Es muß ferner in möglichst großen Stücken möglichst ladefertig und, mit Ausnahme der Rippen und Haverschilde, vollständig ausgebeint geliefert werden und zwar in frischem, einwandfreiem Zustande. Der Knochenanteil darf niemals 20 Proz. überschreiten. Der Magistrat übernimmt täglich das Fleisch und läßt den Verkauf durch einen Angestellten auf städtische Rechnung besorgen. Innungsmitglieder, die wiederholt bei Lieferungen zu Beanstandungen Anlaß gegeben haben, können von der weiteren Lieferung ausgeschlossen werden. Streitigkeiten zwischen Lieferanten und der Stadt werden vor ein Schiedsgericht gebracht, das aus dem magistratischen Referenten, einem Amtstierarzt und einem Vertreter der Innungen besteht. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten dieser Maßnahme zu, wobei jedoch betont wurde, daß sie sich davon keine wirksame Abhilfe des Rohstoffmangels versprechen. Die Hauptsache sei die Befreiung unserer agrarischen Politik.

Es wurde auch die Frage wieder erörtert, ob landwirtschaftlichen Genossenschaften städtische Gelände zur Schweinezucht überlassen werden sollen, doch wurde die Sache nochmals zurückgestellt, um erst zu erwägen, ob es sich nicht empfiehlt, eine solche Züchterei dem bereits bestehenden landwirtschaftlichen Betrieb der städtischen Armenpflege anzugliedern.

Die Wahlen zu den Instanzen der Privatbeamtenversicherung

stehen bevor. Sie haben eine lebhaftere Bewegung, ja man kann sagen, wirkliche Wahlkämpfe entfacht, die mit großer Lebhaftigkeit ausgefochten werden. Zwei Gruppen von Versicherungspflichtigen sind es, die sich im Wahlkampf gegenüberstehen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat sich mit anderen Angestelltenorganisationen, die ihm mehr oder minder wesensverwandt sind, im Hauptauschuh für staatliche Rentenversicherung zusammengeschlossen. Auf der anderen Seite steht die Freie Vereinigung für

mit soviel Schwierigkeiten zu kämpfen, daß an die Einberufung einer solchen Kommission gar nicht gedacht werden kann. Deshalb appelliert der Vortragende an die deutsche Großmacht und fordert sie auf, unverweilt mit den anderen Großmächten eine Vereinbarung zum Schutze der arbeitslosen und arbeitslosen Kauna ins Werk zu setzen. Zunächst aber wäre die Schaffung einer arbeitslosen Reserve erwünscht, zu deren Begründung möglichst bald sachverständige Vertreter des Naturschutzes herangezogen werden sollten.

Humor und Satire.

Rur immer langsam voran!

Die Fleischnot, — ja, sie ist absehlich,
Der Fleischpreis schwilt entsetzlich an,
Und manchem knarrt der Magen greulich,
Weil er kein Fleisch sich leisten kann.
Die Schnitzerei füllt nach Kalb und Schwein er,
Er fragt, ob sich nicht bald was regt?
Und Antwort tönt's: „Schöpf' Hoffnung, Kleiner!
Denn die Regierung überlegt!“

Sie rüstet schon Papier und Tinte
Und schiebt den Kopf adrett und nett,
Damit sie einen Ausweg findet
Aus der Misere, aus dem G'rett!
Habt nur Geduld, Ihr lieben Leute,
Bald ist die Fleischnot weggefeht!
O Jubel! Flaget nicht vor Freude:
Die Staatsregierung überlegt!

Es geht im Witzigtempo, laufend,
So schnell, wie man's noch nie geirnt!
Und glaubt mir: bis zum Jahr 2000
Wird irgend was (vielleicht) geschehn!
Es ist ein Wunsch, ein allg. Vernein,
Der sich in meinem Wuse regt:
„O sünde sich doch irgendeiner,
Der die Regierung überlegt!“

(Starke in der „Jugend“.)

Notizen.

— Die Freie Hochschule Berlin hat soeben ihr neues Programm erscheinen lassen. Es umfaßt 127 Vorlesungen, die zum Teil in den Abendstunden von 7 bis 10 Uhr stattfinden. Ausführliche Programme sind kostenlos in allen öffentlichen Bibliotheken und Verkaufsstellen sowie den bekannten Verkaufsstellen der Hörerkarten zu haben.

— Das Privatseminar für Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus, das Genosse Brunwald abhält, beginnt Anfang Oktober neue Kurse: Theoretische Ökonomie mit Beträgen des „Kapitals“; Geschichte der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und Genossenschaften in Deutschland; Geschichte und Theorie des modernen Imperialismus. Alles Nähere auf schriftliche Anfrage: Berlin W. 62, Landgrafenstr. 2a.

Sozialversicherung. Ihr gehört der Bund der technisch-industriellen Beamten an und unter anderem auch die Zentralverbände der Handlungsgehilfen, der Bureau- und Krankenkassenangehörten, der Lagerhalter und andere haben sich der Freien Vereinigung angeschlossen. Es ist auf beiden Seiten in der Hauptsache dieselbe Gruppierung, die sich während der Vorbereitung und Beratung des Privatbeamtenversicherungsgesetzes gebildet hatte. Die Gegensätze zwischen beiden Gruppen bestehen im wesentlichen darin, daß der Hauptauschuh für eine besondere, von der Arbeiterversicherung getrennte Privatbeamtenversicherung eintrat, wie sie inzwischen Gesetz geworden ist. Die Freie Vereinigung dagegen propagiert den Ausbau der Reichsversicherungsordnung, d. h. daß auch die Privatbeamten ihr unterstellt, also eine einheitliche Institution für die Versicherung aller Arbeitnehmer geschaffen werde. — Hauptauschuh und Freie Vereinigung treten jetzt auch bei den Vertrauensmännern zur Privatbeamtenversicherung als Gegner in die Schranken.

Am Freitag hatte die Freie Vereinigung eine öffentliche Privatbeamtenversammlung nach dem Germaniaaal in der Chausseestraße einberufen. Besuch und Verlauf dieser Veranstaltung trugen das Gepräge eines lebhaften Wahlkampfes. Zu Tausenden strömten die Wahlberechtigten nach dem Versammlungsort. Der große Saal war überfüllt. Ein starkes Polizeiaufgebot sperrte ihn ab und bemühte sich, die ungeheuren Menschenmassen zu zerstreuen, die sich vor dem Lokal trauten. Man ging nun nach dem nahegelegenen Saal der Kochbrauerei (Chausseestraße) und veranstaltete dort eine zweite Versammlung, wo einige Redner von der Freien Vereinigung sprachen.

Im „Germaniaaal“ referierten Martin Meher vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Demos vom Zentralverband für das Buchbindergewerbe. Die Diskussion war eine sehr ausgedehnte, nicht minder lebhaft und zeitweise stürmische. Es sprachen Redner von den verschiedenen Organisationen beider Richtungen. Dem Hauptauschuh wurde durch Tatsachen nachgewiesen, daß sein von beschränktem Standesbündel eingegebenes reaktionäres Vorgehen ein gut Teil Schuld daran trägt, daß jetzt eine völlig ungenügende, den Interessen der Privatbeamten nicht entsprechende Versicherung vorliegt. — Deshalb ergeht die Aufforderung an die Vorwähler, die Kandidaten der Freien Vereinigung zu wählen, damit bei der Ausführung des Gesetzes die Interessen der Angestellten nach besten Kräften gewahrt werden. — Die Redner vom Hauptauschuh suchten ihre Organisationen so gut oder schlecht es gehen wollte, gegen die wohlbegründeten Angriffe von der anderen Seite zu verteidigen. Damit fanden sie natürlich nur bei dem kleinen Häuflein ihrer Angehörigen Beifall, während die übergroße Mehrheit keinen Zweifel darüber ließ, daß man den Herren vom Hauptauschuh, die die zu bestehenden Vertrauensmänner bereits unter ihren Korruptionen verteilt haben, eine gründliche Niederlage bereiten wird. — Die nachstehende Resolution wurde angenommen:

„Am 20. September in den „Germaniaaalen“ versammelten Privatangehörten Groß-Berlins haben nach der Art und Weise, wie der Hauptauschuh für die staatliche Rentenversicherung der Privatangehörten beim Kampf um die soziale Versicherungsgesetze die Interessen der Privatangehörten preisgegeben hat, zu seinen Kandidaten nicht das Vertrauen, daß sie in die Verwaltung- und Spruchorgane der Angestelltenversicherung Männer entsenden werden, die, mit genügendem sozialen Verständnis ausgerüstet, das nötige Maß an Bescheidenheit, um bei der Handhabung des Versicherungsgesetzes sowohl für die Interessen der Versicherten einzutreten. — Sie sind davon überzeugt, daß der von der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangehörten vorgeschlagene Weg zur Herbeiführung einer staatlichen Rentenversicherung der Privatbeamten die Interessen der Angestellten viel besser gewahrt hätte, als das vom Hauptauschuh angestrebte Sondergesetz. Demgemäß haben sie auch zu den Kandidaten der Freien Vereinigung das Vertrauen, daß sie für eine gerechte Anwendung und einen großzügigen Ausbau des Angestellten-Versicherungsgesetzes eintreten werden. Sie empfehlen deshalb allen Berufstätigen, bei den Wahlen der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung für die Liste der Freien Vereinigung zu stimmen.“

Von einem Augenzeugen der zweiten Versammlung erhalten wir noch folgenden Bericht:

Improvisierte Veranstaltungen gelingen häufig besser als lange vorbereitete. Ich weiß, daß in der Versammlung in den „Germaniaaalen“ die bedeutendsten Redner und die größeren Massen gewesen sind, ob an Stimmung, an jubelnder Kampfstimmung, sich diese Versammlung mit keiner in der Kochbrauerei abgehaltenen zweiten Versammlung messen kann, möchte ich bezweifeln. Etwa 800 Mann hatten sich bereits um 8 1/2 Uhr hier eingefunden und damit auch diesen Saal überfüllt. Diese fieberhaft erregten Besucher nicht warten zu lassen, und ihnen zu zeigen, daß es auch ohne rednerische Korruptionen geht, wenn das Herz bei der Sache ist, eröffnete das aus dem Stempelgebildete Bureau sofort die Versammlung. In vorzüglichen, sachlichen Ausführungen schilderte zunächst Krug vom Bund technisch-industrieller Beamten die schweren Schäden des Gesetzes, ihm schloß sich Hirscheid vom Zentralverband der Handlungsgehilfen an, der sich hauptsächlich mit der Frage beschäftigte: Wie kam es, daß dieses Gesetz zustande kommen konnte? und die Veranlassung zum Standesbündel der deutschnationalen Handlungsgehilfen und der anderen Verbände des Hauptauschusses zuschob, die auf Reichsaufschub und andere materielle Vorteile verzichtet hätten, nur um ihre Sonderliste für die Privatangehörten zu bekommen. Von stürmischem, heiß wiederholtem Beifall, nur jellen von lauem Widerspruch unterbrochen, konnten beide Referenten ihre Aufgabe zu Ende führen. Dann folgte die Diskussion, die sich im wesentlichen zustimmenden Sinne bewegte und immer neue Beifallstürme entfesselte. Ein Mitglied des an den Hauptauschuh angeschlossenen 88er Verbandes stellte sich als bekehrter Sünder vor; er sei als Anhänger des Hauptauschusses gekommen, sei aber nun entschlossen, „Freie Vereinigung“ zu wählen. Demgegenüber verwarf ein Nichtorganisierter am Hauptauschuh eine Art Notwendigkeit vorzunehmen, mußte aber bald selbst zugeben, daß er das Gesetz gar nicht wirklich kenne. Der Redakteur des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Organs, der ebenfalls im Saal war, wagte es nicht, das Wort zu nehmen. Er sah wohl ein, daß hier für demagogische Klagen der Boden zu heiß sei. Auch die zahlreich erschienenen Frauen anscheinend dem Verband für weibliche Angestellte angehörigen Frauen nahmen nicht das Wort. So manche von ihnen dürfte meinem Eindruck nach hier ihr Damaskus gefunden haben. Geradezu entsetzt schienen diese schlecht informierten Kolleginnen zu sein, als ihnen zu wiederholten Malen die frauenfeindliche Stellung des Deutschnationalen Verbandes, ihres Wahlbundesgenossen, vorgeführt wurde. Um 11 1/2 Uhr war die Rednerliste erschöpft und unter endlosem Jubel konnte die fast einstimmige Annahme der Resolution konstatiert werden. Wir konnten die Versammlung mit dem Bewußtsein verlassen, gute Arbeit für die Freie Vereinigung und ihre sozialen Bestrebungen geleistet zu haben.

Aus der Frauenbewegung.

Säuglingspflege im Kino.

In Düsseldorf ist der Kinematograph der hiesigen Stadtbauausstellung auch in den Dienst der Säuglingspflege gestellt worden. Ein Film „An Todesangst um ihr Kind“ zeigt, wie eine besorgte aber unverständige Mutter ihr Kind durch unsaubere Nahrung und verkehrte Behandlung immer mehr herunterbringt, bis sie schließlich eine Mutterberatungsstelle aufsucht. Dort sieht man dann, wie sie der Arzt über die bisherigen Fehler, — wie das enge Wickeln des Kindes und die Ernährung mit allerlei Nahrungsmitteln und schlechter Milch — aufklärt, und höchst drastisch wird dabei neben dem schwächlichen Kleinkind ein Brutskind von dem gleichen Alter vorgeführt. Natürlich wird dann das krankliche Kind durch die richtige Behandlung auch wieder hochgebracht, und zum Schluß erscheint ein Bild, wie die Mutter beim nächsten Kind dankbar die erhaltene Lehre beherzigt: Mütter, stillt eure Kinder!

Die Vorführungen wurden in der städtischen Kasse von Kerkten und Mitgliedern des Stadttheaters gespielt. Wie die „Frankfurter Zeitung“ weiter dazu mitteilt, hat die Vorführung so gut gewirkt, daß mehrere Mütter das Düsseldorf'sche Rathaus aufsuchten, in das der Film die Beratungsstelle wirklich verlegt hatte.

Lesende.

- Erster Wahlkreis. 1.—4. Abteilung bei Weisnachts, Grünstraße 21, Vorlesung: „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ von Adelsheid Bopp.
- Hanjabiertel, 5. Abteilung, bei Kolbe, Hiesburger Straße 24; Vortrag der Genossin Boldt über: „Heimarbeit im sächsischen Erzgebirge“.
- Zweiter Wahlkreis. Westen, Wilowstr. 58; Vortrag des Genossen Herrn Glajus.
- Friedrichstadt bei Löhrich, Markgrafenstr. 88. Referent Gen. Eichhorn.
- Dritter Wahlkreis. Gemeinschaftlich im Gewerkschaftshaus, Seitenflügel part. Genosse Rich. Barth über: „Gefängnisleben“.
- Fünfter Wahlkreis. Abteilung 1 und 1a bei Rausch, Windstr. 12. 4., 5., 6., 7. Abteilung diesmal bei Hiel, Niederstr. 7.
- Bohnndorf in der Villa Rahl, Inhaber Vorkolger.
- Köpenick. Der Lesende fällt aus, da eine öffentliche Frauenversammlung über die Teuerung am Dienstag, den 24. im Stadttheater stattfindet.
- Friedenau bei Flame, Handjerystraße 60/61. Genossin Bötz „Die Frau im Mittelalter“.
- Friedrichshagen, Friedrichstraße 60, 2. Hof parterre links. Genosse Grempe: „Die agitatorische Ausnutzung der Karikatur“. — Die Genossinnen werden ersucht, Karikaturen aus dem Wahren Jakob, Simplichismus usw. mitzubringen.
- Johanniskilch. Im Arbeiterheim, Restaurant Lindenhof, Friedrichstraße 61. Genossin Luise Siedel: „Warum haben wir Hungernotpreise“.
- Lichtenberg, 1. Viertel. Genosse John: „Vollbildung“. (Fortsetzung.)
- 2. Viertel. Genosse Hebold: „Religion und Arbeiterschaft“.
- 3. Viertel. Genosse Glöckner: „Entwicklung des Sozialismus“.
- 4. Viertel. Genosse Ritsche: „Das Märchen vom Klapperschorn“.
- 5. Viertel. Genosse Richter: „Das Erfurter Programm“.
- 6. Viertel. Genosse Zimmermann: „Das Erfurter Programm“.
- Ober-Schöneberg. Bei Prochowski, Vereinshaus; Vortrag des Genossen Max Schütte.
- Pankow. Im Lokal „Zum Ausrufen“, Berliner Str. 102.
- Reinickendorf-Öst. Im Restaurant „Eden“, Residenzstr. 124. Kurt Heimg: Die Stellung der politischen Parteien zur Frauenfrage.
- Schöneberg. Wegen der am Dienstag stattfindenden Frauenversammlung fällt der Lesende am Montag aus.
- Tegel, Schleierstr. 10. Genossin Käthe Dunder: Die Erziehung in den Schuljahren.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Opernhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Wagners Ring des Nibelungen. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Der Rosenkavalier. Mittwoch: Nabucco. Donnerstag: Der Traum. Freitag: Zampa. Sonnabend: Die Fledermaus. Sonntag: Der Freischütz. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
- Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Der große König. Montag: Die Journalisten. Dienstag: Die Bluthochzeit. Mittwoch: Der große König. Donnerstag: Der gekörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. Freitag: Die Bluthochzeit. Sonnabend: Ariadne auf Naxos. Sonntag: Der große König. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
- Lessing-Theater. Sonntag: Lantini der Narr. Montag: Rosenmontag. Dienstag: Gudrun. Mittwoch: Wenn der junge Wein blüht. Donnerstag: Lantini der Narr. Freitag: Die Frau vom Meer. Sonnabend: Warentanz. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Warentanz. Montag: Hedda Gabler. (Anfang 8 Uhr.)
- Deutsches Theater. Sonntag: Romeo und Julia. Montag: Don Carlos. Dienstag: Ein Sommernachtstraum. Mittwoch: Hamlet. Donnerstag: Die Räuber. Freitag: Lotentanz. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Die Räuber. Sonntag: Lotentanz. Montag: Romeo und Julia. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
- Kammerpiele. Sonntag: Mein Freund Leddy. Montag: Der Krug am Scheideweg. Dienstag, Mittwoch: Mein Freund Leddy. Donnerstag: Frühling's Erwachen. Freitag bis Montag: Mein Freund Leddy. (Anfang 8 Uhr.)
- Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Affenbäuer. Abends: Große Hofoper. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Stabile und Uebe.
- Kleines Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Drei Einakter. Täglich abends: Der Unterhändler. Der Arzt seiner Ehre. Kottschens Geburtsstag. (Anfang 8 Uhr.)
- Trianon-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der selbige Loup. Abends und Montag bis Mittwoch: Der Dieb. Die Bräutigam. Ein pennsylvanischer Hochzeitsfest. Donnerstag: Geflohen. Freitag bis Montag: Liebesbarometer. (Anfang 8 Uhr.)
- Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Hopt und Schwert. Abends und Montag: Die Händlerin. Dienstag: Die Gelehrten. Caraculus. Der grüne Kalb. Mittwoch: Des Barrers Tochter vom Strelasch. Donnerstag und Freitag: Die Lokalbahn. Die Bedaile. Sonnabend und Sonntag: Des Barrers Tochter vom Strelasch. Montag: Die Lokalbahn. Die Bedaile. (Anfang 8 Uhr.)
- Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Hölle von Lotos. Abends: Wallensteins Lager. Die Piccolomini. Montag: Der Tallisman. Dienstag: Raskolnik. Mittwoch: Der Tallisman. Donnerstag und Freitag: Der Wahnwisp. Die Schule der Frauen. Sonnabend: Der Tallisman. Sonntag: Wallensteins Tod. Montag: Raskolnik. (Anfang 8 Uhr.)
- Repos-Bald-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Liebele. Literatur. Abends: Vore. Die Spieler. Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend: Liebele. Literatur. Dienstag, Donnerstag und Sonntag: Vore. Die Spieler. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
- Friedrich-Wilhelm-Abendtheater Schauspielhaus. Abends: Die kausche Sulamit. Anfang 8 1/2 Uhr.
- Theater in der Königsgräber Straße. Bis auf weiteres täglich abends 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
- Dalia-Theater. Abends: Antiolethen. (Anfang 8 Uhr.)
- Zurvielhäuser. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ein Königreich m. d. H. Abends: So'n Windhund. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
- Romdollenhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der rote Tentant. Abends und Montag bis Donnerstag: Feuerversicherung. Der löchende Anade. Freitag: Die Jarin. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend bis Montag: Die Jarin. (Anfang 8 Uhr.)
- Deutsches Schauspielhaus. Sonntag und Montag: Egmont. Dienstag: Othello. Mittwoch: Egmont. Donnerstag: Othello. Freitag: Egmont. Sonnabend: Gläubiger. Sonntag: Othello. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.)
- Reidens-Theater. Abends: Der Herr von R. 19. (Anfang 8 Uhr.)
- Caluso-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Der stille See. Abends: Der Hühner. (Anfang 8 Uhr.)
- Wionis-Coveretten-Theater. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr: Wiener Blut. Abends: Waldner Weidmann. (Anfang 8 Uhr.)
- Kurfürsten-Cyber. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Das goldene Kreuz. Abends: Der Kuckuck. Montag und Dienstag: Sulamit's Geheimnis. Die schöne Galathee. Mittwoch: Der Kuckuck. Donnerstag und Freitag: Sulamit's Geheimnis. Die schöne Galathee. Sonnabend und Sonntag: Der Kuckuck. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.)
- Reis-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr, abends und Montag und Dienstag: Japhet's Reich. Mittwoch: Ein Sommernachtstraum. Donnerstag: Japhet's Reich. Freitag: Ein Sommernachtstraum. Sonnabend und Sonntag: Japhet's Reich. Montag: Ein Sommernachtstraum. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
- Witten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ich lasse Dich nicht. Abends: Die Reineidgräfin. Montag: Der Walzerkönig. Dienstag: Ich lasse Dich nicht. Mittwoch, Donnerstag und Freitag: Der Walzerkönig. Sonnabend: Das Märchen von Heibronn. Sonntag: Die Reineidgräfin. Montag: Der Walzerkönig. (Anfang 8 Uhr.)
- Gerrulst-Theater. Die man Männer befreit. Die Original-Kabarett-Partie. (Anfang 8 Uhr.)
- Metropol-Theater. Abends: Chauffeur — ins Metropol! (Anfang 8 Uhr.)
- Holles Caprice. Abends: Der kausche Joseph. Der Kebab. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
- Abtrahals-Theater. Abends: Noome. (Anfang 10 Uhr.)
- Reichshallen-Theater. Abends: Die Nacht der Lüne. (Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.)
- Urania-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: In den Dolomiten. Täglich: Aufs Ratterhorn. (Anfang 8 Uhr.)

HACKEN
BERG

Die neuen 12⁵⁰ Modelle



Leiser

Königsstraße: 34 Leipzigerstraße: 65
Taufenzienstr. 20 Oranienstraße: 47a
Oranienstraße: 34 Müllerstraße: 3a
Friedenau, Rheinstraße: 14 Neukölln, Bergstraße: 7g



469 Chevr-f-Lockbes
821 Ia Chevr-zum
Schnären m.
Lockkap



739 matt Kalbled-Fins
Ia Boxcalf-Besatz
836 Ia Chevr
m-Lockk.



451 Schwarz-6-grau Kam-
garn, Ia Chroml-Bes-
541 Ia Chevr-m-
Lockkap

Hauptvorzüge:

Vornehme Eleganz Gediegenste
Qualität Neueste raffigste Formen.

Musterbuch nach außerhalb franko.

Kronleuchter Reklame-Verkauf.

für Gas u. Elektrisch
kauft man am besten und
billigsten in der Fabrik
von

Siegel & Co.,
33 Prinzenstr. 33.
Größte Auswahl Berlins.

Wir gewähren auf unsere Fabrikpreise
bis **1. Oktober**

33 1/3 % Rabatt.

1000 Kronen u. Ampeln von 10-900 Mark.



Möbel-Thiele

Berliner Möbel-Halle „Norden“

Langjähriges, vertrauenswürdiges, christliches
Direkter Verkauf an Private. — Kostenloser Versand und Zusendung.

Ausstellung und Verkauf:
Invaliden-Straße 128
(Stettiner Bahnhof)
sowie
Acker-Straße 120
(Gartenplatz)
Werkstatt und Speicher:
Invaliden-Straße 118
(Fernsprecher Norden 2934)
Spezial-Geschäft.

Oskar Wollburg

Berlin N, Brunnenstr. 56.

Herbst-Neuheiten

Kostüme

aus Tuch, Kammgarn u. engl.
Stoffen. Feinste Verarbeitung.
19, 27, 38, 52 M.

Hochle- gante Plüsch-Velvet- u. Velours du Nord-Mäntel

auch für starke Damen
32, 48, 66, 85 M.

Mäntel — Ulster

aus echt englischen Stoffen.
leichte und aparte Form
17, 16, 24, 38 M.

Backfisch- u. Kinder-Ulster

Mäntel und Kostüme
in mod. Farben u. Stoffarten
4²⁵, 7, 16, 28 M.

Zur gefälligen Beachtung!

Meine in eigenen Werkstätten angefertigten Herbst-
und Wintermodelle sind in der zur Zeit stattfindenden
Mode-Ausstellung der Bekleidungs-Industrie im Zoo-
logischen Garten bis zum 21. September zu besichtigen
und stehen meiner werthen Kundschaft Eintrittskarten
gratis in meinem Geschäftslokal, Brunnenstr. 56,
zur Verfügung.



MANOLI Kardash

Möbel

Fabrik **Rudolf Bartsch** Oranienstr. 73. Gegr. 1889

Bräutleute, achtet auf meine Firma!

Möbelkauf ist Vertrauenssache. Tausende meiner Kunden bestätigen gern, daß sie nicht nur billig, sondern auch reelle Möbel bekommen haben. Versäumen Sie also nicht, mein Lager zu besichtigen. Fachmännische Bedienung. Kaufzwang ausgeschlossen.

Neuzeitliche Möbel

für 1 bis 2 Stuben nebst Küche | 2-4 Zimmer in modernem Geschmack
in allen Preislagen. große Auswahl.

Teilzahlung eventuell gestattet. Große Posten zurückgesetzter Möbel billig.

Geöffnet Wochentags von 8-5 Uhr. Sonntags von 8-10 Uhr.

Anerkennungsschreiben: Mit den mir im April a. c. zugesandten Möbeln bin ich sehr zufrieden, auch haben dieselben im Kreise der Freund- und Verwandtschaft ihren Beifall gefunden.
E. P. Photograph. Zittau.

Kronen-3 Teller 10 Pf.
Suppen beste und kräftigste Hausmannskost

Kronen-5 Würfel 20 Pf.
Bouillon wie bekannt feinste Qualität

Saucen-Würfel 2 Portionen 10 Pf., 10 Sorten, u. a.: Braten-, Gulasch-, Pilz-, Tomaten-, Madera-, Sardellen-Saucen.

Nährmittel-Gesellschaft „Krone“ Michaels & Co., G. m. b. H., Berlin SW 29



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
König-Str. 132-37
am Bahnhof
Alexander-Platz
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

In dieser Woche, soweit der Vorrat reicht:

Grosser Verkauf

Versand-Abteilung:
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137
Die Firma A. WERTHEIM
hat zu ähnlich lautenden
Firmen keinerlei Beziehung

Porzellan · Glas · Steingut

Tafelgeschirr „Emmi“
gezackte Form, grüne Randmuster
Speiseteller tief oder flach 32 Pf.
Dessertteller 28 Pf.
Kompotteller 20 Pf.
Bratenschüsseln oval 80 Pf. bis 2.80
Kartoffelnäpfe 2.00, 2.45
Saucieren 1.25, 1.60
Kompottieren 53 Pf. bis 1.50
Terrinen 2.95, 3.95

Tafelgeschirr
weiss, gezackte Form
Speiseteller tief oder flach 23 Pf.
Dessertteller 15 Pf.
Kompotteller 10 Pf.
Bratenschüsseln oval 28 Pf. bis 1.80
Kartoffelnäpfe 1.05 bis 1.70
Saucieren 40 bis 95 Pf.
Salatschüsseln 15 Pf. bis 1.20
Terrinen 1.50 bis 3.20

„Meissen“
blaues Zwiebelmuster
Speiseteller flach 55, tief 57 Pf.
Dessertteller 38 Pf.
Kompotteller 35 Pf.
Bratenschüsseln oval 95 Pf. bis 4.50
Kartoffelnäpfe 1.65 bis 2.05
Saucieren 1.75, 2.05

Tafelgeschirr
weiss mit Goldrand
Speiseteller tief oder flach 32 Pf.
Dessertteller 25 Pf.
Kompotteller 20 Pf.
Bratenschüsseln oval 40 Pf. bis 3.90
Kartoffelnäpfe 1.65 bis 2.20
Saucieren 95 Pf. bis 1.40
Kompottieren 32 Pf. bis 1.40
Terrinen 2.70 bis 3.90

Frühstücks- u. Kaffeegeschirr
„Goldkette“, moderne, glatte Form
Kaffeekannen .. 70 bis 1.10
Teekannen .. 60 Pf. bis 1.15
Milchtöpfe 10 bis 65 Pf.
Zuckerdosens ... 28 bis 42 Pf.
Kuchenplatten 95 Pf.
Dessertteller 20, 25 Pf.
Salatschüsseln 16, 45, 60 Pf.
Kaffeetassen 23, Teetassen 28 Pf.

Ein grosser Posten Speiseteller weiss, flach ... 10 Pf.
ca. 20000 Stück Kaffee- u. Teetassen weiss 7 Pf.

Deutsche und französische		früher 85	145	210	260	570 Mk.
Tafelservice		jetzt 65	110	150	180	360 Mk.

Glaswaren

Pressglasgarnitur „Phönix“
Kompottschalen 5 bis 33 Pf.
Kompotteller 5 Pf.
Kuchenteller 33 Pf.
Pressglasgarn. „Olivenmuster“
Butterglocken 38 Pf.
Kompottschalen 5 bis 40 Pf.
Kompotteller 5, Kuchenteller 60 Pf.

Schleifg'as
Kompottschalen 25 bis 70 Pf.
Kompotteller .. 18 bis 20 Pf.
Butterglocken 60 Pf. bis 1.15
Käseglocken 48 Pf. bis 1.75
Sturzflaschen 38 Pf. bis 1.10
mit Glas 38 Pf. bis 1.10
Wasserflaschen 40, 63, 75 Pf.
Wassergläser 15, 18, 25 Pf.

Ein grosser Posten
schwer geschliffenes Kristallglas, als
Teller, Schalen, Vasen
bis zur Hälfte des regulären Preises
Ein Posten Römer
auf hohem Stiel, weisser
geschliffener Kelch ... 33 Pf.
auf hohem geschliffenem
Stiel, geschliffenem Kelch 95 Pf.
mehrfarb. geschliffen. Kelch
und geschliffener Stiel ... 1.90

Steingut

Tafelservice für 6 Pers.,
23 teilig
mod. Form, schöne Dekore 6.90
Küchensgarnituren
mod. eckige Form, 22 teilig 6.90
Waschgarnituren
neue Form, mit breitem bunt-
farbigem Bandmuster, 5 teil. 2.90
mit Golddekor 3.90

Tafelgeschirr „Röschchen“
volles Rosenmuster unter Glasur
Speiseteller tief oder flach 30 Pf.
Dessertteller 24 Pf.
Kompotteller 18 Pf.
Terrinen 3.50, 4.80
Kartoffelnäpfe 2.25, 2.75
Bratenplatten 1.00 bis 3.00

Garbáty

Cigaretten

Königin

von

SABA

Garantiert Handarbeit

Absolute Sicherheit
daß Sie den echten Nordhäuser Kautabak
von
Grimm & Triepel
erhalten, verschaffen Sie sich dadurch, daß Sie auf den
in jeder Rolle und um jede Stange gelegten
Firmenzettel
achten!

Falkenhagen West



Neuerschlossenes Waldgelände
□ Rufe von 15 Mark an
ab Leichter Bahnhof in 30 Min
Direkt am Bahnhof Seefeld
ab Charlottenburg (Bahnhof
Langfernhöhe, in 20 Minuten
ertig Sommerhäuser
von M. 300, 500, 700 auf-
wärts. Eisenheime bereits
u. 6500 an Aussicht auf
dem Terrain: Na. Strasse
Billigste und schönste Kolonie
westlich Berlins. Hochwald,
Villen- u. Landbaustellen.



Preis M. 10 000
monatlicher Mietaufwand M. 35.-
Kleine Anzahlung. — Lang-
jähr. Amortizat. Hypothek
Preis M. 6 500
monatl. Zins- resp. Mietaufwand M. 25.-
Nieschulke & Nitsche, BERLIN NO 43, Neue Königstrasse 16
(Ami Königstadt 6376) Illustr. Prospekt gratis.

DEUTSCHE MALZMILCH „SPITZECK“
Für Rekonvaleszenten und Blutarmer.
Rosen-Apotheke, Lausitzer Str. 1, Hermann Müller, Langestr. 95.
Alfred Marschner, Gubener Str. 41, R. Mühlenbach, Pücklerstr. 17.
Degerie Finsterbusch, Skalitzer Str. 63/64, Anton Schubert & Co.,
Kopernikusstr. 10a, Spreedrogerie Alt-Stralauer 40, Markgrafendrogerie,
Markgrafendamm 7, Stral. Drogerie, Stralauer Allee 18, S. Schweitzer,
Holzmarktstr. 67, Berth. Steiner, Wiener Str. 56, Emil Hauch, Koper-
nikusstr. 31, Artur Jakowaky, Reichenberger Str. 74a, Aug. Franke,
Waldemarstr. 35a, Max Ebert, Kopernikusstr. 17, Paul Lehrke, Kottbuserdamm 81, Paul Lehrke,
Emdener Str. 37, Albert Carl & Co., Dresdener Str. 112. 243/8
Generalvertreter **Mühlbradt, Treptow**, Tel.: Ober-Schöneweide 341.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Schöster Verhandlungstag.

Chemnitz, den 21. September 1912.

Haase eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Bescheidungskommission. Zunächst wird der Fall Hildebrandt verhandelt. Als Referent nimmt dazu das Wort

Süßheim-Kürberg:

Die Bescheidungskommission des Parteitages hat die Verurteilung Hildebrandts gegen seinen Ausschluß mit 5 gegen 4 Stimmen zurückgewiesen. Ich zweifle nicht daran, daß der deutsche Parteitag zu dem gleichen Ergebnis gelangen wird. Am 22. August fand in Ohligs eine Versammlung statt, die über einen Antrag des Gesamtvorstandes zu entscheiden hatte: Die Generalversammlung möge den Vorstand beauftragen, das Ausschlußverfahren gegen den Genossen Hildebrandt-Solinger-Ost einzuleiten. Es wurde in die Verhandlung der Sache eingetreten und Genosse Kurt begründete den Vorstandsantrag. Er führte dabei aus, daß die Stellungnahme Hildebrandts zur Kartellfrage und zu anderen grundsätzlichen Fragen der Partei in einer Distriktsversammlung zu der Auffassung geführt habe, daß Hildebrandt sich mit seinen Anschauungen außerhalb der Partei gefühlt habe. Es kamen in der Versammlung auch die Genossen Dittmann und Hildebrandt zum Wort. Ich brauche auf ihre Ausführungen nicht einzugehen, weil vorgelesen ist, daß ohne Hildebrandt Gelegenheit haben soll, vor dem gesamten Parteitag seine Ansichten zu äußern und dazu auch der Vertreter des Wahlkreises das Wort haben soll. Die Versammlung in Ohligs, in der niemand für die sachlichen Ausführungen Hildebrandts eintrat, beschloß mit 118 gegen 58 Stimmen die Einleitung des Ausschlußverfahrens. Am 24. August wurde dem Genossen Hildebrandt vom Parteisekretär mitgeteilt, daß die Einleitung des Ausschlußverfahrens beschlossen sei. Am 6. September fand dann in der Ausschlußsache zur Verhandlung und Entscheidung eine Sitzung statt. An dieser Verhandlung haben teilgenommen Genosse als Vorsitzender, Dittmann und Wengert als Vertreter der Organisation, Hlénbaum, Faberant, Kossens und Wodwas als Beisitzer, sowie Hildebrandt persönlich. Der Beschluß lautet: Gerhard Hildebrandt wird aus der Parteiorganisation ausgeschlossen. Es folgen dann die Gründe dieses Ausschusses. Dazu wird darauf hingewiesen, daß Hildebrandt sich mit dem ersten Teil des Parteiprogramms über die ökonomische Entwicklung und über die Vergegensätzlichung der Produktionsmittel in Widerspruch gesetzt hat. Hildebrandt gibt zu, daß seine Anschauungen von dem grundsätzlichen Teile des Parteiprogramms abweichen. Aber er glaube, der sozialdemokratischen Partei am nächsten zu stehen und in dieser am besten für seine Anschauungen wirken zu können. Er tritt für eine Agrarpolitik zur Erzielung einer mittleren Bauerwirtschaft ein, damit die Industrieländer unabhängig von den reinen Agrarländern würden. Das führt ihn zur Schutzpolitik mit dem Ziele einer Errichtung einer westeuropäischen Zollunion. Ferner tritt er für den Erwerb von Kolonien unter Schaffung von Gesetzen zum Schutze der Eingeborenen und Arbeiter ein und für Aufrechterhaltung einer Wehrmacht zum Schutze der Kolonien. Der Redner verliest dann zum Beschlusse lange Stellen aus dem Buche Hildebrandts: „Die Erschütterung der Industrieherrenschaft und des Industriezialismus“, unter anderem: „Solange breite Schichten der Industriearbeiter in kommunistischen Utopien befangen sind, können sie nicht die Mehrheit gewinnen und die Demokratie herstellen. Mit der Erschütterung der Industrieherrenschaft und des Industriezialismus muß sich ihre industrielle Lebensweise, ihre kommunistische Verbobtheit, ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Bauerntendenzen verlieren. Die Arbeiterbewegung ist also die Kerntruppe im Kampfe gegen die industrielle Lebensweise. Verfolgt sie, so nimmt der Prozeß bis zur Katastrophe seinen Fortgang, aber bis zu einer Katastrophe, die durch keinen industriezialistischen Zukunftsstaat abgelöst werden kann. Tun die Arbeiter, was ihr Interesse gebietet, so werden sie die Bauern, große Teile der Intelligenz, des gewerblichen Mittelstandes, ja selbst des Unternehmertums auf ihre Seite bekommen können. . . . Wenn irgend wann im bisherigen Verlauf der geschichtlichen Entwicklung, so bietet sich jetzt den Völkern Gelegenheit, über die trennenden Schranken der Nationalität, der Klassengegensätze und der Konfessionsunterschiede hinweg sich brüderlich die Hände zu reichen und damit eine Großtat zu tun, die sich in Zukunft ebenso als Vorbild der Weltgeschichte, und fruchtbarer Weisung zeigen dürfte, wie sie bisher wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Führer auf dem ganzen Erdentum gewesen sind. Möge das soziale Verantwortlichkeitsgefühl bei allen Beteiligten stark genug sein, um sie vor Festsetzungen überwinden zu lassen, die Unzähligen lieb geworden sein mögen, sich aber im Lichte einer vorurteilsfreien Betrachtung des Gesamtprozesses als gefährliche Befangenheiten erweisen.“

Die Möglichkeit des demokratischen Sozialismus im Sinne einer einheitlichen und geschlossenen Regelung der gesamten Produktion durch die nichtbesitzende und alles beherrschende Klasse ist damit ausgeschlossen. Der Schluß des Buches enthält eine Warnung an die Arbeiterschaft, zur Verwirklichung der in dem Buche festgestellten Ziele nach Kräften beizutragen. Aus dem Gesamtbild seines Buches und seinen mündlichen Darlegungen über die Stellung des Arbeiters im Klassenkampf sowie über die zu erstrebenden Ziele kam das Agitationskomitee zu der Überzeugung, daß Hildebrandt nicht auf dem Boden des grundsätzlichen Teiles des Parteiprogramms steht. Er hat sich auch nicht auf theoretische Studien beschränkt, sondern unverkennbar versucht, seinen Anschauungen praktische Verbreitung zu geben durch die Herausgabe seines Buches und durch seine Vorträge. Darin erklärt die Agitationskommission um so mehr einen Verstoß gegen das Parteiprogramm, als die Grundansichtungen Hildebrandts in schroffstem Widerspruch zu den Grundforderungen des Programms stehen. Nach alledem kam das Agitationskomitee zu dem Beschlusse, daß Hildebrandt aus der Parteiorganisation auszuschließen sei. Gegen diese Entscheidung des Agitationskomitees hat Hildebrandt sich an den Parteivorstand gewandt und die Einschaltung eines Schiedsgerichts beantragt. Das Schiedsgericht ist nach gründlichen Verhandlungen, deren Inhalt in dem Protokoll des Parteitages wiedergegeben ist, mit 4 gegen 3 Stimmen zum Ausschluß gekommen.

Unter den drei Minderheitsstimmen war auch die Stimme des Genossen Wörmthal, der acht Tage später freiwillig aus der Partei ausgetreten ist (Hört, hört!). Gegen dieses Schiedsgerichts-urteil, das den Ausschluß Hildebrandts bestätigt hat, hat Hildebrandt Beschwerde an den deutschen Parteitag eingelegt. In der Bescheidungskommission wurde über die Sache eingehend verhandelt und insbesondere Wert darauf gelegt, daß Hildebrandt Gelegenheit bekomme, seine Anschauungen frei und rückhaltlos vor den Mitgliedern der Kommission zu entwickeln. Es wurden ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt und Stellen aus dem Buch vorgelesen, um einen Gesamtindruck und Gesamtbild in die Anschauungen Hildebrandts zu bekommen und ich kann wohl feststellen, nicht bloß, daß die Auseinandersetzungen dieser Kommission durchaus sachlich geführt wurden, sondern auch, daß die Feststellung getroffen wurde, daß das Verfahren gegen Hildebrandt von Anfang an frei war von jeder persönlichen Befangenheit. Hildebrandt selbst mußte bestätigen, daß er persönlich als Mensch und auch als Redakteur mit den Genossen, die in Frage kommen, niemals irgend wie persönliche gehässige Differenzen gehabt hat, er möchte zugeben, daß er kollegial von ihnen unterrichtet wurde und daß die Behauptung, die aufgestellt wurde, das Verfahren gegen Hildebrandt sei auf persönliche Gehässigkeit zurückzuführen, als glatte Unwahrheit erwiesen sei.

In aller Kürze will ich auf die Kommissionsverhandlungen eingehen. Hildebrandt bekam das Wort, um uns einen Überblick über seine Auffassungen und Anschauungen zu geben. Er sagte folgendes: „Ich bin der Meinung, daß ich im Rahmen der Sozialdemokratie Platz finden kann. Es ist mir klar, daß ich in sehr wichtigen Fragen anderer Meinung wie die Partei bin, ich möchte nicht, wo ich anderweitig politisch Unterkunft finden sollte. (Geheerheit.) Der Unterschied zwischen mir und der Partei liegt in der Art der Formulierung des Programms. Diese Formulierung des Programms ist für mich zu nichtsfugend, jedoch ist mich gebrungen fühle, sie nicht zu akzeptieren. (Hört, hört!) Der Unterschied zwischen der offiziellen Formulierung und mir besteht darin, daß die Partei die Frage gelöst haben will durch die Formel der Vergegensätzlichung der Produktionsmittel. Ich sehe nicht ein, wie das in der Praxis durchgeführt werden soll. (Geheerheit.) In bezug auf die augenblickliche Taktik in der Zoll- und Kolonialpolitik trete ich der Partei entgegen. Ich kann mir unter der Aufhebung der Klassengegensätze nichts Bestimmtes vorstellen. Es handelt sich um Veränderungen von Zoll zu Zoll. Man braucht die Formulierung des Programms nicht als die allein mögliche gelten zu lassen. Der Unterschied zwischen liberaler und sozialistischer Politik scheint mir mehr ein Unterschied in der Tendenz zu sein. (Hört, hört!) Inwiefern sie sich durchsetzen kann, muß ich nach meiner wissenschaftlichen Auffassung offenlassen und würde mich verweigert fühlen, wenn ich sagen würde, diese Tendenz müsse unter allen Umständen bis zur Vergegensätzlichung der Produktion durchgeführt werden.“ Sie werden sich aus dem späteren Inhalt des Vortrags Hildebrandts überzeugen, daß dies der wesentliche Inhalt seiner Auffassung ist. Ich kann sie ergänzen durch seine weiteren Darlegungen in der Kommission. Auf die Fragen von Kommissionsmitgliedern erklärte Hildebrandt wiederholt, die Formulierung des Programms der Partei sei ihm zu eng. Die Durchführung des Gemeineigentums an dem Produktionsmittel in den Industriestaaten müßte geschäftet werden vor dem Verschwinden der bäuerlichen Grundlagen. Er gab den wesentlichen Inhalt seines Buches. Ich lege darauf Wert, weil sich daraus ergibt, daß wir bemüht gewesen sind, uns mit dem Gedankengang Hildebrandts vertraut zu machen und ich glaube, es gibt keinen besseren Weg dazu, als ihm selbst Gelegenheit zu geben, seine Anschauungen frei vorzutragen. Er führte aus, die Arbeiterschaft müsse die Tendenz aufnehmen, die bäuerlichen Grundlagen zu schützen. Im Interesse der Arbeiterschaft Westeuropas kommt er zu der Forderung der vereinigten Staaten von Westeuropa.

Nach Hildebrandt bekam Dittmann als Vertreter der Organisation das Wort, um eine geschichtliche Darstellung des ganzen Falles zu geben. Ich überlasse diese Ausführungen Dittmanns, weil er später Gelegenheit haben wird, sich dazu zu äußern. Hildebrandt führte im weiteren Verlauf der Verhandlungen aus, daß zwischen ihm und den Solinger Genossen mehrfach Differenzen, insbesondere auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, beständen. Es sei ihm nicht möglich gewesen, in Parteiversammlungen seine Anschauungen zu entwickeln und so sei es denn gekommen, daß er in öffentlichen Versammlungen seine abweichenden Anschauungen zur Sprache brachte. Das bezieht sich darauf, daß in einer öffentlichen Versammlung die Scheidemann abgehalten hat, Hildebrandt aufgetreten ist und versucht hat, seine abweichenden Anschauungen darzulegen. Er wurde von Scheidemann darauf verwiesen, daß die Diskussion über solche Fragen in nichtöffentliche Parteiversammlungen gehöre. (Sehr wahr!) Ein zweiter Fall war, daß in einer öffentlichen Versammlung nachdem Genosse Busold gesprochen hatte, Hildebrandt wieder das Wort ergriff und versuchte, seine abweichenden Anschauungen vorzutragen. Auch diesmal mußte er sich von Busold sagen lassen, daß die Erörterung dieser Fragen nicht in öffentliche Versammlungen gehöre. Er nimmt das Recht in Anspruch, seine Meinung auch öffentlich vorzutragen und beruft sich darauf, daß er in den Versammlungen erst aufgetreten ist, nachdem sich kein Gegner zum Wort gemeldet hat. (Geheerheit, in der einige Äußerungen aus der Mitte des Parteitages unverständlich bleiben. Nach einer kleinen Pause fährt der Redner fort.) Wenn mir der Genosse Dr. Südekum zuzustimmt, daß Hildebrandt ja ein Gegner war, so charakterisiert das . . . (Zuruf von Dr. Südekum: Ist mir ja gar nicht eingefallen, das Ihnen zuzurufen!), dann war es einer aus ihrem engeren Kreise, einer Ihrer Nachbarn! (Lebhafte Proteste, andere Rufe: Wer?) Hildebrandt hat dann weiter ausgeführt, er halte in seinem Buch eine Kooperation der Arbeiterschaft mit anderen Klassen für möglich, dabei sei allerdings die Arbeiterschaft die Kerntruppe. Er wolle die Parteiauffassung ergänzen, der Klassenkampf sei im Gange, er brauche nicht besonders mehr geschützt zu werden, davon brauche vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nicht mehr geredet zu werden. (Lachen.) Hier handele es sich darum, daß die Kooperation der Klassen möglich und notwendig sei, allerdings mit der Einschränkung: Soweit sich die anderen Klassen dazu bereit finden. (Ein Zuruf: Sämählich!) Wenn man eintrete für die Staaten von Westeuropa, müsse man für die Kooperation eintreten, die Klassengegensätze brauchen nicht auf alle Fragen übertragen zu werden, die Arbeiterschaft könne ja die Führung übernehmen, wenn es sich um die Staaten von Westeuropa handele. Um zu diesem Ziel zu kommen, sei es notwendig, daß sich die Arbeiterschaft mit anderen Klassen, die Verständnis haben, für die Staaten von Westeuropa vereinige. In der Kommission wurde Hildebrandt darauf aufmerksam gemacht von einem Mitglied, daß sein mündlicher Vortrag in einzelnen Punkten und Ausführungen mit dem Buch im Widerspruch stehe, und Hildebrandt wurde Gelegenheit gegeben, sich auch hierüber zu äußern. Hildebrandt erklärte weiter, das Ideal der Vergegensätzlichung hindere vielfach die praktische Agrarpolitik. Es wurde ihm die Frage vorgelegt, ob ihm verweigert worden sei, theoretische Vorträge in Parteiversammlungen zu halten. Hildebrandt war nicht in der Lage, diese Frage zu bejahen. (Hört, hört!) Im weiteren Verlauf hat Hildebrandt noch einmal Gelegenheit bekommen, seine Anschauungen darzulegen und am Schluß wurde ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt, die sich auf das Gebiet der praktischen Politik beziehen. Es wurden ihm insbesondere Fragen vorgelegt über seine Stellung zu den Kolonien, zur Steuer- und Zollfrage, und Hildebrandt hat am Schluß unserer Verhandlungen folgendes erklärt: „Ich gebe zu, daß die Partei ihre Stellung revidieren muß in den Fragen der kolonialen, Agrar-, Zoll- und Militärpolitik.“ Ich habe ihn gefragt, ob er grundsätzlich alle indirekten Steuern ablehnt, Hildebrandt hat diese Frage nicht bejaht. (Hört, hört!) Auch nach dem Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten werde es ohne Zollschuß nicht abgehen. Er gebe zu, daß durch den Zollschuß eine Verteuerung der Lebenshaltung eintrete. Er gebe zu, daß durch den Getreidezoll auch eine Verteuerung der Lebensmittelpreise eintrete. Er hat nun weiter ausgeführt: Wenn wir niemals Zollschuß gehabt hätten, dann wäre die landwirtschaftliche Bevölkerung von 18 auf 12 Millionen heruntergesunken.“ Die Mehrheit der Kommission hat darin eine Billigung dieser Schutzpolitik erklährt, unter der wir so schwer zu leiden haben. Hildebrandt und Dittmann wurden dann von der Kommission entlassen, und die Kommissionsmitglieder traten nun in eine Diskussion, Beratung und Beschlußfassung der Angelegenheit ein. Von einem Vertreter der Minderheit wurde vorgebracht, daß Hildebrandt nach seiner Auffassung nicht in grober Weise gegen die Grundsätze der Partei verstoßen habe; eine Schädigung der Partei liege nur vor, wenn es sich um eine die Partei schädigende Handlung handle. Wenn wir anders handeln würden, so würde aus uns eine sozialistisch-faholische Partei werden. Solange jemand erkläre, er stehe auf dem Boden des Programms und

der Partei, so habe das zu gelten. (Widerspruch.) Die Ideen Hildebrandts enthielten nur die Beschäftigung mit einem Zeitproblem. Er halte lediglich eine teilweise Kooperation der Arbeiterklasse mit anderen Klassen für nötig. Hätte Hildebrandt sich angestrengt, Anhänger zu gewinnen, so wäre es ihm vielleicht gelungen, seine Ideen in der Arbeiterschaft heimlich zu machen. So aber hätte das völlig versagt. Das wurde aus dem Kündigungsbriefe Hildebrandts entnommen. Er hat seine Stellung als Redakteur an der „Bergischen Arbeiterstimme“ gekündigt. In dem Kündigungsbriefe erklärt er, es sei ihm nicht gelungen, die Solinger Arbeiterschaft für seine Ideen zu gewinnen, und er würde nun einen weiteren Wirkungsfeld suchen. (Hört, hört!) In diesem Kündigungsbriefe hat Hildebrandt ausdrücklich zugegeben, daß die anderen Genossen mit ihm durchaus kollegial und freundschaftlich verkehrt und gearbeitet haben. Es wurde von der Minderheit eingewendet, der Ausschluß Hildebrandts aus der Partei bedeute eine Schwäche der Partei. Die Kommission ist mit 5 gegen 4 Stimmen dazu gekommen, die Verurteilung Hildebrandts zurückzuweisen und seinen Ausschluß zu befrichtigen.

Ich muß Ihnen nun kurz als Vertreter der Kommission die Gründe angeben, die für diesen Ausschluß maßgebend waren, um ihn zu rechtfertigen.

Wenn man den Gedankengang von Hildebrandt, wie er sich aus seinem Buche und seinem mündlichen Vortrage ergibt, an sich vorüberziehen läßt, dann kann man nicht im Zweifel darüber sein, daß er von ganz anderen Grundsätzen und Voraussetzungen ausgeht als die Gesamtpartei. Dabei handelt es sich nicht etwa um die Abfüng und Erörterung eines Teilprogramms; Hildebrandt vertritt die Meinung, unser sozialdemokratisches Endziel würde gar nicht dazu verhelfen können, die Arbeiterschaft aus den Fängen des Kapitalismus zu befreien. Für Hildebrandt ist das Entscheidende die Schaffung der Bauergrundlage und die Errichtung eines größeren Zollgebiets durch die vereinigten Staaten. Es ist ohne weiteres klar, daß das nur darstellt eine Vergrößerung des ganzen Zollgebiets, und endlich, wie Hildebrandt ist, gibt er auch zu, daß auch für diese vereinigten Staaten von Westeuropa nach seiner Meinung die Notwendigkeit eines Zollschusses gar nicht entbehrt werden kann. Hildebrandt sucht auf agrarsozialistischer Grundlage den Klassenkampf vollständig zurücktreten zu lassen, er sagt, ob mit oder ohne Sozialismus, die Katastrophe läßt sich nicht vermeiden. Auf der Grundlage seiner utopistischen Ideen kommt er zu Konsequenzen auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, des Imperialismus und der Zoll- und Steuerpolitik, die zu unseren Anschauungen im direkten Widerspruch stehen. Er spricht für die Notwendigkeit von Kolonien, darüber hinaus vertritt er die Meinung, daß unser heutiges Kolonialreich nicht ausreicht und unter allen Umständen vergrößert werden muß. Daß das nur möglich ist durch Ausbau der Rüstungen und durch Pflege des Imperialismus, den wir in schärfster Weise bekämpfen, das muß jedem klar sein. Er ist der Meinung, daß die Arbeiterschaft Klassenbefangen sei und spricht von marxistischer Verbobtheit. Die Mehrheit der Kommission und, wie ich hoffe, auch des Parteitages, ist der Meinung, daß unsere Partei als Kampfpartei nicht ein Diskutierklub sein kann. Daß wir zu dem schweren Kampfe mit unseren Gegnern eine gemeinschaftliche Grundlage haben müssen, eine gemeinschaftliche Grundauffassung, von der ausgehend wir unsere politischen Forderungen vertreten können. Nur so ist es möglich, unser Ziel zu erreichen.

Nach § 1 unseres Statuts gehört zur Partei jede Person, die sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt und Mitglied einer Parteiorganisation ist. Im Zusammenhang damit sagt § 2: Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer eheflosen Handlung schuldig macht.“ Nun bin ich der Meinung, daß § 1 seinen Zweifel darüber läßt, daß der Partei nur angehören kann, wer sich zu ihren Grundsätzen bekennt, nicht aber, wer den Boden ihrer Grundsätze verlassen hat. (Sehr richtig!) Es ist nicht nötig, unser Statut dahin zu ergänzen, daß der Ausschluß auch gegen den verfügt werden kann, der sich nicht mehr zu unseren Grundsätzen bekennt. Eine solche Selbstüberschneidung braucht nicht im Statut aufgenommen zu werden. (Sehr wahr!) § 1 erfordert als unerlässliche Voraussetzung das Bekenntnis zu den Grundsätzen des Programms. Wir würden ja auch sonst gar nicht in der Lage sein, z. B. einen Nationalliberalen oder Konfessionellen auszuscheiden, solange er keine bestimmten Handlungen begangen hat. Wenn jemand nicht auf seine Mitgliedschaft verzichtet und es sind die Voraussetzungen seines Ausschließens gegeben, so ist die Partei verpflichtet, ihn auszuschließen. Die Sozialdemokratie kann als Kampfpartei unmöglich darauf verzichten, von gemeinschaftlicher Grundlage und gemeinschaftlichen Grundsätzen aus die schweren politischen und sozialen Kämpfe durchzuführen. Es kann jemand Mitglied bei den Hirsch-Vanderversen sein und dann an die Verbesserung der Klassengegensätze glauben, aber ein Sozialdemokrat muß sich darüber klar sein, daß es eine Heberückung der Klassengegensätze zwischen den Arbeitern und ihren Feinden nicht geben kann. Es ist nach meinem Dafürhalten ein Ehrenzeugnis für die Solinger Arbeiterschaft, daß sie sich den Ideen Hildebrandts gegenüber so vollständig ablehnend verhalten hat. (Sehr richtig!) Er ist den Arbeitermassen genau so fremd geblieben, wie er auch denen fremd geblieben ist, die sich mit dem Ideengang seines Buches befaßt haben. Selbst wenn es sich, wie Hildebrandt behauptet, nur um ein Teilproblem handelt, muß daran festgehalten werden, daß auch Teilprobleme nur gelöst werden können von dem grundsätzlichen Boden der Partei aus. (Sehr richtig!) Er hält wesentliche Teile des Programms für offene Fragen, er glaubt, es genüge zur Parteizugehörigkeit, wenn er den größten Teil des zweiten Teiles anerkennt. Das allein aber bildet nicht die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Partei. Der erste Teil des Programms steht mit dem zweiten Teil in einem organischen Zusammenhang und es ist unmöglich, zu sagen, man sei schon ganz Sozialdemokrat, wenn man die politischen Forderungen des zweiten Teiles zustimmt. Eine derartige Auslese gibt es nicht. Hier handelt es sich nicht etwa um Meinungsverschiedenheiten über Agrarfragen, nicht einmal um Meinungsverschiedenheiten über das Kolonialprogramm, sondern um die Grundauffassung der Partei und ich möchte Sie warnen, sich in der Diskussion auf Einzelheiten einzulassen.

Hildebrandt hat die Grundauffassung der Partei verlassen, wenn er jemals auf dem Boden der Partei gestanden hat. Er kommt zu Konsequenzen, die zu unserer ganzen theoretischen und praktischen Politik in dem schroffsten Widerspruch stehen. Muß ich Sie an die Resolutionen erinnern, die wir in den letzten Tagen gefaßt haben? Ich achte Hildebrandts wissenschaftliche Forschungsarbeit, sein Vermögen, der Arbeiterschaft neue Wege zu zeigen. Es kann nicht die Rede davon sein, daß er irgendwie die Arbeit hat, die Partei aber die Arbeiter zu schädigen oder irte zu führen. (Lebhafte Zustimmung.) Er ist ein ehelicher Mensch, aber hier hat nicht Gefühl und Mitleid zu entscheiden. Hildebrandt sagt, er wüßte nicht, wo er sonst eine politische Unterkunft finden könne. Die Sozialdemokratie ist keine Zufluchtsstätte für politische Odbahlose. (Sehr gut!) Wir würden uns ein Erkenntnisergebnis austreten, wenn wir uns aus bremem Mitleid entschließen würden, einem Ranne Odbah zu geben, weil er nicht weiß, wohin er sonst gehört. (Zustimmung.) Fragt man, daß Hildebrandt zu keiner Partei gehört, aber die Unmöglichkeit, sich einer anderen Partei anzuschließen, ist kein Grund für die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Er sagte, er trete ein für die sozialen Forderungen der Arbeiter, er unterstühle sie in ihrem

Emancipationskämpfe. Aber das Eintreten für soziale Forderungen macht noch nicht den Sozialdemokraten, es gibt eine ganze Reihe Männer außerhalb unserer Partei, die die sozialen Bestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen, aber Sozialdemokraten sind sie noch lange nicht. Es muß offen ausgesprochen werden, daß Hildebrandt keiner der Anführer ist, obwohl in den letzten Wochen systematisch Stimmung gemacht worden ist gegen seinen Ausschluß. Wir dürfen uns nicht von Stimmungen leiten lassen. Jedem von uns wäre es lieber, wenn Hildebrandt durch seinen freiwilligen Austritt, ebenso wie sein Schiedsrichter Löwenthal, die Konsequenzen gezogen hätte. Man hat von einem Arbeitergericht, von einem Autodafé gesprochen. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück. (Bravo!) In der Sozialdemokratie besteht volle Meinungsfreiheit, und auch die Mehrheit, die sich für den Ausschluß entschieden hat, nimmt das Recht der Meinungs- und Forschungsfreiheit für sich in Anspruch. Ich kenne keine Partei, die soziale Meinungsfreiheit zuläßt, wie die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Muß ich an Wahrenbrecher und andere erinnern, zum Beweise dafür, wie weit die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie geht? Unser Respekt vor der Meinungsfreiheit darf aber nicht zur Herabwürdigung unserer Grundgesetze führen, eine Schwäche der Partei wäre es, wenn sie vor der notwendigen Entscheidung zurückschrecken würde. Hildebrandt hat Anspruch darauf, daß die Entscheidung des Parteitag's der Ueberzeugung entspricht und daß wir uns nicht durch ein Gefühl des Mitleids abhalten lassen. Nach unserer Ueberzeugung ist Hildebrandt kein Sozialdemokrat, er gehört nicht zu uns, und sein Ausschluß ist eine bedauerliche, aber zwingende Notwendigkeit. (Lebhafte Beifall.)

Vors. Vase: Ich schlage vor, daß wir zuerst dem Genossen Müller als Vertreter der Minorität das Wort geben, dann wird Hildebrandt sich zur Sache äußern, und es wird auch noch ein Vertreter der Organisation sprechen müssen. Damit kein einseitiges Bild entsteht, schlage ich vor, immer einem Redner für und einem gegen das Wort zu geben. (Allseitige Zustimmung.)

Müller-München

(als Korreferent und Vertreter der Minderheit der Beschwerdekommission): Der Beschluß der Beschwerdekommission ist mit 5 gegen 4 Stimmen gefaßt worden. Sie werden es daher begreiflich finden, daß angefaßt dieses Stimmungsverhältnisses und der bedeutenden Tragweite des ganzen Falles die Meinung der Minderheit etwas mehr zum Ausdruck kommen muß. Auch die Mitglieder der Mehrheit werden mir zustimmen, wenn ich sage: wohl selten hat eine Beschwerdekommission eines Parteitag's unter unwürdigeren und schwierigeren äußeren und inneren Verhältnissen getagt als die gegenwärtige. Eine Kommission, die neben anderen nicht unwichtigen Fällen über einen Fall zu urteilen hat, bei dem auf Grund von rein wissenschaftlichen Streitigkeiten der Ausschluß eines Genossen beantragt wird, hat nicht einmal ein Lokal gehabt, in dem sie verhandeln konnte, ohne daß sie von draußen gehört wurde. Die Kommission hat in zwei halben Tagen über eine Materie entscheiden müssen, die im wesentlichen rein wissenschaftlich war. Sie sollte ihr Urteil über die Auszüge aus dem umfangreichen Buche Hildebrandt's abgeben, ob diese Auszüge im Zusammenhang mit der Gesamtansicht des Verfassers stehen, oder ob sie von einer gewissen Tendenz heraus zusammengestellt sind. Um ein solches Urteil zu fällen, ist vor allem die genaue Lektüre notwendig. (Sehr richtig!) Ich stelle fest, daß in sämtlichen Verfahren im Falle Hildebrandt mit Einschluß des Verfahrens der Beschwerdekommission nur eine geringe Minderheit das Buch gelesen und studiert hat. (Hört! hört!) Das Buch, dessen Tendenz weder ich noch ein anderes Mitglied der Kommission teilt, scheidet eine ganze Reihe von hochinteressanten Problemen an und bringt eine Fülle von ungewissheit rächtigen Statistiken, das Material wird aber zu falschen Schlüssen verwendet. Wer ein solches Buch in so kurzer Zeit inhaltlich erfassen kann, der verdient allerdings als hervorragende wissenschaftliche Kraft anerkannt zu werden. Ich bestreite, daß das von einem Mitgliede der Kommission, selbst nicht von denen, die über die zwei Exemplare verfügten, möglich war, zu diesem Ergebnisse zu gelangen. Eine weitere Schwierigkeit für die Kommission war das mangelhaft begründete Endergebnis des Solinger Schiedsgerichts vom 5. April, dessen Rangelastigkeit, wenn ein solches Urteil von einem bürgerlichen Gericht kommen würde, mit Recht die größte Entrüstung hervorrufen würde. Das Schiedsgericht hat um 3/4 Uhr mit seinen Beratungen begonnen und war um 6 1/2 Uhr fertig. Und die Begründung des Urteils lautet: „Die Verhandlungen, ganz besonders die Darlegungen des Genossen Hildebrandt vor dem Schiedsgericht selbst haben ergeben, daß Hildebrandt die sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Frage betrachtet wissen will und lediglich den demokratischen Teil des Parteiprogramms als verbindlich für sich anerkennt. Das tritt auch an verschiedenen Stellen seines Buches — die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriejohannis — klar zutage. Genosse Hildebrandt hat damit nicht nur gegen die Grundzüge des Parteiprogramms verstoßen, er hat den Boden des Parteiprogramms überhaupt damit verlassen.“

Gegen diese Auffassung hat sich Hildebrandt gewehrt. Er hat vor allem erklärt, daß die von dem Schiedsgericht angezogenen Stellen nur im Zusammenhang mit dem ganzen Buch zu verstehen seien. Nun zu dem Verfahren der Beschwerdekommission hier auf diesem Parteitag. Es ist mein gutes Recht, zuerst meinen persönlichen Eindruck der Dinge zu schildern. Selbst die Mitglieder der Kommission werden in jedem einzelnen Stadium bestrebt, die Verhandlungen durchaus sachlich zu führen. Es hat sich aber gezeigt, daß die Grundstimmung, von der aus das ganze peinliche Verfahren gegen Hildebrandt seinen Anfang genommen hat, auf der Bestimmung der Solinger Genossen insofern beruht, als sie sich durch das fortgesetzte Bemühen Hildebrandt's, seine Auffassung des Parteiprogramms zur Geltung und zur Diskussion zu bringen, in ihrer täglichen Kampfsarbeit gestört fühlen. (Hört! hört! und Lachen.) Was laden Sie darüber? (Wie d.: Hildebrandt'sche Sonderorganisation!) Ich weiß nicht, ob ein früherer Parteischüler auf dem Standpunkt stehen darf, daß Diskussionen und Anschauungen in bezug auf die Formulierung des Parteiprogramms sachlich sind oder verboten werden. (Sehr richtig!) Dittmann ist im wesentlichen durchaus sachlich gewesen, aber es ging doch aus seinen Ausführungen hervor, daß die Solinger sich durch die Darlegungen Hildebrandt's bedrängt fühlten. Es wurde besonders auf zwei Dinge als gravierend hingewiesen: erstens sollte Hildebrandt in einer neugegründeten Bezirksorganisation derartige weittragende Diskussionen versucht haben, dann soll er, und das soll die Sache erst in Erwägung gebracht haben, sich um ein Mandat für den Jenner Parteitag bemüht haben. Beide Behauptungen sind irrig. Die angeblich neue Organisation hatte nur ihren Namen geändert und bestand aus alten Genossen, die mit Hildebrandt schon diskutiert hatten. Im zweiten Falle liegt die Sache so, daß Hildebrandt nicht ein Mandat gesucht hat, sondern daß ihm ein solches angetragen worden ist. Als besonders gravierend gegen Hildebrandt wurde weiter angeführt, daß er sich in einem bestimmten Falle geweigert habe, ein Flugblatt für die bayerische Bevölkerung zu schreiben. Daraus ist geschlossen worden, daß seine Grundzüge vollständig zerrüttet sein müssen. Ich habe den Eindruck von Hildebrandt, daß er sehr schwermütig ist. Die Leute, die häufig reden, sind nicht immer die, die die tiefsten Gedanken haben, er mag auf vielen Gebieten ein guter Denker sein, aber soviel ich beurteilen kann, scheint er mir für die praktische Agitation nicht die Befähigung zu haben, wie Dittmann. Daher seine Abneigung dagegen, ein solches Flugblatt zu schreiben. Wir haben ja selbst erlebt, wie gefährlich das ist, selbst für die Größen der Partei. Wir brauchen nur an das Parokostflugblatt Kautskys zu denken, das von Rosa Luxemburg so scharf kritisiert wurde. Die Darlegungen Dittmann's haben bei mir den Eindruck erweckt, den ich immer gegenüber dem verstorbenen bayerischen Minister Niebel hatte: „Ich mach mei Ueberfluß, aber mei Ruh muß ich habn.“ (Weiterleit.) Dittmann hat Hildebrandt namentlich entgegengesetzt, daß er den Klassenstandpunkt der Partei völlig verlassen habe. Hildebrandt hat aber seinen Standpunkt dahin formuliert, daß sein Buch ein bestimmtes Teilproblem behandle. Er halte bei der Erörterung dieses Teilproblems eine

zeitweilige Kooperation der Arbeiterklasse mit Teilen anderer Klassen für möglich. Dabei sei die Arbeiterklasse weiterhin die Kerntruppe des Klassenkampfes. Daher vertritt er nicht im geringsten eine individualistische mandelstierliche Anschauung; daß der Klassenkampf weitergehe, sei eben ganz selbstverständlich.

Was er in seinem Buche behandelt, das ist die Dämpfung des Klassenkampfes in gewissen Situationen. (Hört! hört!) Ich halte die ökonomischen und sozialen Betrachtungen durchaus nicht für schlüssig, aber man hat die Pflicht, sie anzuhören, da diese Urteile nicht für die Gegenwart bestimmt sind, sondern für die Zeit des ihm als möglich erscheinenden weiteuropäischen Staatenbundes, der nur existieren kann, wenn vorher die Macht der Arbeiterklasse sich soweit entwickelt hat, daß dieses demokratische internationale Gebilde möglich ist. Seine volkswirtschaftlichen Probleme haben unter diesen Umständen mit der praktischen Arbeit unserer Partei nicht das geringste zu tun. (Hört! hört!) Man darf nicht so urteilen, als seien diese Betrachtungen für die jetzige Parteizeit gemacht. Ueber diesen Zeitraum ist der Referent in seinen sehr scharfen und zugespitzten Ausführungen nicht hinwegkommen. (Zuruf: Wir leben im Gegenwartsstaat und nicht im Zukunftsstaat!) Aber das darf nicht verboten sein, im Gegenwartsstaat auch Zukunftsprobleme zu erörtern. Ausdrücklich hat Hildebrandt erklärt, es sei ihm nicht eingefallen, im engeren Sinne die Grundzüge der Partei zu leugnen, er hat nur Zweifel über die Formulierung. Ich habe auch über die Verstaatlichung der Produktionsmittel eine eigene Meinung, bezeichnen Sie mich deswegen als Kasper, wenn Sie wollen. Meine Meinung ist die: Die mannigfaltigsten Arten des Eigentums an den Produktionsmitteln — staatliches, kommunales, konsumgenossenschaftliches, produktgenossenschaftliches, privates — können nebeneinander in einer sozialistischen Gesellschaft existieren. Die verschiedensten Formen des Betriebes — bürokratischer, gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, Alleinbetrieb; die verschiedensten Formen der Entlohnung der Arbeit — fixer Gehalt, Zeitlohn, Stücklohn, Beteiligung an allen Erparnissen von Rohmaterial, Maschinen etc.; Beteiligung an den Resultaten intensiver Arbeit, die verschiedensten Formen der Zirkulation der Produkte durch Lieferungsverträge, durch Kauf aus den Lagern des Staates, der Gemeinden, der Konsumgenossenschaften, der Produzenten selbst usw., diese Mannigfaltigkeit des ökonomischen Mechanismus wie heute ist in einer sozialistischen Gesellschaft möglich. (Hört! hört!) Das behaupte ich. (Hört! hört!) Das behauptet aber auch Kautskys. (Hört! hört! und Heiterkeit. Pfannkuch ruft: Das ist schon lange bekannt!) Kautskys sagt in diesen Sätzen sehr viel von dem, was auch Hildebrandt sagt. Der Referent, der ein ausgezeichneter Jurist ist, hat darauf verwiesen, daß bei dem Ausschlußverfahren gegen Hildebrandt der § 1 in Betracht kommen müsse. Hildebrandt hat sich aber bei den Verhandlungen zu den Grundzügen der sozialdemokratischen Partei bekannt und nur Einwendungen gegen die Formulierung einzelner Abzüge gemacht. Wenn wir alle Parteigenossen, die Einwendungen gegen die Formulierung des grundsätzlichen Teils unseres Parteiprogramms machen, aus-schließen wollten, dann kämen wir in der Partei in eine sehr unangenehme Lage. Immer wieder haben die Personen, die die theoretischen Erörterungen in der Partei geführt haben, uns erklärt, auch der grundsätzliche Teil unseres Parteiprogramms ist kein Dogma. Ich halte sein Buch für keinen Verstoß, und schon lange nicht für einen groben Verstoß gegen die Parteigrundzüge. Es ist sein Recht, wenn er wie Pannetel es für nötig hält, die Grundzüge der Parteigrundzüge zu vertreten. Die Minderheit der Beschwerdekommission hat sich daher auf den Standpunkt gestellt, nichts anderes bei ihrer Entscheidung gelten zu lassen als das klare Recht. Da ihr Beweis für die Anklage in keiner Hinsicht erbracht erschien, hat sie der Beschwerde Hildebrandt's geglaubt stattgeben zu müssen und gegen die Aufrechterhaltung des Solinger Schiedsgerichtsbeschlusses gestimmt. Auf Grund dieser Eindrücke und Ergebnisse warne ich Sie dringend, das Urteil des Schiedsgerichts zu bekräftigen. Wollen wir befugt sein, an den Urteilen der Klassenjustiz in Parlament und Presse Kritik zu üben, dann müssen wir das Schicksal unserer Partei auch völlig rein und klar erhalten. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Gerhard Hildebrandt-Solingen:

Mit welcher Leichtigkeit die Genossen, die über mich zu Bericht zu fassen hatten, mit ihrem Urteil im Ganzen und in sehr vielen Einzelheiten fertig werden, das hat sich mir wieder durch den Vortrag des Genossen Dr. Süßheim in von neuem gezeigt. Süßheim hat der Solinger Parteiorganisation ein überschwengliches Lob dafür erteilt, daß sie so fest in ihren Grundzügen gewesen sei, daß sie sich nicht von mir habe beeinflussen lassen. Und zwar handelt es sich da natürlich um die in meinem Buch „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriejohannis“ vertretenen und hier als Hauptanliegenpunkte in Frage kommenden Ansichten. Es sei mir so schwer geworden, meine Ansichten bei den Solinger Parteigenossen zur Geltung zu bringen, daß ich daraufhin die Konsequenz gezogen hätte, meine Stellung als Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“ niederzulegen. Dabei habe ich die Studien, die für mich selber zu einer Katastrophe in gewisser Beziehung geworden sind, erst nach der Niederlegung der Redakteurstelle betriebe, nachher habe ich nur in drei Fällen Gelegenheiten gehabt, in kleinen Versammlungen meine Anschauungen vor den Solinger Parteigenossen zu vertreten. In dem ersten Fall in einer kleinen Bezirksversammlung. Das zweite mal betrat ich meine Ansichten in einer Versammlung des Gewerkschaftsrates Solingen, in der ich allerdings frei von der Leber weg gesprochen habe. Das dritte mal sprach ich in jener Versammlung in Olligs, als der Ausschlußantrag gegen mich zur Erörterung kam, sodas ich mich also gegen die Anklage nur zur Wehr setzte und meine Auffassungen, soweit es sich machen ließ, in dieser Zeit zum Ausdruck brachte. Ueber diese Versammlung in Olligs ist ein sehr verwickelter Bericht in der „Vergischen Arbeiterstimme“ erschienen, so daß manche meiner Auffassungen geradezu auf den Kopf gestellt erschienen. Aber auch der Bericht der „Vergischen Arbeiterstimme“ hat es nicht möglich machen können, die Parteigenossen zu beeinflussen. Und nun stellt sich Dr. Süßheim hier hin und erklärt es als grobartiges Kennzeichen für die Solidität der Bildung der Solinger Arbeiterklasse, daß sie sich durch alle meine Anstrengungen nicht habe beeinflussen lassen. In dieser Weise also ist das ganze Referat von Süßheim aufgebaut auf einzelnen herausgegriffenen Sätzen, die aus ihrem Zusammenhang herausgerissen worden sind, und nun gibt er in einem ganz anderen Zusammenhang diese Reuegerungen, die in einem ganz anderen Beleuchtung erscheinen, als wie ich sie wirklich gemacht habe. Nach Süßheim soll ich ferner in der Kommission gesagt haben, ich wüßte nicht, wo ich sonst eine andere politische Unterkunft finden sollte, wenn nicht bei der Sozialdemokratie. Das klingt so, als irrte ich heimtöschlich umher. (Zuruf von Hoffmann-Homburg: Jawohl, wenn Worte einen Sinn haben!) Wenn Worte einen Sinn haben, so haben meine Worte den, daß ich sage: in den und den Punkten habe ich die die Ansichten, und wo soll ein Vertreter dieser Auffassung anders Anschluß suchen als in der Sozialdemokratie. (Hört! hört!)

Unter diesen Umständen kann ich das, was Süßheim als Spiegelbild über den Gang der Kommissionsverhandlungen ausgeführt hat, nicht als eine getreue Darstellung meiner Auffassung anerkennen. Hier gebe ich nur ein einziges Beispiel, in welcher Weise der Ausschlußwortlaut festzustellen worden ist. Es heißt in dem Ausschlußurteil: „Für die Umbildung des Heeres in ein Volkstheer sei er (also Hildebrandt), aber vorläufig seien wir noch nicht soweit, und könnten auf die Selbstverteidigungsmaschine nicht verzichten.“ Das ist genau das Gegenteil von dem, was ich gesagt habe, ich sagte: Weil wir vorläufig auf die Selbstverteidigungsmaschine noch nicht verzichten könnten, sei ich nicht für Abrüstung, sondern für die Umbildung des Heeres in ein Volkstheer. (Stürmisches Hört! hört! und Rufe: Das ist doch unser Programm! Das fordert auch Vensch!) Ich könnte auch dem heutigen Referat Süßheim's allein 2 bis 3 Dutzend einzelne Sätze herauspicken, die in dem Zusammenhang, in dem sie gesprochen, ungefähr das genaue Gegenteil von dem darstellen würden, was ich gemeint und gesagt habe. Nun ist an mich von einer einzelnen Person die Aufforderung gerichtet worden, ich

solle doch meine Verzung jetzt, nachdem die Kommission entschieden hat, zurückziehen und nicht die Sache vor das Plenum des Parteitag's bringen. Gerade das Süßheim'sche Referat überzeugt mich aber davon, daß die Sache unter allen Umständen das Plenum des Parteitag's beschäftigen mußte. Und zwar deswegen, weil es mir eine grauenvolle Vorstellung ist, daß Genossen, wie Süßheim, derartige Auffassungen als die meinigen herumtragen. Ich habe wenigstens die Möglichkeit, daß das, was ich hier sage, wirklich so festgehalten wird, wie ich es sage. Es ist nicht wahr, daß ich in meinem Buche mich gegen die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie ausgesprochen habe. Wahr ist vielmehr, daß ich nachzuweisen veruchte, daß die Sozialisierung der vorhandenen Produktionsmittel unter gewissen, von mir in dem Buch dargestellten Voraussetzungen nicht genüge, um Westeuropas Industrieböller vor schweren Erschütterungen ihrer Wirtschaft und Kultur zu sichern. Deshalb habe ich auch für nötig gehalten, noch eine Ergänzung des Programms der Partei vorzuschlagen. Also nicht Ersetzung des Programms, sondern Ergänzung. Vorausgesetzt ist natürlich, daß die Grundzüge stimmen. In der mündlichen Verhandlung habe ich zum Ausdruck gebracht, daß ich mich in dem großen, gemeinen weltgeschichtlichen Streit der Auffassungen zwischen Individualismus und Sozialismus ganz selbstverständlich auf die Seite des Sozialismus stelle.

Parteigenossen, ich bin der Meinung, es kann jemand zur sozialdemokratischen Partei gehören, und als radikal angesehen Genosse kann er im Grunde ein Individualist vom reinsten Wasser sein, weil er nur seine eigene Karriere, seinen eigenen industriellen Aufstieg betreibt und zwar mit den Mitteln eines zur Schau getragenen radikalen Sozialismus. (Lebhaftes sehr wahr! Starke Unruhe. Zuruf: Es kann auch umgekehrt vorkommen!) Gewiß kann es auch das, deshalb glaube ich, hätten Sie besonderen Anlaß, mit jemandem vorsichtig zu verfahren, dem es niemals auf die eigene Karriere angekommen und immer nur um die Sache zu tun gewesen ist. Vollkommen unterschreibe ich, was Süßheim sagt: Wenn man im allgemeinen Sinn des Wortes Sozialist ist, dann bedeutet das noch lange nicht, daß man Sozialdemokrat ist. Ich bin Sozialist, und in Fragen des Wirtschaftslebens, weil ich eine planmäßige Organisation und Entfaltung der Produktivkräfte, wo immer sich die Möglichkeit bietet, als selbstverständlich zu betreibende Arbeit ansehe. Nur, wie weit dieser Sozialisierungsprozeß schließlich führen wird, ob er wirklich dazu führen wird, daß sämtliche Produktionsmittel ohne Ausnahme vergesellschaftet sind, und daß die Gesamtproduktion ohne Ausnahme für uns durch die Gesellschaft betrieben wird, ob es dahin kommen wird, das weiß ich nicht. Und weil ich sehr großen Wert darauf lege, nicht zu behaupten, was ich nicht beweisen kann, weil es zu meinen ethischen Grundzügen gehört, daß ich mich nach Möglichkeit von jeder Phrase frei zu machen suche, bin ich kein Taktiker. (Sehr gut!) Ich glaube, daß es Menschen geben muß, die sich ein derartiges Ziel stellen, ganz gleichviel, ob sie es erreichen oder nicht.

Weiter: Daß man für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens eintreten kann, macht einen immer noch nicht zum Sozialdemokraten, hinzukommen muß, daß man das auf der Basis des Volkswillens auf demokratischer Basis tun und sagen muß: Die besten Absichten in den höheren Klassen, etwas für das Wohl der Allgemeinheit zu tun, wenn sie vorhanden wären, nützen uns nichts, wir können der Sache kein Vertrauen entgegenbringen, wenn nicht die Volksmassen in ihrer Gesamtheit ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Ich bin also auch demokratischer Sozialist.

Ferner stehe ich auf dem Boden des Klassenkampfes. (Hört! hört!) Einmal aus geschichtlicher Erkenntnis heraus, und weil ich überhaupt gar nicht die Möglichkeit sehe, die Klassengegensätze zwischen der Arbeiterklasse und der Unternehmerklasse durch irgendeine Verständigung im ganzen aufzuheben. Ich halte den Klassenkampf für eine solche Selbstverständlichkeit (Hört! hört!), daß mir davon zu reden gar nicht lohnt. Ferner erkenne ich der Arbeiterklasse in besonderem Maße die Fähigkeit zu, für die sozialistischen Ideen einzutreten, aus dem Grunde, weil die Arbeiterklasse die einzige ist — vorsichtshalber möchte ich sagen, speziell die Industriearbeiterklasse, da bei der Landarbeiterklasse unter Umständen wieder ein Interesse an Privatbesitz an den Produktionsmitteln eintreten kann, was bei Industriearbeitern vollständig ausgeschlossen ist, bei der niemals ein Interesse am Privatbesitz an den Produktionsmitteln irgendwie ein Hindernis sein kann — Maßnahmen durchzuführen, welche im Interesse der Gesamtheit sich notwendig erweisen. Nun ist die Durchführung sozialistischer Grundzüge nach der Auffassung aller derer, die irgend etwas von wirtschaftlichen Dingen verstehen, in einem sehr weitgehenden Grade gebunden an objektive Verwirklichungsbedingungen. (Sehr wahr!) Das heißt, man kann nicht zu jeder Zeit ein beliebiges sozialistisches Programm zur Durchführung bringen. Von dieser Grundlage aus hat die wissenschaftliche Forschung für die sozialdemokratische Partei eine ganz außerordentlich große Bedeutung. Jeder, der in irgendeinem Falle es für wichtig hält, die wissenschaftliche Untersuchung eines wirtschaftlichen Problems zu unterdrücken, der verfährt sich an den Grundzügen der sozialistischen und speziell der sozialdemokratischen Partei. (Sehr richtig!) Diese wissenschaftliche Erörterung eines bestimmten Teilproblems habe ich mir zur Aufgabe gemacht, mein Buch untersucht die Lage der westeuropäischen Industriestaaten innerhalb der Weltwirtschaft und innerhalb der weltwirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte. Was ich an Konsequenzen in dem Buche für die Daltung der praktischen Politik gezogen habe, das ist, ausdrücklich möchte ich das hervorheben, sozusagen als ein Probatorium von mir betrachtet und hingestellt worden. Ich habe diese praktischen Konsequenzen dargestellt in der Form eines Phantasiebildes der Vereinigten Staaten von Europa, um an diesem Phantasiebild nun eine Vorstellung zu erwecken, was im einzelnen etwa nötig sein könnte, um den behaupteten Effekt zu erzielen. Das ganze Reich habe ich als Anfang einer Diskussion eines sehr wichtigen Problems betrachtet und nicht im entferntesten daran gedacht, mich auf alle Einzelheiten festzulegen. Eine solche Debatte ist mir allerdings nicht eingetreten, mag sein, daß das Buch so schlecht ist, daß sie sich nicht lohnt. Aber daß die Absicht gehabt habe, eine wissenschaftliche Erörterung hervorgerufen, aus der sich unter Umständen schwerwiegende praktische Konsequenzen ergeben würden, kann man mir doch nicht zum Vorwurf machen. (Sehr richtig!) Das ist doch meine verdammt Pflicht und Schuldigkeit. Gerade als demokratischer Sozialist war ich zu der Veröffentlichung genötigt. Wenn auch nur annähernd etwas Derartiges sich verwirklichen könnte, was ich in meinem Buche als große Wahrscheinlichkeit dargestellt habe, so mußte ich doch unter allen Umständen die Arbeiterklasse vor dem unsagbaren Elend warnen, das aus einem Siedehenne folgen könnte, die Arbeiterklasse darauf hinweisen, hört, im zweiten Drittel des Jahrhunderts können die westeuropäischen Industriestaaten unter Umständen in eine wirtschaftliche Krise geraten, die in ihrer Schwere nur vergleichbar sein würde mit der Krise, die Mitteleuropa vielleicht in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts durchgemacht hat, oder mit der Krise, an der das alte römische Reich zugrunde gegangen ist.

Wenn ich durchaus die Möglichkeit zugebe, daß gewisse Ausdrücke, die ich da gebraucht habe, vielleicht jetzt von mir nicht in derselben Form gemacht werden würden, so habe ich es doch vermeiden, vor irgendeiner der Vorlesungen, weil ich die Empfindung hatte, daß die Kommissionsmehrheit oder welche Instanz sonst in einem derartigen Zurücknehmen, dem Wildern einzelner bestimmter Ausdrücke ein Zurückweichen in der Sache selbst erkennen würde, und dieses Zurückweichen in der Sache, das kann ich allerdings nicht antreten. Eine sachliche Auseinandersetzung über den Inhalt meines Buches würde ein Referat von 5 bis 6 Stunden erfordern. Das ist einfach eine Unmöglichkeit, wenn es geschieht, so muß das in einem Kreise geschehen, der aus Menschen besteht, die die Ruhe haben, sich sorgfältig und genau in den ganzen Gedankenengang des Referats hinzuzulegen. (Sehr richtig!) Bei der Schiedsgerichtssetzung machte ich den Genossen Hofrichter, der Vorsitzender war, darauf aufmerksam, daß bei der Weisung nicht einmal das Buch gelesen haben. Hofrichter erwiderte, er betrachte das gerade als einen Vorzug. (Hört! hört!). Um so unbefangener könnten diese Genossen sich ein Urteil bilden. (Hört! hört! und Lachen.) Bei einem derartigen Verhandlung für die Schwierigkeit wissenschaftlicher

Erörterung, da habe ich allerdings im Laufe der Zeit den Mut verloren, noch an eine wirkliche gediegene Erleuchtung des Falles zu glauben. Ich habe mich gezwungen gefühlt, Ihnen allen das zu sagen, um Sie zu fragen: Können Sie denn wirklich mit einer dreierartigen Erleuchtung der Dinge sich einverstanden erklären? Ich glaube, Sie nehmen in bezug auf die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung eine große Verantwortung auf sich, denn es handelt sich darum, ob die wissenschaftliche Meinungsfreiheit und Forschungsfreiheit innerhalb der Partei noch weiter möglich sein soll oder nicht. Darum handelt es sich und darüber erwarte ich Ihr Urteil. (Lebhafter Beifall und Handklopfen bei einem Teil der Delegierten.)

Dittmann-Solingen:

Der Berichterstatter der Beschwerdekommision hat bereits erklärt, daß in der vorliegenden Angelegenheit keinerlei persönliche Differenzen und Antipathien eine Rolle spielen. Auch der Referent der Kommission hat das in wesentlichen beständig, mit einem Vorbehalt, auf den ich später zu sprechen kommen werde. Ich persönlich, der ich genötigt gewesen bin — ich lege besonderen Nachdruck auf das Wort „genötigt“ — den Ausschlußantrag der Solinger Partei in allen Instanzen zu vertreten — ich wurde deshalb in der Öffentlichkeit durch die bürgerliche Presse und leider zum Teil auch durch die eigene Parteipresse als der eigentliche Verursacher des Vorgehens gegen Hildebrandt hingestellt, ja als sein eigentlicher Feind. Zwischen Hildebrandt und mir haben auch nicht die allergeringsten persönlichen Differenzen bestanden, auch in Solingen denkt niemand in der Partei daran, irgendwie die persönliche Ehrenhaftigkeit Hildebrandts anzuzweifeln, oder ihm etwa durch Ausschluß aus der Partei einen moralischen oder sonstigen Makel anzuhängen zu wollen. Die Solinger Parteigenossen sind Hildebrandt mit der größten Toleranz und Loyalität begegnet. Hildebrandt gehört zu denjenigen Nationalsozialisten, die nach dem Wahlsiege 1903 zur Partei kamen. Er ist 1906 von Berlin aus in die Redaktion des Solinger Parteiblattes eingetreten, er hat dort die Stellung des leitenden Redakteurs eingenommen. Drei Jahre später, am 1. Juli 1909, schied er freiwillig aus der Redaktion aus, und als sein Nachfolger bin ich dann in die Redaktion der „Arbeiterstimme“ eingetreten. Das ist festzuhalten deswegen, weil ohne weiteres festzustellen ist, daß jedenfalls die Solinger Parteigenossen in der Zeit der Hildebrandtschen Redaktionsführung in keiner Weise etwa durch mich beeinflusst sein können, denn ich war damals Parteisekretär in Frankfurt a. M. Es muß aber festgesetzt werden, daß im ganzen Verbreitungsbezirk des Blattes der Widerspruch gegen die von der allgemeinen Anschauung stark abweichende Anschauung Hildebrandts ein fast permanentes gewesen ist. Als Mensch hat er durchaus Sympathie genossen.

In der Solinger Kreisversammlung vom 9. August 1908 hat der damalige Vorsitzende der Preschkommission ausgeführt: Was die politische Haltung der Zeitung anbelangt, so sei zu konstatieren, daß die Redaktion sich mancherlei Verstöße habe zuschulden kommen lassen. Vor allem sei es die Haltung der Redaktion in der Frage der Kolonialpolitik und da ganz besonders wieder ein bestimmter Artikel in der Marokkofrage gewesen, der zu mannigfachen Erörterungen Anlaß gegeben habe. Dieser Artikel seien geeignet gewesen, die Partei auf eine schiefe Bahn zu leiten, des weiteren aber habe man in einer Artikelserie, die eine wissenschaftliche Diskussion mit dem „Vorwärts“ darstellte, manches auszuführen gehabt. Es sei überall bei den Arbeiten der Redaktion das Bestreben hervorgetreten, sich an die bürgerliche Gesellschaft anzuschließen, man trage mit derartigen theoretischen Auseinandersetzungen Konfusion in die Köpfe der Genossen. Bei der Verlesung dieser Stelle in der Beschwerdekommision bemerkte vorgesehener Hildebrandt, diese prononcierte Formulierung komme wesentlich von Hildebrandts Stellung zu den Solinger Gewerkschaftskonturen. Ich persönlich bin nicht in der Lage, das festzustellen, aber man kann das gern zugeben. Das trifft aber nicht zu bei dem Widerspruch der Reichsdeutschen Genossen, von denen der Vorsitzende der Preschkommission in seinem erwähnten Bericht bemerkt, daß besonders von ihnen die Beschwerden kämen, denn — in Reichsdeutschen spielen die Solinger Gewerkschaftsdifferenzen keine Rolle.

Von allen Genossen, die schriftlich oder mündlich gegen Hildebrandt aufgetreten sind, ist ihm gesagt worden: Sie haben völlig auf bürgerlichem Boden, sie sind entweder nationalliberal oder nationalsozial. Als ich das erstmalig mit Hildebrandt im Sommer 1911 zusammentraf, hatte ich eine mehrstündige Unterredung mit Hildebrandt über alle aktuellen wirtschaftlichen Fragen. Ich sagte ihm zum Schluß: Nehmen Sie mir es nicht übel, ich will Sie nicht kränken, aber Sie haben die nationalliberalen Forderungen noch nicht abgelegt, Sie stehen noch völlig auf bürgerlichem Boden. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich das schon beim ersten Zusammentreffen mit ihm gesagt habe; weil er mir als Mensch durchaus sympathisch war, habe ich später, als ich als Redakteur und er als freier Schriftsteller in Solingen war, es vermieden, meinerseits öffentliche Auseinandersetzungen über diese Fragen mit ihm zu provozieren. Es war mir klar, daß Auseinandersetzungen dahin führen müßten, daß er entweder freiwillig aussteigt oder daß die Partei genötigt war, ihn auszuschließen. Es dahin zu treiben, widerstrebt mir, solange nicht für die Partei eine absolute Notwendigkeit vorliegt. Ich habe mich daher lediglich in der Abwehr mit ihm auseinandergesetzt, und zwar während der Jahre 1909 und 1910 in drei Versammlungen. Hildebrandt war sich auch völlig darüber klar, daß er mit seinen Anschauungen in Solingen und am Niederrhein keinen Anhang gefunden hatte. Das zeigt, trotzdem er es nicht wahr haben will, auch sein Kündigungsbrief, in dem es u. a. hieß: „Die ich wiederholt mitgeteilt habe, beabsichtige ich, aus der Redaktion auszuschließen.“ Ich kündige deshalb hiermit meine Stellung zum 1. Juni 1909. Ich hoffe, daß meine Gründe auch solchen Genossen mein Vorhaben verständlich machen werden, die einen Wechsel in der Redaktion noch möglichsten vermeiden zu sehen wünschen. Als ich vor nunmehr bald drei Jahren mich um die hiesige Redaktionsstellung bewarb, setzte ich meine Hoffnungen für die zukünftige Gestaltung meines Arbeitsverhältnisses darauf, daß es sich im Kreis Solingen um eine alte, und meiner Annahme nach gesuchte Parteigenossenschaft handelte, die für die Leistungen eines wissenschaftlich gebildeten Redakteurs Verständnis und Interesse haben würde. Die gemachten Erfahrungen haben mich belehrt, daß ich bei dem jetzigen Zustand aber materiell nicht in der Lage bin, hier an Ort und Stelle meine Bedürfnisse an wissenschaftlichem Material zu befriedigen. So bin ich doch mit der Zeit zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich die mir speziell am Herzen liegenden Arbeitsgebiete nur dann so gründlich bearbeiten kann, wie es meinen Wünschen entspricht, wenn mindestens 4 bis 5 volle Rasttage da sind, und wenn die Zeitung in einem Umfang von durchschnittlich 10 Seiten täglich erscheint. Mit anderen Worten, wenn ich mein Arbeitsprogramm durchführe und mein Studium und mein Wissen für die Zeitung wirklich voll ausnütze will, so brauche ich ein größeres Blatt und noch größere Spezialisierung auf meinem besonderen Arbeitsgebiet. Auch in diesem Punkte würde ich manche Unvollkommenheiten und Spannungen zu ertragen bemüht sein, wenn ich sähe, daß die Arbeiter Solingens durch Einigkeit und unermüdbares Zusammenarbeiten alles daransetzen, um die Entwicklung vorwärts zu treiben. Das Scheitern der Einigungsverhandlungen hat mich indessen überzeugt, daß die Arbeiter Solingens vorläufig selber noch nicht wissen, was ihnen nützt. Ich will, einer mehrfach geäußerten Bitte entsprechend, mein mündlich geäußertes Urteil über diese Dinge einmündlich nicht wiederholen. Was ich der Arbeiterschaft zu bieten und zu sagen habe, steht also eine Schulung und mindestens einen Bildungstrieb voraus, die weit über das heute in Solingen vorhandene Maß hinausgeht. Solange die hiesigen Arbeiter nicht den Wunsch haben, was zu lernen, und den Glauben, von mir etwas lernen zu können, bin ich ganz und gar überflüssig für Sie und tue besser, mich an die zu wenden, die mir wirklich zuhören wollen. Ich bitte also alle Freunde und Genossen, meine Kündigung nicht als einen Akt der Verärgerung und Entmutigung aufzufassen zu wollen, sondern als eine Folge eines Wunsches nach besserer Verwertung meiner Arbeitskraft und meiner Kenntnisse. Mit Parteigrüß Gerhard Hildebrandt.“ Dieser Brief zeigt, daß keine Rede davon sein kann, daß Hilde-

brandt auf irgendeine Weise zum Austritt aus der Partei gezwungen worden ist, trotz seiner stark abweichenden Meinung. Andererseits aber auch, daß Hildebrandt deswegen freiwillig gegangen ist, weil er sich von den Solinger Arbeitern nicht verstanden fühlte. (Sehr wahr!) Er gründete dann die Korrespondenz für volkswirtschaftliche Fragen, die aber nach einigen Monaten wieder eingegangen ist, weil die meisten Parteiblätter die Artikel nicht abdruckten. Ich stelle aber fest, daß kein einziges Parteiblatt in so weitem Umfange die Korrespondenz benutzt hat, wie das Solinger Blatt unter meiner Leitung. Das stelle ich ausdrücklich fest, um der Legende entgegenzutreten, als ob man Hildebrandt in Solingen auf den Hungeretat gesetzt hätte. Während ich jeder Generalabrechnung mit ihm auswich bin, hat Hildebrandt mit allen Mitteln versucht, eine solche Generalabrechnung herbeizuführen. Er beantragte beim Parteisekretär, eine Versammlung aller Solinger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu veranstalten, um seine abweichende Meinung dort vorzutragen zu können. Aber es bestand keine Reizung, weil wir ja seine Anschauungen aus seiner dreijährigen Redaktions-tätigkeit zur Genüge kannten und weil ihm niemand nahegetreten wollte. Hildebrandt aber fühlte sich dadurch totgeschwiegen, um so mehr, als ich es in der „Arbeiterstimme“ vermeiden habe, die von ihm in den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlichten Artikel zum Gegenstand einer Erörterung zu machen. Wir haben selbst dann keine Notiz davon genommen, wenn die bürgerliche Lokalpresse, entweder durch Abdruck der ganzen Artikel oder spaltenlange Auszüge, ergänzt durch hämische Bemerkungen gegen meine Person, dafür sorgte, daß sie bekannt wurden. Weiter füllte sich Hildebrandt auch dadurch totgeschwiegen, daß wir, wenn in liberalen Versammlungen Ausprüche von ihm gegen uns ausgesprochen wurden, aus Taktgefühl nicht darauf eingegangen sind. Wir wollten ihn schonen, aber er wollte uns zu seinen Anschauungen zwingen. Im Jahre 1910 erschien dann sein Buch. Als ich es gelesen hatte, war auch der leiseste Zweifel geschwunden, daß Hildebrandt auf anderem Boden steht als die Partei. Auch Scheidemann gab dieser Ansicht ungewöhnlich Ausdruck, auch der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ haben klipp und klar gesagt, ein Mann mit solchen Anschauungen gehöre nicht zur Sozialdemokratie. Wiederholt haben die leitenden Parteikreise in Solingen und am Niederrhein geäußert, es sei doch befremdlich, daß Hildebrandt kein Empfinden dafür besitze, daß er nicht zur Partei gehöre und freiwillig aussteige. Er erklärte stets, auch mit seinen Anschauungen müsse für ihn Platz in der Partei sein. Da Hildebrandt stets betont hatte, wir müßten die Bauern gewinnen, war ihm bald nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion vom Parteisekretär der Auftrag geworden, mit der Bauerngewinnung den Anfang zu machen und ein Flugblatt für die ländliche Bevölkerung unseres Kreises zu schreiben. Nach einigen Wochen brachte er dem Sekretär das Material mit dem Eingeständnis zurück, es sei ihm bei seinen Anschauungen unmöglich, vom Boden der Partei aus ein solches Flugblatt zu schreiben. (Hört! hört!) Das war gewiß ehrlich und loyal gehandelt, aber es ist ein Beweis dafür, daß seine abweichenden agrarpolitischen Anschauungen ihn hindern, auf einem so wichtigen Kampfgebiet mit uns in Reich und Glied zu stehen. (Sehr richtig!) Ein anderer Fall: Der Solinger Außenbezirk, in dem Hildebrandt wohnte, war 1910 von dem großen Parteidistrikt Solingen abgetrennt und zu einem selbständigen Distrikt gemacht worden. Er zählte nur 60 bis 70 Mitglieder, die wie ich im Gegensatz zu Müller feststellen möchte, zum Teil erst kurz vorher zum Anschluß an die Partei gekommen waren. Hildebrandt, der zum Distriktsleiter gewählt wurde, hielt in der ersten Distriktsversammlung einen Vortrag, in dem er aber nicht, wie erwartet, ein Arbeitsprogramm für den neuen Distrikt entwickelte, sondern das Parteiprogramm einer Kritik ganz im Sinne seiner Programm- und Revisionartikel unterzog. Dem von ihm über diese Versammlung geschriebenen Bericht knüpfte ich einige notwendige Bemerkungen an, in der ich die abweichende Stellung hervorhob. Hildebrandt ließ in der nächsten Versammlung eines kleinen Außenbezirks, die vielleicht von 20 Personen besucht war, eine Protestresolution gegen diesen Versuch der Beschränkung der Meinungsfreiheit fassen, die von der bürgerlichen Presse als großer Sieg des Revisionisten Hildebrandt hinausposaunt wurde. Scheidemann, der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage, hielt eine Versammlung ab, die sich mit aktuellen politischen Fragen beschäftigte. In der Diskussion meldete sich Hildebrandt, aber nicht um Scheidemann zu sekundieren, sondern von ihm die Verantwortung einer Reihe theoretischer Zweifelsfragen zu fordern. (Hört! hört!) Scheidemann wies ihn zwar höflich, aber bestimmt an eine Parteiversammlung. Das gleiche ereignete sich einige Monate später, als der frühere Reichstagsabgeordnete Ausland eine Versammlung in unserem Kreise abhielt, in der er besonders zur ländlichen Bevölkerung sprach. Alle diese Vorgänge ließen bei den Solinger Genossen mehr und mehr die Erkenntnis reifen, daß es so auf die Dauer nicht weitergehen könne.

Bald nach der Vordistrik-Versammlung hielt Hildebrandt im Gewerkschaftsartell einen Vortrag über Deutschlands Abhängigkeit vom Weltmarkt. Der Vortrag war ein Extrakt seines Buches. Es kam hinzu, daß Hildebrandt gleichzeitig mit dem Ehepaar Marxenbröcher zu dem Jenaer Parteitag eine Resolution zur Marokkofrage einbringen wollte, die im strikten Gegensatz zu dem Standpunkt, den die Gesamtpartei damals in ihrer Protestaktion gegen den Marokkorummel einnahm, stand. Hildebrandt war auch von seinem Standort in dem kleinen Außenbezirk zum Parteitag delegierten vorgeschlagen worden. Die Genossen sagten, noch länger könne eine Auseinandersetzung mit ihm nicht aufgeschoben werden, da durch die bisherige Zurückhaltung damit zu rechnen wäre, daß er bei den Sympathien, die er als Person genoss, in die Stichwahl kommen und schließlich gewählt werden könnte. Dann hätte die Partei das Schauspiel erlebt, daß Hildebrandt als Vertreter von Solingen die chauvinistische Resolution vertreten hätte, und um die Ironie auf die Spitze zu treiben, wäre es durch den Delegierten des Kreises geschehen, dessen Abgeordneter auf Schärffe im Reichstage gegen den Marokkorummel aufgetreten war. Das ist denn einstimmig beschlossen worden, in einer Kreisgeneralversammlung den Antrag auf Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen ihn zu unterbreiten. In der Parteiversammlung wurde sachlich und eingehend diskutiert, der Ausschluß wurde mit Zweidrittelmehrheit in geheimer Abstimmung beschlossen. Hildebrandt erklärte noch ausdrücklich, daß die Wirkung des Beschlusses auf seine ökonomischen Verhältnisse nur gute sein könnten. Er sagte: Ökonomisch stehe ich mich besser, wenn Sie mich ausschließen. (Hört! hört!) Das kann auch diejenigen beruhigen, die schlimme materielle Folgen für ihn fürchten.

Nun zu seinen Anschauungen. Es handelt sich um den bewußten Versuch, die Taktik und die ganze Zielsetzung der Partei auf eine ganz andere Grundlage zu stellen. Es ist unklar, daß das Buch an sich als wissenschaftliche Leistung die Grundlage des Verfahrens gewesen ist. Es kam nur auf seine Grundanschauungen an, soweit sie im Widerspruch zu den Anschauungen der Partei stehen. Wissenschaftliche Einzelheiten waren überhaupt nicht der Gegenstand der Erörterung; das muß gegenüber dem Vorwurf betont werden, daß die Schiedsrichter das Buch nicht gelesen haben. Nicht um die Probleme dieses Buches, sondern um die Grundanschauungen Hildebrandts handelt es sich. Trotzdem ist es Hildebrandt freigestellt worden, das ganze Buch zur Verlesung zu bringen. Er war vernünftig genug, das nicht zu beantragen. Ich habe vom Standpunkt der Organisation aus in der betreffenden Sitzung den Gedankengang des Buches eingehend dargelegt; Hildebrandt hat seinen Standpunkt vertreten. In allen Instanzen ging Hildebrandt immer auf die einzelnen Probleme ein, um die es sich hier gar nicht dreht. Er versuchte gar nicht, festzustellen, wie sein Verhältnis zu den Grundanschauungen der Partei war. Erst hier hat er zum erstenmal bekannt, daß vielleicht einzelne Wendungen in der Formulierung und Stillierung zu scharf ausgefallen wären. Es ist ihm gar nicht eingefallen, zu mir zu sagen, der Sinn dieser oder jener Wendung ist zu scharf; Hildebrandt ist von seiner abweichenden Grundanschauung aus zu ganz abweichender Stellungnahme in den aktuellen politischen Fragen gekommen. Das ist der Kernpunkt der ganzen Sache.

Wir stellen voran die Eroberung der politischen Macht durch Klassenkampf, um die Sozialisierung der Gesellschaft durchzuführen

zu können. Hildebrandt leugnet zwar den Klassenkampf nicht, auch nicht das Streben nach Eringung der politischen Macht. Er sagt aber, daß alles kommt erst in zweiter Linie. Er stellt voran, daß die Klassen innerhalb der westeuropäischen Staaten sich brüderlich die Hände reichen müssen, daß die Völker sich zusammenschließen müssen, und daß ein neues großes Gemeinschaftsgefühl für dieses Staatenconglomerat geschaffen wird, ein Gemeinschaftsgefühl, das sich auch eines großen Gegensatzes bewußt ist gegenüber den anderen Wirtschaftsgemeinschaften — Amerika, Rußland, Ostasien, Indien. Die Klassen und Völker des westeuropäischen Kulturkreises, sagt er, müssen sich bewußt sein, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit genötigt sein werden, in ausgesprochenen scharfen Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgemeinschaften zu treten. (Zuruf: Uebergangsstufe!) Es ist ein Ding der Unmöglichkeit für die Sozialdemokratie, sich einem solchen Standpunkt anzuschließen. Hildebrandt sagt weiter, England und Frankreich hätten in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung einen zu großen Anteil an den Kolonien erhalten, während Deutschland zu kurz gekommen ist. Er empfiehlt koloniale Bauernländer. Deutschland müßte dann freilich auch durch militärische Machtentfaltung die Kolonien sichern und er empfiehlt also den Militarismus. (Zuruf: Wo steht das?) In den „Sozialistischen Monatsheften“. Er erklärt, daß wir Kolonien brauchen und daß wir sie eventl. mit Waffengewalt abnehmen müssen. Von da aus kommt er dann natürlich dazu, für Flottenrüstungen einzutreten und für die Verstärkung der Wehrmacht. Vor der Beschwerdekommision hat er auf die konkrete Frage, ob er für Agrarschutzgölle einträte, erklärt, er sei nicht nur theoretisch für Schutzgölle, er sei auch der Ansicht, daß das Agrarschutzgölloystem, wenn auch nicht in der vorhandenen Form und Ausgestaltung, so doch dem Wesen nach unbedingt notwendig für Deutschland ist. Er sagt damit also, daß er für die Politik der Lebensmittelerzeugung letzten Endes eintritt, die ja eine Folge dieser Schutzgöllopolitik ist. Für ihn handelt es sich auch nicht darum, irgendwelche Forderungen für die Zukunft zu stellen, er will die Partei zwingen, sich jetzt auf seinen Standpunkt zu stellen. Er stellt die Generalfrage voran, daß die Völker gemeinsam operieren müßten. In zweiter Linie erst kommt für ihn der Klassenkampf. Während wir die Eroberung der politischen Macht durch den Klassenkampf voranstellen, stellt er dieses westeuropäische Gemeinschaftsgefühl in den Vordergrund. Da kann man doch nicht reden von einem Bestreben für die Zukunft. Er gibt auch zu, daß es für die Gegenwart gilt. So heißt es auf Seite 207 seines Buches: „Der Gedanke der sozialistischen Produktionsweise oder der einheitlich planmäßigen wirtschaftlichen Gemeinschaftsregelung hatte einen guten Sinn um“. Also, ausdrücklich hatte er. Er ist der Meinung, daß der bisherige Standpunkt überholt wäre, daß es darauf ankomme, die Arbeiterklasse zu überzeugen, daß sie sich auf einen neuen grundsätzlichen Standpunkt stellen müsse. Er gibt den grundsätzlichen Standpunkt unserer Partei vollständig preis. Er gehört nicht mehr zu uns, es geht nicht, daß unser Erbe der Meinungsfreiheit von Angehörigen der Partei alle Grundzüge der Partei verleugnet werden. Nun besteht die Absicht, die Entscheidung auf den nächsten Parteitag zu verschieben. (Hört, hört! und Unruhe.)

Vors. Haase: Ein solcher Antrag ist jetzt gar noch nicht zur Debatte gestellt. Wenn ich Sie jetzt dazu reden lassen würde, so würde zweimal gegen den Antrag gesprochen werden. Die Geschäftsordnung wurde verletzt, das kann ich nicht zulassen.

Dittmann: Ich würde die Annahme eines solchen Antrages lebhafte bedauern. Die Sache ist ganz spruchreif. Diejenigen, die sich für Hildebrandt aus rein formalen Gründen ins Zeug legen, haben sich wohlweislich gehütet, sich auf seinen sachlichen Boden zu stellen. Ich verweise auf die Äußerung eines rechtsstehenden Parteigenossen, des Parteigenossen Wehler in Bochum. Er sagt: Ich bin weit davon entfernt, dem Verfasser seine Ansichten rauben oder verdrängen zu wollen. Für uns handelt es sich lediglich darum, daß Hildebrandt den Sozialismus ablehnt und gegen ihn agitiert. ... Ein solcher Mann hat in unserer Partei nichts zu suchen, solange sie die sozialdemokratische Partei ist, mag er auch sonst der beste Demokrat sein und mit ernstem Willen das Volkwohl fördern wollen. Im Namen der Freiheit, der Wissenschaft zu verlangen, daß man einen Mann in den Reihen unserer Partei bündelt, der das Aufgeben der „kommunistischen Utopien“, der „geschlechtlichen sozialistischen Befangtheit“ als einziges Mittel der Rettung bezeichnet, und für diese Forderung Propaganda macht, das ist ein Verlangen, das einem sozialdemokratischen Arbeiter stets unüberwindlich bleiben wird. (Große Unruhe und Schlußrufe.)

Vors. Haase: Ich bitte doch alle Genossen, die Angelegenheit sachlich und ruhig zum Abschluß zu bringen.

Dittmann: Nur noch den Schluß des Hinats: Herr Gerhard Hildebrandt ist mir stets eine sympathische Persönlichkeit gewesen. Ich habe seinen Werdegang als Sozialdemokrat vom ersten Tage seines Eintritts in die Partei an zu beobachten gehabt und hatte Gelegenheit, ihn auch im Anfang erbetene Ratsschläge für sein Verhalten in der Partei zu geben. ... Die politische Scheltheit müßte ihm sagen, daß er in der sozialdemokratischen Partei nichts mehr zu suchen hat. Ich habe die Ueberzeugung, der Parteitag in Chemnitz wird bei der sehr klaren Sachlage kurzen Prozeß machen und sich nicht dazu hergeben, die sozialdemokratische Partei zum Tummelplatz antisozialdemokratischer Propaganda werden zu lassen.

Ich bitte Sie, sich diesem Urteil eines rechtsstehenden Parteigenossen anzuschließen. (Beifall.)

Vors. Haase verliest folgenden Geschäftsordnungsantrag: „Der Parteitag setzt die Entscheidung über das Urteil des Schiedsgerichts Solingen über den Ausschluß des Genossen Hildebrandt aus der Partei auf den nächsten Parteitag, den Delegierten des nächsten Parteitages das zur Beurteilung dieser Angelegenheit nötige Material rechtzeitig zuzustellen.“

Haase: Da der erste Teil dieses Antrages ein Vertagungsantrag ist, erhält nach unserer Geschäftsordnung nur ein Redner dafür und ein Redner dagegen das Wort.

Dr. Gradnauer:

In der gesamten neueren Parteigeschichte ist es das erste Mal, daß ein Genosse von einem Parteitag wegen seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung ausgeschlossen werden soll. Der Ausschluß auf dem Erfurter Parteitag 1891 erfolgte nicht wegen der abweichenden Meinung, sondern wegen der Beleidigung und Verleumdungen, die damals gegen den Parteivorstand gerichtet wurden. Erwägt man die Beurteilung des vorliegenden Falles noch dadurch, daß wir von den Rednern sehr entgegenstehende Darlegungen gehört haben. Aus der Fülle des Materials, das uns mitgeteilt worden ist, erfahren wir, daß Hildebrandt in der Tat Anschauungen vertritt, die viel von dem abweichen, was die Partei sonst vertritt. Andererseits ist aber Genosse Hildebrandt heute mit einem Bekenntnis für den Sozialismus hervorgetreten, der Mann hat ohne Zweifel den Eindruck machen müssen, daß er aus vollem ehrlichen Herzen spricht. Bei einer solchen Lage der Dinge ist es ohne Zweifel nicht leichtes für uns, ohne vollständige Klärung der Angelegenheit unser Urteil zu fällen. Sehr viele Delegierte sind hergekommen, ohne überhaupt von der Sache eine Ahnung zu haben. Unser wissenschaftliches Zentralorgan brachte nicht einen einzigen Artikel über diese Frage, nicht einmal die schriftlichen Urteilsgründe der Instanzen liegen vor. Denken Sie an den Fall Göttingen. Da hat der Parteitag es abgelehnt, es zu entscheiden, obwohl wir eine lange Debatte hatten. Ich spreche nicht für irgend eine Seite, sondern lediglich im Interesse der gewissenhaften Erleuchtung dieser Angelegenheit. Wenn es auch etwas lästig ist, auch für Hildebrandt, die Entscheidung noch ein Jahr auszuschieben, so bin ich doch dafür, daß wir eine Vorlage des Vorstandes abwarten. (Zeilweiser Beifall.)

Maria Jettin:

Ich möchte Ihnen dringend abraten, die Angelegenheit zu vertagen. Die Sache ist schon ausgiebig geklärt worden durch die verschiedenen Darstellungen. Wir sollen hier nicht über die wissenschaftliche Bedeutung der Theorien entscheiden, die Hildebrandt entwickelt hat. Wir haben uns hier lediglich mit der politischen Seite dieser Angelegenheit zu befassen. Und wenn wir die Sache ein

oder zwei Jahre vertragen, so brauchte ich wahrscheinlich nicht alle zehn Finger, um diejenigen Genossen aufzählen zu können, die unterdessen das ganze Buch gelesen hätten. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht um die wissenschaftliche Uebersetzung Hildebrandts, die lassen wir unangefastet. Seine praktische Betätigung aber ist es, die den Anstoß zu der ganzen Frage gegeben hat. (Sehr richtig!) Durch eine Vertagung würde die Sache nur noch verwirrt werden. Es wäre gerade für uns als Realpolitiker ein Gebot der Notwendigkeit, hier einen Schaden abzuwehren, der später zu heißen inneren Kämpfen führen könnte. Es wäre bödewerisch, wenn der kolossale Aufwand an Zeit und Kraft, der hier gemacht worden ist, um die Sache vor diesen Parteitag zu bringen, vergebens wäre. Der Freiheit der Meinung des einzelnen sieht gegenüber das lebendige Interesse der Partei, innerhalb deren wir es zu seinen Abirrungen kommen lassen dürfen, die die Einheitlichkeit der Aktion stören. (Zuruf: Pannetsoek!) Die Partei ist nicht der Saal, in dem liebenswürdige und interessante Schwärmergespräche tanzen können. Ihr Gebäude ist eine Festung, in der wir alle einzig und gerührt stehen und kämpfen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Seine:

Ich spreche gegen den Antrag auf Ausschluß Hildebrandts. Es sind zunächst formelle Gründe dagegen vorhanden. Welchen Wert würden wir schlagen, wenn ein bürgerliches Gericht so vorgehen würde, wie das Schiedsgericht. Ich siehe Euch an, nicht in der Vereingemommenheit über eine Sache zu urteilen, die Ihr nicht genügend geprüft hattet. Schon einmal ist ein Schiedsgerichtsverfahren wiederholt worden wegen Mängel des Verfahrens, im Fall Colver. Auch die heutige Angelegenheit muß zurückgewiesen werden. Sühheims Referat war nicht mehr ein objektiver Bericht, sondern eine zweite Anklage. (Sehr richtig!) Dazu die Anklage-Rede Dittmanns, das sind 2 1/2 Stunden. Da kann ich als Vertretlicher in 10 Minuten kaum auf den hundertsten Teil eingehen. Niemand hat versucht, Ihnen den Gedankengang des Buches zu schildern, keiner hat Ihnen gesagt, daß es sich zu neun Neundel mit einer Statistik beschäftigt, die die Gefahr schildert, die aus dem fortwährenden Export von Industrien nach den bisherigen Agrarländern entsteht. Auch die Kommission hat nicht durchwegs das Buch gelesen. Hildebrandt bestreitet die Erklärung, die er abgegeben haben soll. Vertagung der Sache ist abgelehnt. Es bleibt also, da keine genügend Aufklärung gegeben ist, nichts übrig, als den Angeklagten freizusprechen. (Sehr richtig! und Lachen.) Der § 23 des Parteistatuts kennt als Ausschließungsgründe nur groben Verstoß gegen die Grundzüge der Partei, ecklose Handlungen, beharrliches Juwiderhandeln gegen Parteibeschlüsse. Wenn ein Genosse taktlos auftritt, wie Dittmann Hildebrandt nachsagt, so mag man den Betroffenen nicht an verantwortlichen Stellen schieben, aber ein Ausschließungsgrund ist das nicht. Sühheim sagt, es müße doch möglich sein, Bestimmungen, die nicht in die Partei passen, auszuscheiden. (Sehr richtig!) Nein, Genossen, das muß nicht möglich sein. (Stämmige Unterbrechungen.) Da gibt es gar keine Grenzen. Wird über Meinungen gerichtet, so wird immer wieder der Streit entstehen, was gemeint war. Da kommen wir schließlich zu den Glaubensgerichten der Kirche. (Sehr wahr!) Nur Handlungen gegen die Partei können in Frage kommen, aber nicht die Meinungen. Der § 23 darf als Strafgesetz nicht ausdehnend interpretiert werden. (Dr. Sühheim: Das Parteistatut ist kein Strafgesetz!) Gibt es für einen Genossen etwas schlimmeres, eine härtere Strafe, als den Ausschluß aus der Partei? Die Ausnahmebestimmung des § 23 wird hoffentlich der Parteitag nicht ausdehnen!

Es handelt sich hier gar nicht um einen Streit zwischen Radikalen und Revisionisten. (Choi!) Hildebrandt ist ein Engländer, mit dem ich nicht identifiziere, schon deshalb, weil meine wissenschaftliche Bildung gerade soweit reicht, daß ich weiß, daß man in wissenschaftlichen Fragen nicht ohne Nachstudien selbst aburteilen darf. (Sehr gut! und Unruhe!) Als Revisionist bin ich gegenwartspolitisch. Hildebrandt aber betreibt Zukunftsphantasien über die Vereinigten Staaten von Westeuropa. In der Gegenwartspolitik steht er auf unserem Standpunkt. Sie haben heute keinen Mut, keine Offenheit und Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Warmherzigkeit gesehen. Ein solcher Mann gerät jeder Partei zur Last, auch wenn er sich irrt. (Beifall und Widerspruch.) Würde Hildebrandt die Lebensmittelpolitik verteidigen, so würde ich das auf das Schärfste beurteilen, aber er unterwirft nur die Zollfrage der Vereinigten Staaten von Westeuropa. In seinen Kritiken in der „Neuen Zeit“ der vier Jahre erklärt Friedrich Engels selbst, daß wir nicht unbedingte Freihändler sind. Der Ausschluß Hildebrandts verstoßt gegen das Prinzip, daß unsere Politik auf wissenschaftlicher Forschung beruht. Meinungs- und Forschungsfreiheit fallen zusammen. (Zustimmung.) Gesetze haben Pannetsoek und andere das Parteiprogramm kritisiert, weil es schiedsgerichtliche Schlichtung, internationaler Streitigkeiten verlangt und zwar erfolgte diese Kritik aus ökonomischen Gründen. Hildebrandt erklärt aus ebensolchen Gründen, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur innerhalb gewisser Schranken durchführbar sei. Beide haben doch das gleiche Recht der Kritik! (Sehr wahr!) Als uns im Wahlkampf die Reichsverbände vorwarfen, daß wir auch das kleinste Produktionsmittel verstaatlichen wollen, erklärten wir, nein, daran denken wir nicht; nur diejenigen sollen verstaatlicht werden, deren Verstaatlichung im Gang der ökonomischen Notwendigkeit liegt. Das heute hier gesagt, wer von einer Reicherei Hildebrandts sprach, der gibt dem schlimmsten Vorwurf des Reichsverbandes recht. Die Neuerungen Dittmanns und der Genossin Jettin beweisen, daß diese beiden aus dem Prozeß einen politischen Tendenzprozeß machen wollen. Legen Sie nicht der Partei den Vorwurf der Intoleranz auf. (Lebhafter Zustimmung und Widerspruch.) Es wäre auch zwecklos, kein Genosse von Ehre und Gewissen wird jemals in seiner wissenschaftlichen Uebersetzung zum Schwelgen verurteilt werden und sich auch nicht verurteilen lassen, und auf ein Rechengericht wird das andere folgen, wie Traub auf Jatho. (Beifall und lebhafter Widerspruch.) Eine so große Partei muß auch Kritiker vertragen; sie muß groß und frei handeln. Wenn Hildebrandt die Agitation geschädigt hat, der Schade, den heute Dittmann und Jettin angerichtet haben, ist in zehn Jahren nicht wieder gut zu machen. (Zustimmung und Unruhe.) Immer wieder wird uns das vorgehalten werden. Nicht der Revisionismus wird durch das Urteil getroffen, sondern die Partei selber. Als ich einmal im Reichstage die politische und Klassenpolitik sehr scharf kritisierte und der Staatssekretär nichts davon abstreiten konnte, stammelte er meinerlich, ich möchte doch einmal die Ungerechtigkeiten meiner eigenen Parteigenossen kritisieren. Als ich antwortete: Gerade weil ich das täte und mir dabei kein Blatt vor den Mund nehmen hätte ich mir das Recht gewagt, auch im Reichstage Beachtung dessen, was ich sagte, zu fordern, da mühte der Staatssekretär und die gesamte Rechte nichts zu erwidern. (Waboo!) Glauben Sie mir, durch die freie offene Kritik schadet man der Partei nicht, sondern durch Handlungen der Intoleranz und Glaubensverfolgungen. (Sehr wahr!) Lassen Sie, wenn Sie kein Interesse dafür haben, die freie Forschung aus dem Spiele. Denken Sie daran, was aus der von Feinden umringten Partei wird, wenn Sie nach der Genossin Jettin in der Partei nur für eine einheitliche Meinung Raum lassen. Dann werden wir zur Kirche. (Sehr wahr!) Auf dem Boden des Sozialismus steht auch Hildebrandt. Innerhalb des großen Ideenkomplexes der Demokratie gibt es viele Wege. Aus unzähligen Wägen ritt der Strom des Sozialismus zusammen. Seine Gewalt wird nicht dadurch abgeschwächt, wenn Sie künstlich da und dort ein Wächlein ableiten, nur aus Angst, es könnte ein Wächserchen gerührt werden. Der Strom des Sozialismus reißt mit elementarer Gewalt alles mit sich, was ecklich, treu und wahr zum Volke hält. Wenn man mir künftig in der Agitation vorhält, daß wir eine Partei der „Recherchier“ seien, werde ich sagen: Nein! und wenn jemand ein schlechtes Urteil durch einen schlechten oder gar nicht informierten Parteitag gefällt würde, unsere Partei bleibt, was sie ist: die Partei der Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Daran können auch solche Verleumdungen gegen die Berechtigten, wie dieser

Ausschluß, nichts ändern. (Beifall.) Ich darf das aber nur sagen, wenn ich es heute hier sage; ist es vergeblich gewesen, dann ist es nicht meine Schuld. (Stürmischer Beifall und Handklopfen bei einem Teil des Parteitages. — Unruhe.)

Dr. Laufenberg-Hamburg:

Ich bedaure lebhaft, daß die Erörterungen, die ich vor nunmehr 5 Jahren auf dem niederdeutschen Parteitag mit Hildebrandt gepflogen habe, diesen Ausgang genommen haben. Ich hoffe damals, daß Hildebrandt schließlich Schulter an Schulter mit mir stehen werde. Es ist anders gekommen. Es wird jeder im Saale das Wort Laufenbergs unterzeichnen, daß die Wissenschaft frei sein muß, frei bis zum Mißbrauch. Die Wissenschaft hat das Recht, unser ganzes Programm in Frage zu stellen und umzustülpen. Aber die Kritik ist es, wenn sie auf wissenschaftlicher Basis beruht, auch sie ist und bleibt immerhin aber die Gruppenbewegung der Wissenschaft selbst. Für uns Sozialdemokraten sind die Grundzüge der Demokratie unantastbar und auch die Grundzüge des Sozialismus. Nach Hildebrandt ruht alles auf dem Völkertum. In der Industrie allein ist demokratischer Sozialismus nötig. Das Buch Hildebrandts trägt die Widmung: Der Erinnerung an Friedrich List. Diese Erinnerung entspricht durchaus dem wissenschaftlichen Charakter des Buches. Aber auch vom Standpunkte des wissenschaftlichen Fortschritts ist eine Gemeinschaft mit den Hildebrandtschen Ausführungen ein Ding der Unmöglichkeit. Zweifellos sind wir alle der Meinung, daß die Freiheit in unseren Reihen aufrecht erhalten werden muß, soweit es geht. Ich verziehe es sehr wohl, wenn gerade die Vertreter des rechten Flügels in unserer Bewegung für größere Freiheit der geistigen Bewegung eintreten. Es wird wohl niemand in unseren Reihen der Auffassung sein, daß wir nur insofern die großen Ideen des elementaren großen Prinzips unserer ganzen Bewegung ansetzen dürfen. Ein einmütiges Votum in dieser Frage ist aber unerlässlich. Ich schlage Ihnen daher folgenden Antrag vor:

Der Parteitag erklärt, daß die Anschauungen Hildebrandts in keiner Weise die unsrigen sind, daß Hildebrandt im Rahmen seiner heutigen Anschauungen ungeeignet ist, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten. Jede Verantwortung für die Ideen Hildebrandts, für sein politisches Auftreten lehnt der Parteitag ab. Der Parteitag erwartet, daß damit die Angelegenheit erledigt ist. (Lebhafter Bewegung und Widerspruch.)

Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte.

Obert (Partei-Vorstand) beantragt Schluß der Debatte. Der Vorschlag Laufenbergs ist geeignet, die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Wir haben auch noch andere wichtige Angelegenheiten zu erledigen. Allerdings muß außer dem Referenten auch noch Hildebrandt ein kurzes Schlusswort erhalten. Die Debatte wird geschlossen.

Vorsitzender Haase: Ich glaube, daß Sühheim nichts dagegen haben wird, daß Hildebrandt das letzte Wort erhält. Dr. Sühheim: Dem kann ich mich nicht anschließen. (Lebhafter Widerspruch. Rufe: Der Angeklagte hat doch das letzte Wort!) Ich habe als Referent die Verpflichtung, die ganze Debatte zusammenzufassen, muß also das letzte Wort haben. (Seine: Das sagt ein Rechtsanwalt! — Hört! hört!) Dazu, mir das zu sagen, Genosse Seine, sind Sie zu allerletzt berechtigt. (Unruhe.)

Vorsitzender Haase: Beruhigen Sie sich, wir kommen über diese Schwierigkeit durch eine Abstimmung leicht hinweg. Formell hat der Referent das Schlusswort, wenn das Ausschlußverfahren nicht auf dieselbe Stufe zu stellen ist, wie ein Strafverfahren. Es handelt sich doch darum, daß jemand ausgeschlossen werden soll aus einer Gemeinschaft, der er sich angeschlossen hat, was er selbst als schwersten Schlag in seinem ganzen Leben empfinden kann. Ich muß also die Frage aufwerfen, ob Hildebrandt nicht aus diesem Grunde das Schlusswort gegeben werden soll. Dr. Sühheim: Ich will nicht auf den Parteitag den Romantiker laden, daß in Bezug auf einen Angeklagten dieser irgendwie in seinen Rechten berkümmert worden sei. Ich folge daher dem Vorschlag des Vorsitzenden. (Beifall.) Vorsitzender Haase: Damit ist der Parteitag einverstanden. Das Schlusswort erhält nunmehr

Dr. Sühheim:

Durch den Schluß der Debatte haben Sie der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Angelegenheit genügend geklärt ist. Nun ist ja durch den unerwartet kommenden Antrag Laufenbergs ein neues Moment in die Debatte hineingeworfen. Was mir das wesentlichste an diesem Antrage zu sein scheint, ist die Tatsache, daß er Genossen mit zweierlei Recht schaffen würde. (Sehr richtig!) Nach diesem Antrage könnte es Genossen geben, die wir nicht aus der Partei ausschließen können. (Widerspruch.) Ich glaube, daß es sich um eine kluge und klare Entscheidung handeln muß und auch die Bestimmungen des § 23 über die Unantastbarkeit von Vertrauensämtern trifft auf den vorliegenden Fall unmöglich zu.

Die aus guten, bestimmten Gründen gebaute Brücke des Antrages Laufenbergs kann nicht betreten werden. (Sehr wahr!) Es ist richtig, daß, wie Müller ausführte, die Beratungen der Schwärmerkommission unter unangünstigen äußeren Verhältnissen zu leiden hatten; das war aber nicht von Einfluß auf die Beratungen. Hildebrandt ist immer und auch heute reichlich zu Worte gekommen. Ich rede auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß das, was er ausführte, nichts mehr gemein hat mit unseren grundsätzlichen Ideen. Ich habe sein Buch momentan leider nicht zur Hand, aber aus dem Schlußsatz geht deutlich hervor, daß er jetzt schon den Moment für gegeben erachtet, an die Lösung seines Problems heranzugehen. Es heißt dort: Wenn irgendwo im bisherigen Verlaufe der menschlichen Entwicklung, so bietet sich jetzt den Völkern Gelegenheit, über die trennenden Schranken der nationalen Gegensätze hinweg sich brüderlich die Hand zu reichen. Seine sagt, daß ein großer Teil des Buches mit statistischem Material angefüllt sei. Das ist ohne Belang. Seine sagte dann weiter, ein Mann mit der Ehrlichkeit, dem Mut und dem Forschungstrieb von Hildebrandt werde jeder Partei zur Last sein. Aber die Zugehörigkeit zu unserer Partei und auch zu anderen Parteien erfordert noch andere Eigenschaften. Wir haben in der Kommission in der Mehrheit nach ecklicher Prüfung die Uebersetzung genommen, daß Hildebrandt grundsätzlich in seinen produktiven Konsequenzen mit unserer Partei im Widerspruch steht. Sie können glauben, daß auch die Entscheidung nicht leicht geworden ist. Aber hier handelt es sich nicht um Fragen des Gefühls, sondern um eine streng sachliche, gewissenhafte Prüfung, ob die Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zur Partei noch gegeben sind. Ich nehme für jeden von uns in Anspruch, daß wir ohne jede persönliche und taktische Rücksicht an die Erledigung dieses Falles heranzutreten sind. Genou so räume ich den Gegnern das Ausschlußrecht ein, daß für sie nur sachliche Gründe maßgebend sind. Das ist nötig zu sagen gegenüber dem flammenden Protest von Seine. Weil Hildebrandt keine Gelegenheit hatte, seine Ideen in die Massen hineinzutragen, glaubte er, die öffentliche Agitationsversammlung dazu benutzen zu können. Nach meiner Uebersetzung sind daher die Gründe, die für die früheren Instanzen maßgebend waren, auch im jetzigen Augenblick noch gegeben. Was uns in dieser Beziehung von Seine und anderen unterscheidet, ist der Umstand, daß wir sagen: wenn sich jemand innerlich in seinen Anschauungen und in der praktischen politischen Betätigung von der Partei losgerißt hat, dann kann er selbstverständlich die wissenschaftliche Meinungsfreiheit für sich beanspruchen, aber nicht innerhalb der Partei, sondern außerhalb. Wenn man ruhig und leidenschaftlos den Gang der Verhandlungen und die Auseinandersetzungen verfolgt hat, dann wird man nach wie vor zu dem Ergebnis kommen müssen: Hildebrandt gehört nicht zu uns! Wir müssen Fragen des Gefühls zurückstellen hinter der Frage der Partei, und die Kämpfer zu führen, die auf unserem grundsätzlichen politischen Boden stehen. (Lebhafter Beifall.)

Hildebrandts

Dittmann hat sich auch heute früh die erdenklichste Mühe gegeben zu beweisen, daß eine kontinuierliche Entwicklung in meiner ganzen Tätigkeit innerhalb der Partei stattgefunden hat und daß ich schon bei der Kündigung meiner Stellung als Redakteur unter dem Eindruck gestanden hätte, mit meinen Ideen bei den Genossen keinen Anklang zu finden. Ich stelle fest, daß die Solinger Genossen mich nicht immer wieder abgelehnt haben. Solche Ablehnungen sind erfolgt in bestimmten Fragen, in der Kolonialfrage, in der Frage der Budgetbewilligung usw. Aber man ist nicht aufgetreten gegen meine Tätigkeit im allgemeinen. Dittmann hat wieder auf Genossen Groß verwiesen. Als aber im März oder April 1909 mein Kündigungsschreiben in der Preßkommission behandelt wurde, erklärte er ausdrücklich, er bedaure meine Kündigung aufs alleräußerste; denn wenn er auch zweifellos mit mir früher Differenzen sachlicher Art gehabt habe, so seien diese doch meistens wegen gewerkschaftlicher Fragen und nicht wegen meiner politischen Haltung entstanden. Die „Bergische Arbeiterstimme“ habe unter meiner Redaktionsführung auf einem hohen Niveau gestanden. Dittmann stellte es so hin, als ob ich bei den Solinger Genossen kein Interesse gefunden und deswegen den Mut verloren habe. Ich habe nicht resigniert, weil meine Meinung von den Solinger Genossen nicht akzeptiert wurde, sondern weil die Tätigkeit unter den Solinger Arbeitern überhaupt nicht so war, wie sie hätte sein sollen, und zwar weil die Gewerkschaftstätigkeit alle Kräfte absorbierte und mich verdünnete, so daß ich sagte: „Wenn Ihr Euch über jeden Dreck streiten wollt, was soll ich dann bei Euch! Ich sehe mich dann lieber in meine Studierstube und mache meine wissenschaftlichen Arbeiten.“ Dittmann behauptet, ich hätte geschrieben, Deutschland müsse unter Umständen Frankreich und England zwingen, ihm einen Teil seiner Kolonien abzutreten. Nirgends habe ich das erklärt. Ich habe nur betont, daß wir auf unserer Gleichberechtigung innerhalb der Weltwirtschaft bestehen müßten. Ich habe nicht das Schutzsystem für eine unbedingte Notwendigkeit erklärt, sondern nur betont, daß Deutschland ohne die landwirtschaftlichen Böden in der Zahl seiner landwirtschaftlichen Bevölkerung erheblich zurückgegangen wäre. (I m b e r g - Essen ruft: Er schwächt jetzt also ab!) Ich soll gesagt haben, ich würde mich ökonomisch besser fühlen, wenn ich ausgeschlossen würde. Als ich mich vor den Genossen damals betonte, bin ich etwas sentimental geworden. Ich wollte die Insinuation zurückweisen, daß ich gewissermaßen um das Gnadenbrot siehe. Darum machte ich diese Bemerkung. Weiden Instanzen hat die Vorprüfung der wissenschaftlichen Grundlagen vollständig gefehlt. Durch meinen Ausschluß würde die Partei die wissenschaftliche Uebersetzungsfreiheit antasten. Ich werde, wie Sie auch beschließen mögen, nach wie vor zum Ausdruck bringen, daß ich mich als demokratischer Sozialist fühle. (Waboo! und Ode! hört!) Ich hoffe, das auch in der Praxis in meiner weiteren Tätigkeit beweisen zu können. Die Zeit wird zeigen, ob Sie nicht der Partei einen schlimmen Dienst erwiesen haben dadurch, daß Sie jemand, der aus der ganzen Gemütsveranlagung heraus allein schon beinahe Sozialist ist, die Zugehörigkeit zur Partei absperrten. Wenn immer wieder darauf Bezug genommen wird, daß ich ursprünglich nationalsozial war und erst 1903 beim Zusammenbruch der nationalsozialen Bewegung übergetreten sei, so stelle ich fest, daß ich bereits 1900—1901 ein Jahr in der Schweiz beruflich tätig war und daß ich immer zur sozialdemokratischen Organisation dort gehalten und dem Arbeitersekretär Brand in Winterthur erklärt habe: „Ja, hier in der Schweiz fühle ich mich vollständig als Sozialdemokrat, aber in Deutschland bin ich über die nationalen Schwierigkeiten noch nicht hinweg.“ Auf dem Boden des Klassenkampfes sind ich schon als Nationalsozialer 1899 oder 1900, als ich Mitglied des Zentralvorstandes der Handlungsgehilfen war. Ich habe nicht verstanden, die nationalsozialen Ideen in der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen, sondern ich bin zur Sozialdemokratie gegangen, weil mir das Arbeiterinteresse, die Demokratie, der Klassenkampf schon 1900 so ungeheuer wichtige Dinge gewesen sind, daß ich mich entschlossen habe, unter Umständen andere Dinge, in denen ich vielleicht mit der Parteiauffassung nicht in jedem Punkte übereinstimmte, zurückzustellen. Die Konsequenzen haben Sie zu ziehen, ich kann nur meine Erklärung wiederholen: Das Sie auch beschließen mögen, ich fühle mich in meinen Bestimmungen dadurch in keiner Weise beeinträchtigt. (Beifall und Zischen.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Ostfriesen-Köln bedauert, nicht die Schiefheiten und Unrichtigkeiten über die Tätigkeit des Schiedsgerichts karzieren zu können. Hildebrandt erklärte mir in der Schiedsgerichtsbildung, daß ich den Kern seines Buches richtig erfaßt hätte. Ich entfinne mich nicht, gesagt zu haben, es sei ein Vorzeil, daß die Weitzer sein Buch nicht gelesen haben. Das steht auch nicht im Protokoll. Auch die beiden hier anwesenden Schiedsgerichtsmitglieder wissen nichts von einer derartigen Neuerung. Uebrigens war verschiedenen Revisoren das Buch von Hildebrandt zugestellt.

Frau Jettin demerkt gegenüber Seine, überhaupt nicht zwischen Meinungsfreiheit und Forschungsfreiheit unterschieden zu haben, sondern nur gegen Genauer geltend gemacht zu haben, daß es sich um politische und nicht um wirtschaftliche Fragen handle. (Sehr richtig!) Den Vorwurf Heines, daß meine Ausführungen die Partei auf zehn Jahre geschädigt hätten, weise ich in der Hoffnung zurück, daß die Partei davon nicht schwerer zu tragen habe, als an den verschiedenen Neuerungen und Stellungnahmen Heines. (Lebhafter Beifall und Unruhe. Seine ruft: Haule Retourkarte!)

Oberland-Düsseldorf: Der Vorwurf der Schnellfertigkeit, was wohl eine Umschreibung für Reichfertigkeit sein soll, gegen das Agitationskomitee für den Niederrhein ist ungerichtet. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden Gewehr trug Hildebrandt seine Ansichten vor und erklärte dann auch ihre Wiedergabe durch den Vorsitzenden für richtig bis auf Kleinigkeiten.

Dittmann: Hildebrandt hat mir eine falsche Wiedergabe seiner Anschauungen in einer Anzahl Punkten vorgeworfen. Ich halte diese Darstellung aufrecht.

Pied - Sieglitz erklärt, daß weder er noch ein anderer Parteischüler während der Ausführungen Müllers gerufen habe: „Hildebrandtsche Sonderorganisation“, welchen Zwischenruf Müller als von einem Parteischüler, offenbar Pied, ausgehend kritisiert hatte.

Vorsitzender Haase schlägt nun vor, zunächst über den Kommissionsantrag und im Fall seiner Ablehnung über den Antrag Laufenbergs abzustimmen.

Seilmann-Chemnitz (zur Geschäftsordnung) verlangt getrennte Abstimmung über den Antrag Laufenbergs, da der erste Teil eine sachliche Stellungnahme zu der Anregung Haases bedeute, während der zweite Teil die Erwartung ausdrückt, daß damit die Sache erledigt sei. Wände, die der sachlichen Stellungnahme zustimmen, werden den Ausschluß für nötig halten, andere wieder nicht. (Lebhafter Widerspruch.)

Simon-Küenberg: Der Kommissionsantrag kommt immer zuerst zur Abstimmung, überdies ist er der weitestgehende.

Der Parteitag beschließt mit überwältigender Mehrheit, nach dem Vorschlag Haases abzustimmen.

Iner-München: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung. (Große Unruhe.) Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Vorsitzender Haase: Wir sind mitten in der Abstimmung. Es tut mir leid, daß Sie so spät gekommen sind. Ich bitte diejenigen die Hand zu erheben, die für den Kommissionsantrag sind. (Beifall.) Das ist die überwältigende Mehrheit. (Zuruf: Gegenprobe!) Das Bureau ist zwar einig über die Mehrheit, aber wir können ja die Gegenprobe vornehmen. Ich stelle fest, daß nur eine geringe Minorität gegen den Antrag der Kommission ist. (Lebhafter Beifall. Rufe: Ruhe!)

Schluß in der 3. Beilage.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Zu dem Bericht der Mandatsprüfungskommission

Schulz-Hamburg:
 über zwei Fälle in Göttingen und Stuttgart. Der Sozialdemokratische Verein Göttingen hat am 10. Juli gegen Weidmann und Genossen ein Schiedsgericht beantragt, weil Weidmann, Reichmann und Engelsmann gefälschte Stimmzettel verbreitet haben sollten. Die Genossen wurden freigesprochen, den Genossen Guttmann und Weber aber die Fähigkeit zur Bekleidung von Vertrauensämtern für 2 Jahre abgeprochen, und zwar wegen beharrlichen Zuwiderhandelns gegen einen Parteibeschluß. Die hiergegen eingelegte Berufung ist zurückgezogen. Hoffentlich ist das eine erfreuliche Wirkung der Parteitagdiskussion über Göttingen.

Am 2. August tagte auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins Cannstatt ein Schiedsgericht, das ebenfalls wegen Verbreitung gefälschter Stimmzettel den Genossen Sander auf 5 Jahre, die Genossen Ulrich und Duhler auf 2 Jahre von Vertrauensämtern ausschloß. Duhler hat Berufung eingelegt. Der Sachverhalt ist folgender: In einer Parteiversammlung am 17. November waren die Kandidaten zu der am 8. Dezember stattfindenden Gemeinderatswahl aufgestellt und dabei an Stelle der bisherigen Vertreter andere auf die Stimmzettel gesetzt worden, und zwar so, daß von 14 Stimmen, die jeder Wähler hatte, die ersten 6 Kandidaten je 2 Stimmen, die bisherigen Vertreter nur eine Stimme erhalten sollten. Gegen diese Zurücksetzung der bisherigen Vertreter entstand bei einem Teil der Genossen ein meines Erachtens berechtigter Unwille. Denn solange jemand im Interesse der Partei irgendeiner Körperschaft angehört und sich nichts hat zuschulden kommen lassen, muß er es als eine Zurücksetzung betrachten, wenn er ohne Grund ausgeschlossen werden soll. (Sehr wahr!) Einige Tage vor dem Wahltermin wurde bekannt, daß Stimmzettel verbreitet wurden, auf denen die Namen der ersten mit Ausnahme von zwei Kandidaten durchgestrichen waren und dafür für die letzten vier Kandidaten 8 Stimmen und für die Stehengebliebenen 1 Stimme vorgesehen war. Die Kumulierung widersprach also dem Willen der Parteiversammlung und hatte auch die Wirkung, daß an Stelle der von der Versammlung in den Vordergrund gestellten Kandidaten die auf dem von unbekannter Hand abgeänderten und vervielfältigten Stimmzetteln vorgeschlagenen bisherigen vier Vertreter wiedergewählt wurden. Wie geteilt die Meinung der Genossen war, geht daraus hervor, daß 5832 unabgeänderte und 5843 abgeänderte Zettel abgegeben wurden. Wer diese abgeänderten Stimmzettel hergestellt und vervielfältigt hat, konnte nicht festgestellt werden. Es wird mit Recht auch eine Fälschung in der Art des Vorgehens erklart, denn die abgeänderten Zettel tragen die Ueberschrift: „Wahlvorschlag der sozialdemokratischen Partei in Stuttgart.“ Der Wuchrer Duhler, der beschuldigt wurde, die Zettel vervielfältigt zu haben, bestritt das ganz entschieden. Er gab aber zu, in zwei Fällen Zettel handschriftlich geändert und auch verbreitet zu haben. Zu seiner Entschuldigung führte er an, daß nach früheren Wahlen niemals eine Rüge ausgesprochen wurde gegen den führenden Genossen, der entgegen dem Parteibeschluß kumuliert hat. Es ist allerdings bezeichnend für die Parteidisziplin in Württemberg, daß auch bei der vorjährigen Wahl 1479 abgeänderte Stimmzettel abgegeben wurden. Die Verwerfungskommission hat unter Würdigung der in Stuttgart herrschenden Verhältnisse und, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Erfolge der Partei in ihrer Geschlossenheit liegen und daher die Genossen sich den Beschlüssen zu fügen haben, in dem Verhalten des Genossen Duhler aber eine Verletzung dieses Prinzips zu erblicken ist, beantragt, die eingelegte Berufung zu verwerfen.

Der Parteitag stimmt diesem Antrage der Verwerfungskommission zu.

Limberg-Düsseldorf:

Der Genosse Theurig aus Langwisch ist ausgeschlossen worden, weil er bei einer Differenz mit einem Parteigenossen das bürgerliche Gericht anrief und auf die Massensanktion des Richters dadurch spekulierte, daß er meinte, der Richter wisse ja, wie ein tüchtiger Arbeiter von seinen neidischen Mitarbeitern behandelt werde. Die Beschwerde Theurigs bietet kein neues Material, so daß die Kommission die Aufrechterhaltung des Ausschlusses beantragt.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Limberg-Düsseldorf:

Büchel-Finsterwalde wurde im Dezember ausgeschlossen, weil er bei der Stadterordnetenwahl gegen uns und für sich agitiert und kandidiert hat; weil er zweitens Funktionär des Tabakarbeiterverbandes in Inzeraten in bürgerlichen Blättern herabgesetzt hat, weil sie sich um Einhaltung des Tarifvertrages bemühen; weil er drittens einen Bevollmächtigten des Tabakarbeiterverbandes bei der Polizei wegen Nichtanmeldung eines Gewerbes denunzierte; viertens Funktionäre der Partei bei der Staatsanwaltschaft angezeigt hat, sowie fünftens einer Tabakarbeiterin die Erlangung einer staatlichen Unterstützung durch Denunziation bei der Polizeibehörde unmöglich gemacht hat. Die Beschwerde gegen den Ausschluß war ohne Begründung, so daß wir auch hier dem Urteile des Schiedsgerichts beitreten konnten.

Der Parteitag macht den Beschluß der Verwerfungskommission zu seinem eigenen.

Dann liegt eine Beschwerde des Genossen Wagner aus dem 6. Berliner Wahlkreis vor. Er hatte gegen den Genossen Joseph den Vorwurf erhoben, daß er im Jahre 1896 Streikbruch begangen und sich dem Malerverbande unter falschem Vorwande angeschlossen habe, um die Voraussetzung zur Erlangung einer Stelle im Bureau des 6. Wahlkreises erfüllt zu haben. Wagner konnte von diesem Vorwurfe nichts beweisen. Das Schiedsgericht erkannte ihm aber den guten Glauben zu und es wurde nur auf eine Rüge erkannt, verschärft durch die Bestimmung, daß er auf ein Jahr lang keine Ehrenämter bekleiden dürfte. Die Organisation hat dagegen Beschwerde eingelegt, sie sieht in seinem Vorgehen böswillige Verleumdung, schloßes Verhalten und verlangt Ausschluß. Vor einer Stunde ist noch eine Beschwerde von Wagner selbst eingegeben, die natürlich nicht mehr berücksichtigt werden kann. Die Kommission beantragt Aufrechterhaltung des Schiedsgerichtsurteils.

Heuschel-Berlin:

Ich bitte Sie, den Ausschluß Wagners aus der Partei zu bestätigen. Er ist selbst Angehöriger des Malerverbandes und dürfte also die Beschwerde wegen Streikbruchs und Einschlebung in die Organisation gegen Joseph viel besser im Malerverbande anbringen können. Das hat er aber nicht getan, weil sich dort sofort die Galtlosigkeit dieser Verdächtigungen herausgestellt hätte. Er ist vielmehr beim 6. Wahlkreise eingetreten, um die Anstellung Josephs als Sekretär zu verhindern. Darin liegt zweifellos ein schloßes Verhalten; dem Wagner hat für seine Verdächtigungen nicht auch nur den Schatten eines Beweises beibringen können. Genosse Joseph, der fast seit zwei Jahrzehnten im Vorstand des 6. Kreises tätig ist und immer seine Pflicht und Schuldigkeit als Parteigenosse getan hat, ist durch diese habsche Verdächtigung auf Jahre hinaus

geschädigt worden und wir beantragen deshalb den Ausschluß Wagners.

Vorsitzender Roske: Die Kommission schlägt vor, die Wagner erteilte Rüge zu bestätigen und den Ausschluß abzuwehren. Das wird mit großer Mehrheit angenommen.

Limberg:

Der frühere Parteigenosse Ubert-Röln ist 1907 ausgeschlossen worden, weil er bei den Stadterordnetenwahlen, an denen die Sozialdemokratie beteiligt war, den liberalen Kandidaten gewählt hat. Seitdem hat sein Verhalten aber keinen Anlaß zu Klagen gegeben, und der sozialdemokratische Verein Rölln und das Agitationskomitee für den Oberheim befürworten das Gesuch um Wiederaufnahme. Daher schlägt die Kommission vor, diesem Ersuchen stattzugeben.

Der Parteitag beschließt demgemäß.
 Limberg: Rechtskonsulent Völkell-Grünstadt und Hochstedter-Eisenberg verlangen Wiederaufnahme in die Partei. Die Beschwerde entspricht aber nicht den formellen Vorschriften. Deshalb beantragen wir ihre Zurückweisung.

Der Parteitag schließt sich diesem Beschluß an.

Limberg: Ein früherer Genosse Wagner aus Barth verlangt Wiederaufnahme. Er will vor einem Jahre aus der Partei herausgedrängt worden sein, macht aber keine näheren Angaben.

Janisch-Stettin: Dieser frühere Genosse hat sich so unbeliebt gemacht, daß er den Wahlkreis verlassen mußte und infolgedessen ausgeschlossen ist. Er ist aber nicht ausgeschlossen worden.

Die Angelegenheit wird dem Parteivorstand überwiefen.

Limberg: Drei Beamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden hatten, wie Kysel bereits bemerkte, zum 1. Mai 1911 ihren Tagelohn nicht abgeliefert, weil sie unausschießbare, wichtige Arbeit geleistet haben. Das Schiedsgericht erkannte die Arbeit als dringend und unausschießbar an, sprach aber die Verpflichtung aus, daß sie ihren Tagelohn hätten abführen müssen. Aufhebung des Urteiles ist nicht verlangt worden. Die Kommission kann dem Parteitag empfehlen, über die Frage in Absatz 2 des Schiedsgerichtsurteiles zu einer Entscheidung zu kommen. Die Dresdener Organisation hat, nachdem die drei Genossen ihre Beiträge abgeliefert, bei den Genossen nicht weiter lästert und keine Beiträge von ihnen angenommen. Auf die Beschwerde forderte der Parteivorstand die Organisation auf, bis zum Abschluß des Vertrages weiter zu lästern. Einer der drei wollte am 1. Mai seinen Tagelohndienst noch abführen, erhielt aber keine Gelegenheit dazu. Ihm wurde gesagt, er und die anderen seien keine Mitglieder mehr. — Einmütig ist die Kommission der Meinung, daß dieses Verfahren durchaus zu mißbilligen ist.

Vorsitzender Roske: Die Kommission beantragt folgendes: Der Parteitag möge entscheiden, daß Genossen, die am 1. Mai verpflichtet sind, beruflich tätig zu sein, zur Ablieferung des Tagelohndienstes nicht verpflichtet sind. Der Antrag bezweckt, die noch vorhandenen Streitigkeiten wegen des Maibeitrages zu einem Teil aus der Welt zu schaffen.

Lipinski-Leipzig: Ich halte das Urteil in der Formulierung für falsch. Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß es nach Annahme der Erklärung der Verwerfungskommission aufgehoben und das Verfahren eingestellt wird.

Wirth-Dresden: Dem 4. sächsischen Landtagswahlkreise soll nach dem Vorschlage der Verwerfungskommission eine Rüge erteilt werden, weil er gegen das Statut gehandelt hat. Aber die Verwerfungskommission hat es nicht für nötig gehalten, die Arbeiter des 4. Kreises zu fragen, warum sie die Beiträge nicht lästert haben. Wir haben beantragt, drei Genossen auszuschließen. (Zuruf: Wann und wo?) Die Akten sind aus meiner Hand an den Parteivorstand gelangt und bis heute noch nicht zurück gekommen. Bedauerlicherweise wurde durch Pfannkuch erklärt, daß die drei das formale Recht auf ihrer Seite hätten. Wohin sind wir dann gekommen, daß wir den Genossen beibringen, die nur ein formales Recht haben? Wenn es nicht Genossen in hervorragender Stellung gewesen wären, würde man nicht so viel Umstände damit machen Wir wüßten, daß unser Verhalten mit dem Statut nicht übereinstimmt, wir wüßten aber keinen andern Weg.

Müller (vom Parteivorstand): Es kann nicht die Rede davon sein, daß jemand, der notwendige Arbeit leisten muß, gezwungen ist, den Tagelohndienst abzuführen. Nicht aus materiellen Gründen haben sich die drei geweigert, den Beitrag zu zahlen. Das wurde auch von der Organisation und von dem Schiedsgericht nicht behauptet. Es ist notwendig, daß festgestellt wird, daß Parteigenossen, die nicht ausgeschlossen sind, Rechte und Pflichten von Parteigenossen haben. Organisationen haben sich an die Statuten zu halten. Auf eine formelle Rüge bitte ich zu verzichten.

Roske: Da Statut gab nicht die Möglichkeit, die drei Genossen auszuschließen. Deshalb versuchte man es auf administrativem Wege. Das geht doch nicht in der deutschen Sozialdemokratie.

Heilmann-Chemnitz: Wirth sprach von Leuten, die nach bösen Motiven nach einem Ausweg gesucht hätten, um sich um bestimmte Parteitagbeschlüsse herumzudrücken. Es handelt sich nicht um Ausflüchte, sondern um vollkommen berechtigte Ablehnung ganz unzulässiger Zumutungen. Wir wissen, daß die drei Genossen am 1. Mai nicht nur gearbeitet, sondern auch eine schwere, verantwortungsvolle Tätigkeit hatten. Am 28. und 29. April war die große Aussperrung der Metallarbeiter in Chemnitz zu Ende gegangen, und die Einstellung sollte sich wieder vollziehen. Dabei stellten sich die größten Schwierigkeiten heraus, weil immer wieder Unternehmer versuchten, einzelne unserer Leute zu maßregeln. Soak und die anderen Genossen aus der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes hatten bestoßen den ganzen 1. Mai hindurch Verhandlungen mit Unternehmern. Wie ist die Sache nun mit dem 4. sächsischen Kreise? Trotz des Beschlusses des Schiedsgerichtes, daß die drei Genossen weiter Mitglieder der Organisation seien, hat sich der Kreis geweigert, Beiträge von ihnen entgegenzunehmen. Wirth erklärte, daß er mit Bewußtsein beharrlich gegen das Parteistatut gehandelt hat. Er sagt: Wir brauchen und in Formaten nicht zu halten. Täten wir es, dann könnten wir Wirth heute ausschließen. Er hat allen Grund dazu gegeben. (Sehr richtig!)

Wirth: Heilmann hat versucht, eine Lange für die drei Genossen zu brechen. Seine Ausführungen stellen aber im Widerspruch zu den Aussagen der drei. Soak wußte nicht, was er am 1. Mai getan hatte, während Wirth in Dresden gewesen war. Wer die drei nicht ausschließen will, der billigt indirekt ihr Verhalten. (Oho!)

Vorsitzender Roske: Die Verwerfungskommission empfiehlt eine Deklaration zu 90, wonach Genossen, die am 1. Mai beruflich tätig sein mußten, zur Ablieferung des Tagelohndienstes nicht verpflichtet gewesen sind. Ferner teilte Roske mit, der Berichtserhalter der Verwerfungskommission habe erklärt, daß die Kommission keinen Wert darauf lege, dem 4. sächsischen Kreise eine Rüge auszusprechen. Der Antrag Lipinski hat sich durch die Ablehnung der Deklaration erledigt.

Berichtserhalter Limberg berichtet über einen Fall Hannad-Stettin. Hannad hat am 1. Mai 1911 den Tagelohndienst nicht abgeliefert, da er eine dringende Gewerkschaftsarbeit gehabt habe. Das Schiedsgericht erkannte, daß die Arbeit dringlich, aber nicht unausschießbar war. Da Hannad in Zweifel über die Dringlichkeit sein konnte, erkannte es auf eine Rüge. Einen Antrag der Organisation Stettin auf Ausschluß von Hannad und Aufhebung der

Rüge empfiehlt die Kommission abzulehnen und es bei dem Urteil des Schiedsgerichts zu lassen.

Schmidt-Stettin vertritt den Antrag auf Ausschluß Hannads, der auch in diesem Jahre den Maibeitrag nicht abgeführt habe.

Der Parteitag stimmt dem Antrage der Kommission zu.

Berichtserhalter Limberg berichtet über einen Fall Tich-Zena. Der Bezirksvorstand hat auf eine Rüge und auf Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern auf zwei Jahre erkannt. Das Schiedsgericht erkennt auf einfache Rüge. Die Kommission erklärt, daß kein Grund vorliegt, das Urteil aufzuheben. Ferner bemerkt Limberg, daß 15 Genossen Protest gegen die Aufnahme Kadets in Bremen erhoben haben. Die Kommission ist der Ansicht, daß einzelne Genossen nach dem Organisationsstatut kein derartiges Beschwerderecht haben. Sie schlägt vor, die Sache dem Parteivorstand zu überweisen, da ohnehin die Frage geprüft werden muß, ob ein von einer ausländischen Organisation ausgeschlossener Genosse ohne weiteres aufgenommen werden kann und die Möglichkeit besteht, daß das Ausschlußverfahren selbst nachgeprüft wird, oder ob die Prüfung durch einen internationalen Kongreß erfolgen soll.

Vors. Roske: Im Anschluß daran habe ich folgende Erklärung Nabels zu verlesen, die hier eingegangen ist: „Aberstande auf die gegen mich wegen der Wuppinger Affäre erhobenen Angriffe auf dem Parteitag selbst antworten zu können, halte ich es doch für notwendig, nochmals mit aller Bestimmtheit auszusprechen, daß ich in den Jahren 1908-1911 in Berlin und Leipzig der Organisation angehört und alle Pflichten erfüllt. Die entgegengeleiteten Behauptungen beruhen auf einem Irrtum, den ich vor der Bremer Untersuchungskommission aufzuklären Gelegenheit haben werde. Die vom Genossen Thalheimer und mir angeforderte Broschüre über die Wuppinger Angelegenheit erschien, soweit ich dabei in Betracht komme, deshalb nicht, weil ich einmal durch die vom polnischen Parteivorstand gegen mich beschlossene Kampagne völlig in Anspruch genommen war und dann, weil die Prozedur der neuen Redaktion der „Schwabischen Tagwacht“ bewies, daß die Wuppinger Arbeiter ein im großen und ganzen radikales Blatt über bekommen. Die Broschüre hätte unter solchen Umständen nur noch die Bedeutung einer persönlichen Abwehr gehabt, die ich für meinen Teil für unnötig erachtete. Ich ersuche Sie, diese Erklärung dem Parteitag zur Kenntnis zu bringen und dem Protokoll einverleiben lassen zu wollen.“ Karl Nabel, Chemnitz, den 20. September 1912.

Pannkuch-Bremen: Nabel ist von der polnischen Partei ausgeschlossen worden. Aber wir kennen alle die Verhältnisse in der russisch-polnischen Partei, und es besteht die Möglichkeit, daß Nabel unrecht geschieden ist. Wir sind also ganz einverstanden, wenn die Sache vom Vorstand untersucht wird. Als Redner auf den Fall Nabel im einzelnen einzugehen versucht, wird er vom Vorsitzenden Roske unter Zustimmung des Parteitages daran gehindert.

Ebert (Parteivorstand): Der Vorstand kann sich nicht mit dem Antrag der Verwerfungskommission einverstanden erklären, aber wir wollen uns in keiner Weise einseitig festlegen lassen. Der Vorstand wird die Sache prüfen und tun, was zu tun ist.

Roske stellt fest, daß der Parteitag eine Nabel-Debatte nicht wünscht.

Darauf wird die Prüfung der Angelegenheit dem Vorstand überwiefen. Damit sind die Anträge der Verwerfungskommission erledigt.

Vorsitzender Roske: Bei der Wahl des Parteivorstandes

sind abgegeben 468 Stimmen, davon 14 ungültige, 454 gültige. Die absolute Mehrheit beträgt 228 Stimmen. Es haben erhalten als Vorsitzende Ebel 452 und Roske 488, als Sekretäre Braun 447, als Sekretäre Pfannkuch 440, Koffenbuhr 402, Gerich 400, Ebert 428, Müller 417 und Scheidemann 442, als Sekretärin Luise Fied 448, als Beisitzer Bengels 420, Brühl 389 und Schmidt 83. Die anderen Stimmen sind gesplittet auf Heine, Sadekum, David, Roske und Vief. Der Parteivorstand ist also in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt worden. (Protokoll)

Bei der Wahl der Kontrollkommission

sind abgegeben 464 Stimmen, davon 7 ungültige und 457 gültige. Die absolute Mehrheit beträgt 229. Es haben erhalten Baden 446, Bod 383, Hengsdach 343, Ernst 452, Stubbe 391, Brühne 327, Timm 376, Red 348, Zeilin 309, Röbe 150, Wey 129, Grünberg 127, Svering 134. Einzelne Stimmen sind gefallen auf Lebebour, Hoch, Geier, Ulrich, Vief und Simon. Auch die Kontrollkommission ist in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt worden.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Internationaler Sozialistenkongreß.

Hierzu liegt folgender Antrag Koffenbuhr vor:

Die deutschen Mitglieder des Internationalen Bureaus werden beauftragt, in der nächsten Sitzung des Bureaus für den Antrag der Niederländer zu stimmen, wonach der nächste Internationale Kongreß im Jahre 1914 in Wien stattfinden soll.

Sollte dieser Antrag im Internationalen Bureau keine Mehrheit finden und der nächste Internationale Kongreß schon für 1913 einberufen werden, dann beantragen wir, auf die Tagesordnung des Kongresses als Gegenstand zu setzen: „Der Imperialismus.“

Ferner beschließt der Parteitag:

Die deutsche Delegation darf die Zahl von 150 Delegierten nicht übersteigen. Von diesen Delegierten sind 75 von der Partei und 75 von den Gewerkschaften zu wählen.

Berichtserhalter Koffenbuhr:

Nach der Tagesordnung hätte ich das Recht, eine Stunde zu sprechen. (Große Heiterkeit.) Fürchten Sie sich nicht, daß ich davon Gebrauch machen werde. (Lachen!) Es sind jetzt 25 Jahre verfloßen, seitdem ein deutscher Parteitag, der vom Jahre 1887 in St. Gallen, die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses beantragt hat. Die Folge jener Anregung war der erste internationale Kongreß 1889 in Paris. Der nächste Kongreß soll 1913 in Wien tagen; aber die niederländischen Genossen beantragen, ihn auf 1914 zu verschieben, damit er mit dem Jubiläum der Internationale gefeiert werden kann. Ich bin für die Unterjüngung dieses Antrages. Dazu kommt, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß der Kongreß 1913 mit den Landtagswahlen in Preußen kollidieren könnte und daß dann einige Genossen an der Teilnahme verhindert werden. Ein wie wichtiges Glied die Internationale in der Bewegung des Proletariats zur Befreiung der Arbeiter aller Länder geworden ist, haben wir namentlich beobachtet können in den letzten Jahren. Wie die Waffe des englischen Proletariats zu dem mit England propagierten Tag steht, beweist, daß England zu den Ländern gehört, die am meisten mit der deutschen Arbeiterbewegung sympathisieren. Auf die Tagesordnung des Kongresses beantrage ich den Punkt „Imperialismus“ zu setzen. Was die Anträge der Niederländer betrifft, so glaube ich nicht, daß es möglich ist, einen Beschluß durchzusetzen, der eine Aenderung in dem ganzen Charakter der Parteiführer herbeiführen würde dadurch, daß diese auf den ersten

Sonntag im Mai verlegt würde. Ich möchte deshalb bitten, alle Anträge zur Waise abzugeben. Die Delegation beantragt ich auf 100 zu kontingieren. Es wird bekanntlich nach Rationen abgestimmt, und wir haben immer 20 Stimmen, ganz ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten. (Bravo!)

Von den Anträgen zu diesem Punkte werden die Anträge 87, 88 und 189, nicht aber Antrag 90 unterstützt.

Auf Antrag Simon-Rürnberg geht der Parteitag debattelos über alle Anträge zur Tagesordnung über. Die Anträge Kollenbühne werden in allen Teilen angenommen.

Vorsitzender Haase teilt mit, daß die Anträge, die sich auf „Religion und Kirche“ bezogen, zurückgezogen wären, weil die Antragsteller darin, daß die Anträge auf die Tagesordnung gekommen sind und die Genossen sich mit ihnen beschäftigt haben, bereits eine gewisse Klärung erbliden. Im übrigen wird sich ja, wie die Antragsteller hoffen, die Parteipresse nach Annahme der Anträge mit der Angelegenheit weiter beschäftigen.

Antrag 120 über die gelben Gewerkschaften ist mit der Motivierung zurückgezogen worden, daß eine Aussprache mit den Mitgliedern des Parteivorstandes und der Generalkommission ergehen habe, daß der Nürnberger Parteitagbeschluss über die gelben Gewerkschaften und der § 23 des Organisationsstatuts gegen die Vertreter der Arbeiterklasse ausreichte.

Von weiteren Anträgen werden die auf die Arbeiterkamariter, auf die Einsetzung einer Studienkommission für die Agrarfrage und auf eine stärkere genossenschaftliche Betätigung der Parteigenossen genügend unterstützt und auf Antrag Lipinski-Leipzig dem Parteivorstand als Material zur Prüfung überwiesen.

Vorsitzender Haase teilt mit, daß nach den bereits vorliegenden Einladungen für den nächsten Parteitag auch eine von Jena gekommen sei. (Bravo!) Es liegt aber ein Antrag*) vor, die Bestimmung des Tagungsortes des nächsten Parteitages generell dem Parteivorstand zu übertragen. Gegen diesen Antrag spricht Lipinski-Leipzig. Er meint, daß eine solche Bestimmung des Tagungsortes durch den Parteivorstand nur dann nötig sei, wenn keine Parteipartei mit entsprechenden Lokalitäten in Betracht kommen können.

Lebour tritt für den Antrag ein; denn der Parteivorstand ist in der Lage, die Eignung einer Stadt und des betreffenden Lokals für den Parteitag zu prüfen, während nach dem gegenwärtigen Modus gewöhnlich die begeisterte Rede eines Lokalpatrioten die Entscheidung herbeiführt. In dieser Beziehung haben wir alle ein großes Vertrauen zum Parteivorstand als zu uns selbst. (Stürmisches Hört! hört! und schallende Heiterkeit.) Lebour führt weiter aus, daß der Parteivorstand, was Lipinski gewünscht, für das nächste Jahr Leipzig wegen des Jubiläums der Partei in Aussicht nehme.

Der Antrag, die Bestimmung dem Parteivorstand zu überlassen, wird angenommen.

Vorsitzender Haase teilt noch weiter mit, daß die Kontrollkommission den Genossen August Baden wieder zu ihrem Vorsitzenden und den Bildungsausschuss in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung wiedergewählt habe.

Die Anträge, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Steuerfrage und die Agrarfrage zu setzen, werden ebenfalls dem Parteivorstand zur Prüfung überwiesen.

Vorsitzender Haase:

Parteigenossinnen und Genossen! Wir sind am Schluß unserer Beratungen! Ich glaube Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich mich auf wenige Bemerkungen beschränke. Ich danke zunächst den Chemnitzer Genossen für ihre mühevollen Tätigkeit bei der Vorbereitung des Kongresses. Wir wissen, daß es nicht ihre Schuld ist, wenn wir in einem nicht sehr bequemen Lokal haben tagen müssen. Die Chemnitzer Genossen haben den Delegierten nach ihrer Arbeit durch ein Konzert und den Aufenthalt in der Natur Erholung gewähren wollen. Wenn wir auch den Ausflug schließlich nicht unternehmen haben, so haben uns die Chemnitzer Genossen auch dabei unterstützt, Abstand von dieser Veranstaltung zu nehmen in der Erkenntnis, daß die Förderung unserer Arbeiten allen anderen vorangeht. Ich spreche den Dank aus den Mitgliedern der Kommission für die geleistete schwere Arbeit. Ich glaube ohne jede Heberhebung auch hervorheben zu können, daß das Plenum des Parteitages sich selbst das Zeugnis ausstellen kann, daß es eine fruchtbarere Tätigkeit im Interesse der Partei ausgeübt hat. Die innere Zugehörigkeit der Parteigenossen hat ihren permanenten äußeren Ausdruck schon in der Art gefunden, wie die Debatten geführt wurden. Sie zeichnen sich aus durch Sachlichkeit und einen brüderlichen Geist auch da, wo Meinungsverschiedenheiten bestanden. Der Parteitag hat durch seine Beschlüsse über das Organisationsstatut eine noch engere Fühlung zwischen den Bezirken und der Parteileitung hergestellt. Er hat damit die Organisation gefestigt und die Einheitslichkeit unserer Partei gefördert. Der Parteitag hat bei allen seinen Beratungen selbst das Bild einer Geschlossenheit gezeigt, vor der alle Habelien über Spaltungen verstummen müssen. Arbeiten wir in diesem Sinne weiter und bekräftigen wir unsere Auffassung, indem wir in den Ruf einstimmen: Es lebe die deutsche, es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Der Parteitag hat sich erhoben, die Delegierten Stimmen begehrt in das dreifache Hoch ein und jingen die erste Strophe der Arbeitermarschlied.

Vorsitzender Haase: Der Parteitag ist geschlossen. Schluß 1 1/2 Uhr.

Französischer Gewerkschaftskongreß.

Dritter Tag.

Avre, 18. September. (Fig. Ber.)

Die Diskussion über das Pariser Solts Haus wird fortgesetzt. Hierbei akzentuiert sich die Vermittlung zwischen dem Gewerkschaftsverband der Seine und den nationalen Verbänden. Boirin und Péricat verlangen Bürgschaften dagegen, daß der Seine-Verband die reformistischen Berufsverbände im Haus unterzubringen verweigert. Schließlich wird eine Resolution, die die Fortsetzung der Verhandlungen der C. G. T. und des Seine-Verbandes anordnet, mit 631 gegen 188 Stimmen bei 180 Enthaltungen angenommen.

Die Gewerkschaften und die Partei.

Hierauf wird die Verhandlung über die Renard'sche Resolution aufgenommen. Sie füllt den Rest der Vormittags- und die ganze Nachmittags- und die gesamte Abendtagung aus. Dumoulin (rebol. Vergarbeiter) sagt: Renard beruft sich auf die Urteile ausländischer Organisationen, aber mit diesen haben wir nichts zu schaffen. Die Ausländer sollen unsere Autonomie respektieren; wir wollen auch nicht etwa die deutschen Organisationen kritisieren, um Argumente für uns zu finden. Renard wiederholt die alten Manöver der guesdistischen Sekte. Andere wiederum wollen uns schulmeisterlich belehren, daß das Mißtrauen heute nicht mehr gerechtfertigt sei. Aber das Auftreten Renards beweist das Gegenteil. In der Theorie ist man gegen die Unterordnung der Gewerkschaften, in der Praxis aber kommt man notwendig dahin, wie die Streiks der Bergleute, der Eisenbahner und Seefleute beweisen. Man (d. h. Hervé

Num. d. Ber.) hat die Wasserleitung der „Abklärung der Gefährlichkeiten“ geöffnet. Ich hoffe niemand. Aber ich stelle fest, daß die Idee der Beherrschung der Gewerkschaften in der Partei fort dauert. Wir sind nicht weniger Sozialisten, als die in der Partei und im Parlament. Die C. G. T. ist der echte Erbe der sozialistischen Idee und Tradition. Wir wollen keine heimlichen Neigungen mit der Partei, nicht das gelegentliche, durch Situationen geschaffene Kooperations ausschließen, aber wir wollen unsere Autonomie nicht antasten lassen. (Beifall.)

Klein (St. Claude): Das Problem des Verhältnisses von Politik und Gewerkschaft ist lebendiger als je. Die Partei besteht in ihrer Mehrheit aus organisierten Arbeitern, nicht, wie man es darzustellen liebt, aus Abolaten, Unternehmern usw. Behandeln wir die Frage also mit einiger Vorsicht. Niemand hat die Partei ihre Hand auf die C. G. T. legen wollen, ihre Beschlüsse schließen das ausdrücklich aus. Wenn es in der Partei Leute gibt, die die Resolutionen von Limoges und Nancy übertraten, so gibt es auch in der C. G. T. solche, die es mit denen von Amiens ebenso machen. Dumoulin's anarchisierende Vorstellungen sind veraltet. Die neue Methode der Konföderation arbeitet auf die Organisation aller Kräfte der Proletariats hin. Wenn sich die C. G. T., die an der Seite der Arbeiterbewegung einhergeht, von der Partei beunruhigt fühlt, so vielleicht darum, weil sie nicht zu rasch vorwärts geht. Die C. G. T. hat nicht mehr die stolze Haltung von Amiens. Das tut gerade uns Sozialisten leid. Die Krise kommt daher, daß wir alle Fehler machen. Die Intelligenzen fehlen uns und der Glaube, das geben alle zu. Und Sie wollen durch Erweckung des Mißtrauens noch mehr Kräfte abbrechen? Berechnen wir uns nicht in eine haltlose Ideologie! Jede Bewegung hat ihre Fehler, die politische Partei wie die C. G. T. Nur allzuoft wird in dieser der materialistische, korporative Geist als Bleiwertel. Wir haben in der C. G. T. eine politische Arbeit zu leisten, nämlich die Erziehung zur großen Idee. Wir würden die Rolle der Gewerkschaften verkleinern, wenn wir sie auf die Aktion für Verbesserungen im Rahmen des geltenden Gesetzes beschränken wollten. Renards Ausführungen sind keine genaue Wiedergabe der Anschauungen, die in der Partei über diesen Punkt herrschen. Sie sind veraltet, sie halten das Mißtrauen wach. Beachten wir der französischen Gewerkschaftsbewegung ihre Originalität. Es ist richtig, daß die C. G. T. Politik betreibt, weil sie ein Massenziel verfolgt. Die möglichst große Organisationsarbeit ist unsere Aufgabe. Wir wollen hinter dem Sozialismus nicht zurückbleiben — marschieren wir vorwärts, marschieren wir an der Spitze! (Lebhafter Beifall.)

Dumoulin (Vorderau): Marx ist nicht mit der Internationalen identisch, wir haben die Tradition Bakunins übernommen. Der Staat ist seinem Wesen nach ein Schützer des Kapitals und wenn die politische Partei die Macht in ihm erlangt, bleibt die Knutschhaft doch erhalten.

Nachmittags-Session.

Brouhaug: Auch die Sozialisten müssen, wenn sie die soziale Revolution durchführen wollen, in einen Kampf gegen den Staat auftreten, und sie würden noch weniger ausrichten, weil sie weniger zahlreich sind und unter ihnen viele Salonsozialisten sind. Der deutsche Bergarbeiterstreik ist mißglückt, weil die Gewerkschaften in Deutschland politisch sind. Die C. G. T. setzt die Tradition der Jura-Föderation fort. Man beruft sich, um die Politik zu verteidigen, auf den gesellschaftlichen Arbeiterkampf, den es durchzuführen gelte. Die Gewerkschaften sollen aber mit diesem, der nur zur Einschläferung der Arbeiter da ist, nichts zu tun haben und die Expropriation durch die Vereinigung der syndikalistischen und genossenschaftlichen Aktion durchsetzen.

Cleu: Trotz der Verschiedenheit der Tendenzen praktizieren wir die gewerkschaftliche Aktion in gleicher Weise. Die Revolutionäre sitzen in den Gewerbegerichten neben den Unternehmern. Sie fordern die gesellschaftliche Abschaffung der Nachtarbeit der Bäcker. Auch in der Frage der Altersversicherung konnten sie den Staat nicht ignorieren. Solange sie nicht die Theorien Brouhaug annehmen, können sie nicht Antiparlamentarier sein. Die Resolution von Amiens genügt uns.

Merheim: Der Reformismus ist das Produkt der Ära Millierand. Aber die Reformen haben Sie nur durch den revolutionären Enthusiasmus erlangt. Die Hilfskassen haben im Ausland nicht die Niederlage vieler Streiks verhindert. Die Rückständigkeit der französischen Industrie hängt mit dem späten Einsetzen der revolutionären Aktion zusammen. Bei den Comptore-Morel sind oft Wahlinteressen ausschlaggebend. Wir wollen keinen Staatssozialismus, sondern die Abschaffung oder fundamentale Umwandlung des Unternehmertums durch die autonome gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse. Die Stagnation der C. G. T. hängt mit der der Industrie zusammen und diese wieder damit, daß die Industriellen auf Staatsaufträge warten.

Gaston Lévy (angestellter Propagandist der geeinigten Partei, Vertreter der Handelsangestellten) erklärt, durchaus nicht mit Renard übereinzustimmen: Identifizieren Sie uns nicht mit einzelnen Genossen! Für uns ist die gewerkschaftliche Aktion nicht sekundär, sie hat für uns einen revolutionären Wert. Wir wollen die Charta von Amiens unverändert erhalten. (Starker Beifall.)

Renard: Ich gebe zu, daß die Gewerkschaften einmal, bei der Umwandlung der Gesellschaft, einen revolutionären Wert neben der Partei darstellen können, aber man macht nicht alle Tage Revolution. Ich will keine Unterordnung, sondern nur eine Untersuchung, ob nicht ein intermittierendes Zusammenarbeiten beider Organisationsformen möglich sei. Bei der Friedensdemonstrationen im Aero-Parc hat man es praktiziert und niemand hat etwas daran ausgeführt. Wenn wir die Gesellschaft neu ordnen wollen, müssen wir die Maschinenriebe des Staates benötigen — unsere Organisationen reichen nicht aus. Hätten wir mehr gewerkschaftlich organisierte in der Partei, könnten uns die „Abolaten“ nicht schaden und wir wären bald die stärkste Partei des Landes, die Frankreich auf die Bahn des Fortschritts und der sozialen Verbesserungen führen würde. — Gegen Lévy bemerkt der Redner: Es sind die Freunde Jaurès, die alten Reformisten, die sich hier als Revolutionäre aufspielen. Guesde hat von jeher die Beherrschung der Gewerkschaften durch die Partei zurückgewiesen.

Ruguet und Lévy suchen im Namen der reformistischen Sozialisten Renard zu erwidern, werden indes von der Versammlung daran gehindert.

Griffuelhes: Renards Intervention entspricht einer Periode, die wir längst überholt haben. Aber sie hat wenigstens den Vorzug der Offenheit, andere verbergen die gleichen Bestrebungen. Deshalb war unser Manifest notwendig. Es gibt eine Taktik, die der Partei die Möglichkeit schafft, sich der Gewerkschaften zu bemächtigen. Der Eisenbahnerstreik hat das gezeigt. Wenn die Sozialisten auf ihrem Terrain bleiben, wird es weniger Neigungen geben. In der Theorie sind sie unsere Freunde, in der Praxis unsere Gegner. Die Gewerkschaften sind der Vormundschaft der Partei entwichen. Man weiß der C. G. T. die Illegalität ihrer Aktion vor, aber das ist in der Tat ihr Lebensprinzip. Sie ist die Illegalität in Permanenz. Sie halten uns den Rückgang gewisser Föderationen vor, aber dieser ist oft nützlich, weil eine Periode der Stagnation die Energien aufspeichert. Wenn die Sozialisten uns ihre Liebe antragen, mißtraue ich ihnen, denn diese Liebe kann nur interessiert sein. Es ist richtig, daß wir in der Internationalen isoliert sind. Das kommt daher, daß wir ihr voraus sind. Wir haben die politischen Freiheiten nicht erst zu erobern, das allgemeine Wahlrecht nicht zu erkitieren — wir fangen an, von ihm angefaßt zu werden! — Gegen Renards Aufforderung zur Courtoisie gegen die ausländischen Kameraden bemerkt Griffuelhes, daß auch die Ausländer nicht immer höflich sind und erzählt ausführlich die Geschichte von einem Brief, den er 1902 wegen einiger Artikel im Handshumacherorgan an Legion gerichtet hat. — Der Rede folgt starker Beifall.

Fiancette (vom Kürschnerverband, Parteimitglied): Griffuelhes leidet an einem krankhaften Krampf. Die Partei hat kein Interesse daran, sich der Gewerkschaften zu bemächtigen.

Durch Hineintragen der Politik würde sie die Gewerkschaften schwächen. Weder das Renard'sche legalistische noch das revolutionäre Treiben ist überall anwendbar. Auch wir Reformisten schließen kein Mittel aus. Den Syndikalismus zu analysieren, können Sie einem Sozialisten ebensowenig verbieten wie dem christlichsozialen Herrn de Mun. Das ist noch keine Einmischung. Der Syndikalismus muß einiger als je und frei von jeder äußeren Einwirkung von diesem Kongreß weggehen.

Nach einem Schlußwort Jonhaug, das noch einmal die Intervention Comptore-Morel's behandelt und sagt, daß das Manifest veröffentlicht wurde, um die C. G. T. von den Intrigen zu retten, wird eine Resolution angenommen, die die Erklärung von Amiens in Erinnerung ruft und von neuem bestätigt. In den einleitenden Sätzen heißt es: „Der Syndikalismus, als die Offenbewegung der Arbeiterklasse, betont durch die einzig autorisierte Stimme seiner Repräsentanten seinen Entschluß, seine Unabhängigkeit und Autonomie zu bewahren. Der Kongreß erklärt, nach wie vor sich Probleme fernzuhalten, die der proletarischen Aktion fremd sind, die seine teuer erworbene Einheit schwächen und das Ideal verringern könnten, dem das in den Gewerkschaften, Arbeitsbüros und Fachverbänden organisierte, in der C. G. T. repräsentierte Proletariat nachstrebt.“

Die Abstimmung erfolgt nach Mandaten. Sie ergibt 1057 pro, 35 kontra, 11 Enthaltungen.

Aus aller Welt.

In sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.

Wenig getreu diesem menschlich schönen Spruch der Bibel scheint der katholische Pfarrer Dr. Stich zu sein. Sorige Woche verunglückte auf dem Bahnhof zu Markt-Redwitz der Rangiergehilfe Indra tödlich. Bei der Beerdigung des in seinem Verufe gefallenen, allseitig beliebten Mannes spielte sich nach den Berichten bürgerlicher Blätter eine häßliche Szene ab. So schreibt das „Selber Tageblatt“:

„... Eine zahlreiche Trauerversammlung gab dem auf so traurige Weise und Leben gekommenen das letzte Geleit. Herr Pfarrer Dr. Stich leitete die Grabrede mit folgenden Worten ein: „Wir sind nicht hier am Grabe, um zu rüthen, das überlassen wir einem Höheren. Der Verstorbene hat vor 8 Jahren eine Protestantin geheiratet, er hat seine Kinder protestantisch taufen lassen, und das wird ihm unsere heilige Kirche nicht verzeihen, wir sollten ihm eigentlich das Gebet verweigern. Er war ein schlechter Katholik.“ — Weiter kam der Pfarrer vorerst nicht, denn Protestanten wie Katholiken waren über diese Beleidigung am Grabe, wo Trost spendet werden soll, empört und machten durch lautes Schimpfen ihrem Aerger Luft. Die Mutter des Verunglückten wollte sich auf den Geistlichen stützen und mußte zurückgehalten werden. Zum mindesten dreiviertel der Anwesenden verließen den Friedhof...“

Was in mühevoller Agitation oftmals unsere Genossen nicht schaffen, die Unuldjamkeit fanatischer Glaubens-eiferer erreicht es: sie lehren die Leute nachdenken, ob denn wirklich das Handeln der frommen Hirten übereinstimmt mit den Lehren des großen Nazareners. Und nicht erschütterte die Macht des Pfaffenstums stärker als selbständiges Denken.

Briefkasten der Redaktion.

J. D. S. 1. 384 v. Chr. geb. Der Ausdruck lautet: Wenn jedes Werktag auf Gehet, oder auch voraussehend, daß ihm zukommende Werk verrichten könnte, wie des Dädalos Kunstwerke sich von selbst bewegten, oder die Dreiflügel des Hephaistos aus eigenem Antrieb an die heilige Arbeit gingen, wenn die Beherztheit von selbst wachet, so bedürfte es weder für den Werkmeister der Gehilfen, noch für die Herren der Sklaven. 2. A. — P. W. 12. Geld gibt es dafür nicht — Joll. Am Postamt nicht spezialisiert; Kunst ist Ihnen die Goldgrube. — S. 2. 135. Darum haben wir uns selbst noch nicht gelümmert, denn für uns ist Religion Pflicht. — H. G. 27. Siehe Bericht über den diesjährigen Parteitag. — Joffen. Fragen Sie beim Anatomischen Institut, Außenstr. 66 an. — H. D. Davon müssen Sie sich schon selbst überzeugen. — Helmut 76. Weil die damalige Reichstagsmehrheit die Einführung einer Ausgabepremie beschloß. — G. S. 118. Eine „unrühliche“ Wolffereignislosigkeit kennen wir nicht. — H. D. 54. Kein. — Th. P. In Frage 2. die Zentrale für Jugendberuf, Wallstr. 80 II. — P. R. 109. Bis zu 60 Meter.

Zeitungs- und Anzeigenbestellen

- Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Reichsbadstr. 14, Dachpart. 8. und SW.: Hermann Werner, Osnellenaufstr. 12.
3. Wahlkreis: St. Frig. Ringstr. 21, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Oken: Robert Bengels, Hr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hagedorn, Petersburgerstr. 4 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Just, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.
Wedding: J. Hühlich, Nagelstr. 49.
Rosenthaler- und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunn: H. Fischer, Volkmarstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Breitenhagenstr. 27.
Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienice: Wilhelm Dörre, Adenierstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Parientalstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Grose, Mühlentk. 5, Laden.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lau, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seidenmeisterstraße 1.
Friedersdorf-Petershagen: E. Heibel, Friedersdorf.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernier, Wankt. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Bertram, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friederichstr. 10.
Johannisthal: Bielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Käter, Köpelerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Wähler, Kieperstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seiler, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Nahdorf, Kaulsdorf: P. Heberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 206, Hof.
Nieder-Schönweide: Wilhelm Uruh, Bräudenstr. 10.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friederichstr. 7.
Ober-Schönweide: Alfred Bader, Wilhelmminnenstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Richardmann, Mühlentk. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gurl, Provinzstr. 66, Laden.
Rixdorf: M. Heinrich, Redakteur, 2, im Laden; A. Hof, Steglitzstraße 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Ill.-Boxhagen 66.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitenstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck, Borsigwalde, Mühlentk. 10.
Teltow: Wilhelm Bonom, Teltow, Berliner Str. 14.
Tempelhof: Joh. Krohn, Berufstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Reichsbadstr. 412, Laden.
Weißensee: R. Hubermann, Sebanstr. 105, parterre.
Wilmsdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstr. 27.
Mariensfelde: Emil Weiser, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Ley, Wolterstraße.
Eichwalde: Oskar Heide, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Heilmann, Reichsbadstr. 412, parterre.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Düllig, Zeuthen, Dorfstr. 15.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Strahlendorff's Handelsakademie

Größtes und vornehmstes Institut Berlins. Gegr. 1830. Besatzungstraße 10 und 11, nahe Spittelmarkt, I., II., III. Etage.

Am 3. Oktober

beginnen Halbjahres- und Jahreskurse, verbunden mit praktischem Übungsunterricht zur Ausbildung als Buchhalterin. Geschäftsbuchführung, Buchhaltung, Korrespondenz, Rechnungswesen, Buchführung, 30 Stunden. Besondere Kurse für Damen, die eine höhere Lehrerschule besucht haben, zur Ausbildung als Geschäftsbuchhalterin und Korrespondentin für fremde Sprachen. Wöchentlich 30 Stunden. Besondere Kurse für Damen, die eine höhere Lehrerschule besucht haben, zur Ausbildung als Buchhalterin. Höhere Halbjahreskurse für Damen, die im Besonderen des Einjährigen beigewohnt haben.

Ausführliche Lehrpläne

mit Angabe der Unterrichtshonoreare, Dauer und Lehrfächer der verschiedenen Kurse kostenlos.

Sie kaufen vorteilhaft

MOBEL auch auf KREDIT MISCH

Im Spezial-Geschäft von WILHELM

Große Frankfurter Straße 45-46 I.

(Bitte genau auf Hausnummer achten!)

Brauerei
Frankfurter Allee



fabrikant
Kauflieferant

Möbel kauft man reell u. am besten beim Tischlermeister. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten. Gustav Rentel, Tischlermeister, Landsberger Str. 6, am Landsberger Tor

Persil

tur
Kinderwäsche

(Wichtig lesen!)

Das selbsttätige
Waschmittel.

Unentbehrlich für jeden kinderreicheren Haushalt. Vereinfacht und erleichtert das tägliche Waschen der Söuglingswäsche, macht sie

geruchfrei

und schneeweiß, selbst wenn vorher stark vergilbt. Bestes Desinfektionsmittel bei Krankheiten.

Erprobt u. gelobt!

Nur in Originalpaketen, niemals lose.
HENKEL & CO., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich Soda

Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalzer Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Keine Filialen
in
Berlin

Der große Glogall.

Wenn Sie
dieses
Inserat mit-
bringen, gewähre bis
1. Oktober auf Möbel und
Wohnungs-Einrichtungen

10

Proz. Ermässigung

	Anzahlung	3		Anzahlung	10
	1 Bettstelle 1 Matratze 1 Kleiderschrank 1 Tisch 3 Stühle 1 Küchenschrank 1 Küchentisch 1 Küchenstuhl	Mark auf ein Kleiderschrank.		Wochenrate . M. 1.50	Mark

	Anzahlung	3		Anzahlung	15
	1 Bettstelle 1 Matratze 1 Kleiderschrank 4 Stühle 1 Tisch 1 Spiegel 1 Konsole 1 Kleiderschrank 1 Küchentisch 2 Küchenstühle 1 Rahmen	Mark auf ein Verloko		Wochenrate . M. 2.00	Mark

	Anzahlung	3		Anzahlung	20
	1 Kleiderschrank 1 Verloko 2 Bettstellen 2 Matratzen 1 Tisch 4 Stühle 1 Spiegel 1 Konsoltisch 1 Küchenschrank 1 Tisch 2 Stühle 1 Rahmen Handtuchhalter Kohlenkasten	Mark auf eine Bettstelle		Wochenrate . M. 2.50	Mark

	Anzahlung	3		Anzahlung	30
	1 Sofa 1 Sofatisch 1 Trumeau 4 Stühle 1 Verloko 1 Kleiderschrank 2 Bettstellen 2 Matratzen 1 Waschtisch 1 komplette Küche In allen Farben	Mark auf ein Trumeau und Sofatisch		Wochenrate . M. 3.00	Mark

	Anzahlung	3		Anzahlung	45
	1 Sofa, 2 Sessel 1 Sofatisch 1 Trumeau 4 Stühle, 2 Sofen 1 Teppich 2 Fensterverlörer 1 Verloko 2 Bettstellen 2 Matratzen 1 Waschtisch 1 Nachttisch 1 Schrankspiegel 1 komplette farbige Küche	Mark auf ein Küchenschränk		Wochenrate . M. 4.00	Mark

10

Prozent Ermässigung
gewähre bis 1. Oktober
auf Möbel und Wohn-
ungs-Einrichtung
wenn Sie dieses
Inserat mit-
bringen

B. Jacobstr. 79. Ecke Dresdener- Str.

Keine
Filialen
am Platze

Victoria-Fortbildungs- und Fachschule

(a. Hochbahn) BERLIN W., Kurfürstenstraße 160. (Tel. Lützow 9706) Bülowstraße

I. Seminare a) Seminar für Handelslehrerinnen, b) Seminar für Gewerbeschullehrerinnen (Wäscheanfertigung, Schneidern, Putz). II. Fach- und Fortbildungskurse (Tages- und Abendkurse). Geschlossener Haushaltungskursus. Vorbereitung für die technischen und Volksschul-Seminare. Geschlossener Handelskursus. Verkäuferinnen-Kursus. Berufskurse für Schneiderin, Waschkonfekt, Linnenputz. Sprechstunde täglich 11-12 Uhr. — Ausführliche Prospekte in der Anstalt. Der Vorstand.

METZNER



Gegr. 1873

Gegr. 1873

Kinderwagen - Welthaus

Metall-Bettstellen, Garten-, Balkon- u. Kindermöbel

Größte Auswahl

Berlin O, Andreasstr. 23 (Andreasplatz)

Brunnenstr. 95 | Leipziger Str. 54
Beusselstr. 67 | Neukölln, Bergstr. 133

Pleureusen



in allen Farben, direkt aus der Fabrik.
Nr. 500, 45 cm lang M. 7.50
Nr. 503, ca. 55 cm lang 12.50
Spez.-Nr. 504, ca. 60 cm lg, 2x gekn. . 20.—
Spez.-Nr. 505, ca. 65 cm lg, 2x gekn. . 28.—
Nr. 1000, 1.10 m lg. Pleur., 1/2 m br., jetzt 55.—

Straußfedern

Nr. 403, 45 cm lang . . . M. 3.—
Nr. 404, 50 cm lang . . . 4.—
Nr. 405, 55 cm lang . . . 6.—

Bons, Stolas, Reiher in allen Preislagen. Umarbeitung alter Federn zu schönen Pleureusen von 3 M. an, sowie Reinigen, Krausen u. Färben.

Max Seiditz, Straußfedernfabrik, Berlin C, Kleine Frankfurter Str. 25, 1, Ecke Kaiserstraße. Amt KgSt. 2056. Vorzeiger dieses 5 Prozent.

Reste Konfektion

Damentuche schwarz und farbig . . . per Meter von 3 M. an
Kostümtstoffe neuest. engl. Seal, Muster . . . per Meter von 2 M. an
Seidenplüsch Vel. du Nord 80 cm breit . . . per Meter 4 M.
Engl. Seal 120 cm breit per Meter 12 M.
Astrachan 120 bis 130 Zentimeter breit per Meter 5 M.

Paletots i. d. neuest. Fassons, in Flauschstoffen etc. von 14 M. an
Paletots in engl. Seal, Nord und Velvet . . . von 35 M. an
Kostüme in reicher Auswahl in engl. Stoffen und Kammgarn . . . von 25 M. an
Kostüm - Röcke in grosser Auswahl von 4.50 an

C. PELZ Kottbuser Strasse 5.



Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik Herren-Anzug-Stoffe

Paletot, Hose, Joppen, Westenstoffe und Damentuche wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. — Steht letzte Neuheiten nur bester, tragfähigster Qualitäten in grösster Auswahl

Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 67

Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an Jedermann franco ohne Kaufzwang.

Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58

unweit der Kaiserstraße.

Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft. Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags geöffnet.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE Diese Woche ALEXANDERPLATZ soweit Vorrat FRANKFURTER ALLEE

Besonders preiswerte Wäsche u. Wäschestoffe

Handtücher

Gerstenkorn Dutzend	320
Drell grau, 40/100 Dutzend	450
Gerstenkorn	ges. u. gebänd., 48/110	575
Drell	grau, gesäumt u. gebänd., 48/110	625
Jacquard	ges. u. geb., Dutzend	490
Drell	ges. u. geb., 48/110, Dutzend	550
Jacquard	Rein Leinen, 48/110	650
Gerstenkorn	mit Bordüre, 50/115	850
Drell	Rein Leinen, ges. u. geb., 50/120	1050
Wischtücher	56/56 Dtz. 2.45, 57/57 Dtz. 3.75, 60/60 Dtz. 4.40	

Damen-Wäsche

Damenhemd. u. Beinkleider	1 ³⁵	1 ⁸⁵
aus feinem Renforcé mit Stickerei-Ein- und Ansatz ...		
Damenhemd. u. Beinkleider	2 ²⁵	2 ⁹⁵
aus feinem Renforcé mit Stickerei u. Seidenband garniert		
Damenhemden	1 ⁴⁵	1 ⁸⁵
aus kräftigem Renforcé mit handgestickter Madeira-Passe		
Stickerei-Röcke	4 ⁷⁵	
mit breiter Stickerei garniert, modern enge Faltenform		
Garnitur. Hemd u. Beinkleid	4 ⁹⁰	
sehr reich m. Stickerei u. Seidenband garniert zusammen		
Nachthemden	2 ⁶⁵	4 ²⁵
aus prima Renforcé, halstrei, mit Stickerei garniert		

Wäschestoffe

Els. Hemdentuch	80 cm	35, 45, 55 Pf.
Els. Renforcé	80 cm	40, 50, 60 Pf.
Makotuch	ca. 80 cm	55, 65, 75 Pf.
Louisianatuch	ca. 80 cm	35, 42, 52 Pf.
	ca. 130 cm	65, 75, 95 Pf.
Gestr. Bettsatin	ca. 80 cm	52, 64 Pf.
	ca. 130 cm	85 Pf., 1.00
Bettdamast	ca. 80 cm	55, 75 Pf., 1.00
	ca. 130 cm	90 Pf., 1.10, 1.45
Bettinlett	echt Türk. rot, ca. 80 cm	90 Pf., 1.00, 1.30, 130 cm 1.45, 1.65.
Köper-Barchent	80 cm	42, 50, 60 Pf.
Pique-Barchent	80 cm	45, 60, 70 Pf.
Dawlas	150 cm	1.00, 1.15
	160 cm	1.15, 1.25

Ab Montag, den 23. September:

Grosser Verkauf

vor Eröffnung unseres

Neubaues Leipziger Strasse - enorm billige Preise

VERA 3 Stk JOSETTI Cigarette

Geöffnet 8-8

Gegründet 1879

Sonntags 8-10

Moebel-Boebel

Berlin S, Oranienstrasse 58 (Moritzplatz) Kein Laden! Verkauf nur im Fabrikgebäude
Spezialität: Ein- u. Zwei-Zimmer-Einrichtungen



Wohnzimmer, echt nussbaum furniert M. 273.-
1 Kleiderregal M. 28.- | 1 Truhen mit Stoff M. 36.- | 1 Vertikow M. 62.-
1 Stuhl a 2 M. M. 24.- | 1 Auszugflisch M. 30.- | 1 Sofa M. 65.-
Eigene Werkstätten 5 Jahre Garantie

Schlafzimmer, echt Eiche, gewachst M. 318.-
1 Ankleideschrank m. Spiegel M. 105.- | 1 Waschtische mit Marmor M. 36.- | 2 Nachttische mit Marmor M. 38.-
2 Bettstellen à 51 M. 102.- | 1 Kachelplagel M. 25.- | 2 Stühle à 6 M. 12.-
Besichtigung erbeten Musterbuch gratis

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt.
Kauf von Kavaliere getrag. Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjackets, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große Posten Pelzstolas, früher bis 100 M., jetzt 15-40 M. - Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig. Berlin, Moritzplatz 58a.

„Milka“ Edel-Margarine erobert jedes Frauenherz!

Montag, den 23. September, Frauen-Leseabend in Groß-Berlin.

Ein Gedenktag.

Vor 6 Jahren, in der Nacht vom 22. zum 23. September 1906, wurde der Bezirksführer Genosse Adolf Herrmann durch den Gendarmen Jude erschossen. Und noch ist die Tat ungeklärt. In der Nacht vom 22. zum 23. September 1906 befand sich Herrmann mit mehreren Genossen auf dem Heimweg von dem Jahlabend des sozialdemokratischen Wahlvereins in Stolpe nach seiner in Hohen-Neuendorf belegenen Wohnung.

leitet, weil dieser in öffentlicher Versammlung behauptet habe, Herrmann sei ermordet. Der Angeklündigte erklärte bei seiner verantwortlichen Vernehmung, was er gesagt habe, sei er bereit, zu betweien. Darauf wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt. Die Militärbehörden setzten die beiden Gendarmen außer Verfolgung. Das Reichsmilitärgericht entschied jedoch am 19. Juni 1908 auf eine Beschwerde der Witwe Herrmann, daß das Strafverfahren gegen den Gendarmeriewachmeister Jude einzuleiten sei, weil derselbe hinreichend verdächtig erscheint, während des Dienstes den Zimmerer Adolf Herrmann vorsätzlich und unter rechtswidrigem Gebrauch seiner Schußwaffe körperlich verletzt und dadurch den Tod desselben verurteilt zu haben.

Zwischendurch liefen Schadenersatzprozesse, die die Witwe Herrmann gegen die Gendarmen Lieh und Jude anstregte. Die Klage gegen Lieh wurde abgewiesen, weil Lieh den Revolver nicht abgegeben hatte. Die Klage gegen den Gendarm Jude wurde im April 1910 vom Landgericht zugunsten der Witwe dahin entschieden, daß der Schadenersatzanspruch dem Grunde nach gerechtfertigt ist. Darauf suchte die Regierung der Justiz in den Arm zu fallen. Sie erhob Kompetenzkonflikt.

Am 26. September 1909 wurde auf dem Kirchhof der Gemeinde Hohen-Neuendorf ein Denkmal für Adolf Herrmann enthüllt, das — ein wichtiger Naturblock aus rotem Granit — die Inschrift trägt:

„In diesem untergeklärten Bezirk führte Adolf Herrmann, erschossen auf dem Heimwege vom Jahlabend in der Nacht zum 23. September 1906 durch den Gendarmen Jude.“

Gegen 10 000 Männer und Frauen nahmen an der Denkmalsenthüllung teil. Sie defilierten an dem Grabhügel in ernstem, teilnahmsvollem Schweigen vorbei und gaben einen erhebenden Beweis dafür, daß die Arbeiter ihre Mitkämpfer nicht vergessen. So stand das Denkmal eiliche Wochen. Anfangs November aber wurde die Inschrift durch einen Holzkasten umhüllt.

Der Gemeindevorsteher von Hohen-Neuendorf hatte nämlich die Witwe Herrmann aufgefordert, die Inschrift entfernen zu lassen, weil sie Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung enthalte! Die schwergeprüfte Witwe lehnte die Erfüllung der Aufforderung ab. Darauf ließ der Gemeindevorsteher die Inschrift umhüllen. Eine Klage auf Beseitigung dieses Zeichens der Furcht vor der Wahrheit ist abgewiesen, weil der Rechtsweg nicht zulässig sei. Auch bei den Verwaltungsbehörden angestregte Klagen hatten keinen Erfolg. Die Behörden nahmen an, allein die Gemeindebehörde von Hohen-Neuendorf sei berechtigt, über Belassen des Denksteins und Gestaltung seiner Inschrift zu befinden. Der Denkstein wurde entfernt und erst vor wenigen Wochen seine Wiederaufstellung durchgeführt, jedoch mußte die Witwe sich mit der Fortweihlung der Worte: „erschossen auf dem Heimwege vom Jahlabend in der Nacht zum 23. September 1906 durch den Gendarmen Jude“ einverstanden erklären. Die Wahrheit ist also nicht mehr verhüllt, aber die Mitteilung der Wahrheit „im öffentlichen Interesse“ aus dem Denkstein fortgemeihelt. Aus dem Gedächtnis hat man sie nicht fortmeiheln können.

Diese trodene Erzählung der Geschehnisse ist ein bedrückendes Zeugnis für die Klassenjustiz in Preußen-Deutschland. Das Andenken an den braven Genossen ist lebendig geblieben. Seine Parteifreunde werden, trotz der Verhüllung der Wahrheit, von der der Denkstein Kunde gibt, dafür eintreten, daß die Gesellschaftsordnung so umgestaltet wird, daß ähnliche empörende Geschehnisse unmöglich werden.

Aus Anlaß der Wiederaufstellung des von der Polizei aus „Gründen der öffentlichen Sicherheit“ entfernten Grabdenkmals für den Genossen Adolf Herrmann findet heute, Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Vleslin (Waldschänke Frohnau) am Bahnhof Stolpe (Nordbahn) eine Gedächtnisfeier statt. Die Gedenkrede hält Reichstagsabgeordneter Stadthagen.

Zur Beachtung derjenigen Genossen, die nach Hohen-Neuendorf pilgern, empfehlen wir folgende Mitteilung der Lokalkommission:

In Hohen-Neuendorf (N.-B.) hat der Gastwirt Raufschon von Restaurant Feldschlößchen, Stolpestraße, seine Unterschrift zurückgezogen; mithin ist das Lokal von der Lokalliste zu streichen und für organisierte Arbeiter gesperrt. Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten! Die Lokalkommission.

Rum nahm die Gerechtigkeit ihren Lauf. Der Arm der rächenden Justitia wandte sich aber nicht gegen die Gendarmen. Die nächstherbe überfallenen und mißhandelten Genossen des Getöteten sollten auf die Anklagebank. Eine Anklage wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beleidigung fiel schon in der Voruntersuchung. Aber wegen ruhestörenden Lärms wueben die Begleiter des Überfallenen und Erschossenen angeklagt. Das Landgericht Berlin III sprach sie sämtlich frei, und legte, weil ihre volle Unschuld zutage trat, auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

Noch immer blieben aber die eigentlich Schuldigen außer Verfolgung. Ein Strafverfahren würde gegen den Abgeordneten Stadthagen eingeleitet.

Opilouffun No. 26392.

... Ich kufte immer wieder zu Kraftmineral Wolkoffun zurück, das blauen, in soll noch für mich sein.“

Seit Gefalt macht's!

Bös Steckenpferd-Teerschwefel-Seife von Burgmann & Co., Hallebei. Zur Eröffnung der Herbst- und Winter-Saison empfiehlt das Spezialhaus S. Koffmann, Charlottenburg, Herren- und Knaben-Bekleidung fertigt und nach Maß.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41. Farben-Lacke: Leinölfirniss Pfd. 40 Pf., Gelbweiß 25, Deckweiß 10, etc.

Kronen, Ampeln an Private zu Engrospreisen. Gängeleuchtbrenner 1.25 Mark, Nyltuder und Glühkörper beim Dugend Engrospreis, etc.

Verzogen von Martin Luther-Strasse 30 nach Junsbrücker Str. 16. Dr. Chajes. Schallplatten Verleih-Institut.

Spezialarzt Haut, Horn, Frauenleiden, etc. Dr. Homeyer Friedrichstr. 81.

Heinrich Franck Tel.: Amt Ndn 4352. Brunnensstraße 22. 8 bis 7 Uhr geöffnet. Domingo, Losblatt, Uckermärker.

Gneisenastraße 10, S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für Möbel jeder Art. Kassa und Teilzahlung.

Vorjährige selbste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gebrockanzüge Smokings auf Seide 30-70 M. Versandhaus Germania.

Abendkurse Berlin, Neanderstr. 3 Technikum, Bauschule. Königl. Regierungs-Bau-meister a. D. Werner, Inhaber.

Abendkurse Berlin, Neanderstr. 3 Technikum, Bauschule. Königl. Regierungs-Bau-meister a. D. Werner, Inhaber.

Die reellsten und billigsten Möbel und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Drei Vorteile auf Teilzahlung, ohne Anzahlung, kein Kassieren. Fettwäsche, Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, alle Arten Decken.

Vorwärtsleser 5% Extrarabatt Rosenthalerstr. 54 Teppich-Thomas Oranienstr. 126 5% Extrarabatt Neubau Inventurpreise!

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am Freitag, den 20. September, verstarb unser Mitglied, der Lektor **Hermann Loebel**
Gneissmühlstr. 68, Bezirk 121.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl. Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Freitag, den 20. September 1912, unser Kollege
Hermann Löchel
Bezirk Südost
im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf (Wiesenauer Straße) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim Bezirk Pankow.
Am Freitag früh 9 1/2 Uhr, verstarb unser Mitglied, die Genossin **Florentine Pankonin**
im Alter von 45 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Pankower Friedhofes (Schönholz) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Hiermit zur Nachricht, daß meine liebe Frau und treuversorgende Mutter
Florentine Pankonin
im Alter von 45 Jahren an Herz- und Nierenleiden am Freitag, den 20. September, früh 9 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist.
Pankow, 21. Sept. 1912.
Friedrich Pankonin,
Bechmeier 13.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Pankower Friedhofes (Schönholz) aus statt.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Wilhelm Becker
welcher auf dem Städtischen Viehhofe beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
35/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stod- arbeiter
Felix Teicher
(Müller Str. 3) im Alter von 45 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe in Ahrensfelde statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stod- arbeiter
Wilhelm Wendt
(Kantstr. 25) im Alter von 63 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neutölln, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Oskar Thürling
(Thaerstraße 5) im Alter von 62 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
89/3 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Wahldorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zimmermann
Karl Ziemainz
am 17. September durch einen Baumstamm verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. September, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle, Lemmerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
241/18 Die Bezirksleitung.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Rappnarbeiter
Emil Reuter
plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 22. Septbr., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Luisen- Kirchhof in Neutölln, Hermann- straße, statt.

Herner verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mit- glied, der Kollege
John Frick
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem südlichen Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht
25/12 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Landsberger Viertel. Bezirk 408.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buchbinder
Johann Frick
Eibinger Straße 33
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Montag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs- felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln. 13. Bezirk.
Am 19. September 1912 ver- starb unsere Genossin, Frau
Auguste Andres.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neutöllner Gemeinde- Friedhofes (Marien- dorfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
164/5 Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe. (Deutscher Senefelder-Bund.)
Am Dienstag, den 17. Sep- tember verstarb unser Kollege und Mitglied, der Steinrunder
Johannes Schuhr
im Alter von 61 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. M., nach- mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Reuen Jakob- Kirchhofes in Neutölln, Hermannstraße, aus statt.
109/17 Die Verwaltung der Filiale I.

Allen Verwandten und Be- kannten zur traurigen Nachricht, daß unser lieber einziger Sohn und Bräutigam
Emil Rosinke
am 19. September im 24. Lebens- jahr verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Sonntag, mittags 1 Uhr, von der Halle des Neutöllner Gemeinde- Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Karl Rosinke und Frau
nebst Frau.

Nach jahrelangem schweren Leiden starb am 20. d. M. mein lieber Mann und guter Vater, der Higarrenhändler
Max Serre
im 45. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Frau Witwe Serre
nebst Sohn.
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. September, nach- mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen- halle der Friedensgemeinde in Nieder- Schönhausen (Nordend) aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nach- richt, daß unser Mitglied, Frau
Ida Tanke
Julstraße 59 (5. Bez.) verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachm. 12 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neutöllner Gemeinde- Friedhofes, Marien- dorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbe- kasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (C. D. 86, Hamburg).
Verwaltungsstelle Berlin S. **Nachruf.**
Am Sonntag, 16. September, verstarb plötzlich unser Mitglied
Franz Klopsch
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgte am Sonnabend, 21. Sept., auf dem Gemeindefriedhof in Treptow.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters legen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten, Kollegen, der Direktion der Linden-Druckerei und den Genossen des Wahlvereins Nieder-Schön- hausen unseren herzlichsten Dank.
Frau **Emilie Lehmann**
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die rege Teilnahme und Kranz- spenden bei der Beerdigung meines lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten, den Genossen des 6. Wahlkreises, den Frauen des Leichen- abends der 5. Abteilung sowie den Mitgliedern des Hauses Luchener Str. 132 und den Kollegen vom Haupt- und Ortsbureau des Verbandes der Ge- meinde- und Staatsarbeiter, ins- besondere dem Genossen Kiesel für die trostreichen Worte am Sarge meinen innigsten Dank.
Alfred Stamer.

Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren- Straße 37a (2. Haus von der Jerusalem- Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andraastrasse).
Schr. gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schiefer etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu außerordentlich niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 71, 60, 36 M.
Anorina-Anzüge 60, 50, 40 M.
Jack-Anzüge 65, 55, 40 M.
Helmkleider 19, 15, 8 M.
Frühe schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größter Auswahl.
Feine Maß-Anfertigung in ca. 12 Stunden.
Baer Sohn
Kleider-Werke,
Chausseestraße 29-30,
11. Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter Str. 20,
Schönebrunn, Hauptstr. 10.

Riesenlager echter Perser Teppiche
Sonder-Verkauf!
Eine Partie **Echter Plüsch-Teppiche**
Prima Qualität (kein Axminster) wundervolle Muster-Auswahl
Größe ca. früher jetzt
180/200 cm 20.00 14 75
160/230 cm 30.00 21 50
200/300 cm 44.00 34 50
230/320 cm 58.00 47 50
250/350 cm 70.00 53 50
300/400 cm 105.00 87 50
Nach auswärtig per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**
Spezial-Katalog (350 Abbild.) gratis und franko.
Heute
nur von 8-10 geöffnet.

Zähne, Plomben, beste Aus- führung, billigste Preise.
Olga Jacobson, **Invaliden- str. 145, II.**
+ Magerkeit +
schwindet durch Kaufs Nähr- pulver „Thalassis“, Preisprokront Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unerschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haupt, Berlin-Waidmannslust 801. Depots in folgenden Apotheken: Lothringerstr. 50, Elefant-Apo- theke, Leipzigerstr. 74, Weiß- burgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Turmstr. 28, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstraße 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Rein- nickendorferstr. 1, Charlottenburg; Bismarckstr. 81, Spandau; Pots- damer Str. 40.

Idealbrikett der Zukunft
Michel
Großes 7" Format, frei Gefass jeder Etage, M. 8,25 pro 1000, ersten Seifenberger Marken voll gleichwertig.
Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110,
Telephon 1610.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Mitglieder-Versammlungen Vergolder.

Montag, den 23. September, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Saal III:
Versammlung
der Grundierer, Belegerinnen, Beleger und Hilfsarbeiter Groß-Berlins.

Schirmmacher.
Mittwoch, den 25. September, abends 6 1/2 Uhr,
bei Hermel, Holzmarktstraße 21.
Tagesordnung: Die Lage der Branche und Stellung- nahme dazu.

Bürsten- und Pinselmacher.
Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr,
bei Preuß, Holzmarktstraße 65.
Tagesordnung: 1. Bericht von der General- und Vertrauens- männer-Versammlung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Kamm-, Haarschmuck-, Kragenstäbchen- Arbeiter und Arbeiterinnen.
Mittwoch, den 25. September, abends pünktlich 8 Uhr,
bei Merkowski, Andraastr. 26.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Aufgaben unseres Ver- bandes. Referent: Kollege Richard Leopold. 2. Diskussion. 3. Ver- bands- und Branchenangelegenheiten.

Jalousiearbeiter.
Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr,
bei A. Becker, Weberstraße 17:
Versammlung.
Tagesordnung: Die internationale Ausstellung-Kaufstellung in Leipzig und die Beteiligung der Jalousiearbeiter an derselben. Die Anschläger müssen in dieser Versammlung ganz be- sonders vertreten sein.

Küchenmöbeltischler.
Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a.
Tagesordnung: 1. „Die Kämpfe in der Holzindustrie“. Referent: Kollege Peters. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
In dieser Versammlung müssen die Tarife abgegeben werden.

Stellmacher.
Donnerstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verbands- und Branchen- angelegenheiten.

Rahmenmacher.
Donnerstag, den 26. September, abends 6 1/2 Uhr,
im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.
Die wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, ist das Erscheinen aller in der Branche Beschäftigten dringend erforderlich.
89/2 Die Ortsverwaltung.

Stoffe
für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4.-, 5.-, 6.- M. etc. Damenstoffe, Kostümtstoffe, Flausch, Mtr. 3.-, 4.-, 5.- M. etc. Loden f. Wetterpelerinen, Mtr. 1.50, 2.50 M., Persianer, Imit., Mtr. 8.50, 9.50, 11.50 M. Plüsch, Seiden-Seal, für elegante Damenpaletots Mtr. 9.50, 15.- M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikircho.

J. Baer
Badstr. 28 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben- Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster. :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß.
Eintragungsanzüge in jeder Preislage. Allerbilligste, streng feste Preise.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipziger Str. 75.
Brillanten Uhren Goldwaren
25-50 % unter Ladenpreis.
In unserem in Wittenberg, Ritter- gasse 22/26 belegenen Grundstüd werden per Zufall zum 1. Oktober d. J. 3- stöckige 2-Zimmerwohnung frei. Die Wohnungen sind versehen mit: Zentralheizung, Warm- wassererwärmung und elektrischer Beleuchtung. Auskunft über Ver- mietung wird beim Verwalter beim im Kontor erteilt. 108/8
Konsum- u. Genossenschaft Berlin u. Umgegend,
C. G. m. b. H.
Lichtenberg, Rittergasse 22/26.

Lehertransemulsion
ärztlich begutachtet
vielfach bewährt
1 Fl. 1.50, 7 Fl. 9.-
Vorfrei p. Nachn.
Ein Kunde schreibt: „Ihre Leber- transemulsion hat sich glänzend bei meinen Kindern bewährt, schenken Sie mir umgehend noch weitere 7 Flaschen.“ 148/7
Zentral-Apotheke, Berlin O.,
Friedrichsfelde I.

Nähmaschinen!
Prüfer 160, jetzt 70 M. bar, fast neu. Beste Fabrikate auf Abzahlung. Bei Bargzahlung. **Deussen & Co.,**
Rauerstraße 86. (Rein Laden.)

WESTMANN
Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurterstr. 115.
verkauft
die in der Mode-Ausstellung am Zoo ausgestellt gewesenen
aparten Modelle
25 bis 40% unter Preis!
In der Ausstellung Sonnabend und Sonntag Verkauf bis 10 Uhr abends.
Seltene Kaufgelegenheit!
Neueste Herbst-Ulster . . 12.-, 17.-, 22.-, 27.- bis 90.-
Neueste Herbst-Kostüme 18.-, 25.-, 32.-, 39.- bis 120.-
Neueste Plüschmäntel . 28.-, 34.-, 40.- 46.- bis 200.-
Kleider, Röcke, Blusen!
Stoffe erstklassig! **Alle Größen vorrätig!**
Eigene Fabrikate! **Aenderungen gratis!**
Sonntag geöffnet 8-10 Uhr vormittags.

Oeffentliche politische Frauen-Versammlungen

Dienstag, den 24. September 1912, abends 8 Uhr

in folgenden Lokalen:

Berlin:

„Hofjägerpalast“, Hasenheide 52/53
 „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59
 „Prachtsäle des Ostens“, Frankfurter Allee 151/152
 „Comenius-Säle“, Memeler Str. 67
 „Andreas-Festsäle“, Andreasstr. 21
 „Glyfium“, Landsberger Allee 40/41
 „Boekers „Gesellschaftshaus“, Weberstr. 17
 „Wodarg, „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75
 „Graumann, Raunynstr. 27
 „Königsäle“, Neue Königstr. 26
 „Prater-Theater“, Kastanienallee 7/9
 „Ballenschmieders „Kastanienwäldchen“, Badstr. 16
 „Pharus-Säle“, Müllerstr. 142
 „Hochbrauerei, Abt. II, Chausseestr. 64
 „Stadt-Theater Moabit, Alt-Moabit 47/49

Vororte:

Adlershof. Lehmgrübner, Bismarckstr. 60
 Britz. Beckers „Gesellschaftshaus“, Chausseestr. 97
 Charlottenburg. „Volkshaus“, Rosinenstr. 3
 Köpenick. „Stadt-Theater“ (Inhaber: Otto)
 Franz.-Buchholz. Kühne, Berliner Str. 30
 Friedenau-Steglitz. Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 65
 Groß-Lichterfelde. Ernst Richter, Chausseestr. 104
 Neukölln. „Hohenhausen-Säle“, Kottbuser Damm 76
 Neukölln. Hoppes Festsäle (Inhaber: Bartsch),
 Hermannstr. 49
 Reinickendorf-West. Hartmanns Brauerei, Scharn-
 weberstraße 101/104
 Schöneberg. Neue Rathaus-Säle, Meiningen Str. 8
 Weißensee. „Schloß Weißensee“

Tagesordnung:

Hausfrauen und Mütter im Kampf gegen Teuerung und Hunger.

Freie Diskussion.

Referenten: Ottilie Baader, Alara Vohm-Schuch, Richard Barth, Martha Demming, Anna Dieck, Käthe Dunder, Agnes Fahrenwald, Regina Friedländer, Dr. Wilh. Grunach, Margarete Kaschewski, Anna Kiesel, Berta Lungwitz, Anna Matschke, Dr. Ernst Meyer, Dr. Julius Moses, Anna Remig, Minna Reichert, Elisabeth Röhl, Regina Ruben, Berta Seilinger, Dr. R. Silberstein, Martha Tich, Alara Wehl, Dr. S. Weinberg, Frieda Wulf, Mathilde Wurm, Luise Zieg.

Montag, den 23. September, abends 8 Uhr:

Versammlung in Wilmersdorf, Viktoria-Garten, Wilhelmshaus.

Referent: Emil Dittmer.

Mittwoch, den 25. September, abends 8 Uhr:

Versammlung in Tempelhof-Mariendorf, Wilhelmshaus, Berliner Str. 9. — Referent: Dr. Alfred Bernstein.

Hausfrauen, Mütter! Auf zum Protest! Hinein in die Versammlungen!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Liefenstr. 16.

204/18*

1. Landtags-Wahlbezirk. Oeffentliche Wähler-Versammlungen.

Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in Nitzles Festsälen, Denuewingstraße 13.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Ersatzwahl im 1. Berliner Landtags-Wahlbezirk. Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn.
 2. Aufstellung des Kandidaten und der Wahlmänner. 104/19*

Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Café Gärtner, Goldsteiner Ufer 27/28.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Paul Hirsch.
 2. Diskussion.

Das Wahlkomitee.
 J. A.: Max Appel, Bülowstraße 53.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 25. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, in Nitzles Festsälen, Seckelstr. 39:

Oeffentliche Versammlung für alle in der Hut-, Puh- u. Filzwarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stabio, Max Grunwald über „Partei und Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 76/14
 Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer: Max Möckel.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Engelauer 15 II. Zahlstelle Berlin. Zimmer 30/40.

Montag, den 23. September 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 4):

Versammlung

der in der Groß-Berliner Kartonindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
 1. Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Referent: Kollege Eugen Brückner, Arbeitersekretär. 2. Unsere Lohnbewegung. 3. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung und Agitationskommission. 25/13
 Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung! Niemand darf fehlen!
 Die Vorstandleitung. J. A.: Karl Klappendach.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Branchenversammlung aller in der Zigarrenindustrie beschäftigten Mitglieder.

Tagesordnung:
 1. Welche Aufgaben hat die Sektion? Referent: Herrm. Werner. 2. Beschiedenes. 188/3
 Das Erscheinen aller ist Pflicht. Die Sektionsleitung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung in den Mustervälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18 m.

Tagesordnung:
 1. Vortrag über „Modernes Geld“. Referent: Arbeitersekretär Genosse Müller. 2. Diskussion. Verbandsangelegenheiten und Verchiedenes. Vollständigen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.
 Zur Beachtung. Wir machen darauf aufmerksam, daß ab 1. Oktober die erhöhten Beitragssummen zur Andgabe gelangen. Die rückständigen Beitragssummen sind deshalb bis dahin zu begleichen. 109/13

Clemens Königstädtisches Casino

Große Frankfurter Str. 76. Fernsprecher: Königstadt 12 801.
 Empfehle den geübten Besuchen mein. Saal m. groß. Bühne, 300 Pers. fassend. Oktober, November sind noch einige Sonnabende zu vergeben.

Dem werten Publikum von Adlershof zur gefälligen Kenntnis, daß ich die Forderungen der Vätergesellen bewilligt habe.
 M. Moritz,
 Adlershof, Sedanstr. 4.

Möbel jeder Art

Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage von den billigsten bis zu den allerfeinsten neu und gebraucht.
 Speditionsspeicher
 Neue Friedrichstr. 5-8, alte Kaserno, Hof.

Bund d. Arbeiter-Theatervereine Deutschlands.

Donnerstag, den 26. September 1912, abends 9 Uhr:
Oeffentliche Versammlung

aller Theatervereine Berlins und Umgegend im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I.

Tagesordnung:
 1. Sind Theatervereine existenzberechtigt? Referent: G. Gertz, Redakteur des Bundesorgans. — 2. Diskussion.
 Die für die Theatervereine durchaus wichtige Tagesordnung bedingt ein vollständiges Erscheinen sämtlicher Anhänger des Theatervereinswesens.
 Der Einberufer.

Gardinenhaus

Bernhard Schwartz

Berlin, Wallstr. 13 (Spindlershof zw. Spittelm. u. Grünstr.)

Restbestände

eleganter Gardinen, Stores, Portieren, Kissen, Teppiche, Plüsch, Seiden, Federn, 20-50 % unter Preis!

Gewerkschaftshaus Engelauer 15.

Meinen lieben Freunden und Genossen einen herzlichsten Gruß mit der Bitte, auch mein neues Unternehmen unterstützen zu helfen. Saal, 40-1000 Personen fassend, auch sehr günstige Sonnabende und Sonntage habe zu vergeben.
 Die verehrl. Gewerkschaften bitte um weiteres Wohlwollen.
 Der neue Ökonom: Reinhold Benedix.

Gesellschaftshaus Moabit

Neu-Renovierung! Neu-Eröffnung:

Ende September.

Bestellungen für Festlichkeiten, Versammlungen werden Sonntag von 10-1 Uhr vormittags und Mittwoch abend von 8-11 Uhr im Restaurant R i c h t e r, Weisstraße 24, entgegengenommen. 40092*

Anton Glesholt.

Der Ulster — Die Firma — Der Preis



16⁵⁰

Kein Reklame-Mantel! Kein Reklame-Preis! Sondern eins von den Kleidungsstücken, die Sie bei uns zu hundert- und aberhundertmal in allen nur möglichen Farbentönen und Fassons finden können. — Zu Preisen, die genau so niedrig kalkuliert sind, wie dieses Beispiel und die tagtäglich freudiges Erstaunen und Anerkennung bei unserer verehrten Kundschaft hervorrufen

Königstr. 33 und Chausseestr. 113

Sonntags geschlossen

Berlin, Alte Jakobstr. 124.
Elektro-Technikum
gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-,
Maschinen-, Bau-, Ingenieur-,
Techniker-, Werkmeister-, Mon-
teur-Ausbild., Maschinenlabora-
torium. **Neuer Abendkursus.**
Prosp. frei E. Schramm.

Möbel
Kaufen Sie
am billigsten
direkt in d. Fabrik
Stallschreiber-
straße 57
(Moritzplatz).
Verkauf
im Fabrikgebäude

R. Harnack
Tischlermeister.
Zahlungserleichterungen.

Herren-Garderobe
nach Maß
unter Garantie für tadellosten Sitz
geg. wöchentliche Teilzahlung
von **1 Mk.** an.
Besondere Abteilung für
fertige Garderobe, die ich
während der stillen Zeit in
meinen eigenen Werkstätten
angefertigt habe.
Martin Katz, Schneider-
meister,
Dresdener Str. 76 II.
Nähe Thalia-Theater.

Aufsehen erregen

unsere Schlager!

Lewinsohn
Größtes Schuhwarenhau-
handlungsgeschäft
Rolenthaler Str.
40-41

- 5⁹⁵ Herren Rindbox, Schnür, Schnalle, Zug
- 5⁹⁵ Herren acht Chevreau Derby Lack.
- 4⁶⁵ Damen in Chevreau Lack.
- 5⁷⁵ Damen Prima Roßcheveau Derby Lack.
- 5⁸⁵ Damen in Lack Derby
- 3⁷⁵ in Rindbox u. Roßcheveau mit Lack.
- 5⁹⁰ Damen in Lack mit diversen Einsetzen
- 6²⁵ Herren Prima Roßcheveau Derby Lack.

2. Geschäft: Charlottenburg, Nehringstraße 34, Ecke Magazinstr., am Friedrich-Corplatz.

in 14 Tagen
verkauften
wir

Zahlreiche
angelegte Obsteigärten, Wald- u. Garten-Grundstücke für Eigenheim- und Ferienhäuser. — Auserst billige und günstige Kaufgelegenheit!

Neu-Sadowa
Stat. Sadowa, a. d. St. ass. n. Biesdorf 5 Min. v. Bahnh. beginnend Qu.-Rate v. 15 M. an

Kaulsdorf
Neu erschlossenes Gelände 3 Minuten v. Bahnhof beginnend, Qu.-Rate v. 12 M. an

Petershagen
3 Minuten von Station Friedersdorf (Ostb.) Qu.-Rate 6 M. an

Biesdorf
Stadtbahn, direkt am Bahnhof beginnend Qu.-Rate v. 20 M. an
Kleinsten Anzahlung. — Sommerhäuser von 300, 500, 700 stark aufwärts. — Verkaufsstellen an den Bahnhöfen und auf dem Gelände — Prospekt kostenlos.

Nieschale & Nitsche
Berlin NO 42, Neue Königstr. 14.
Fernspr. Amt Köpenig. 5876

2000 Mille Zigarren
18, 20, 30 bis 200 Stk.,
schneeweißer Brand,
nur reelle Sorten.
— Probegeschäft. —
Spezialspeicher
Neue Friedrichstr. 7,
alte Kaserne, Hof.

CENTRAL-MÖBEL-HALLE
Gegründet 1870 Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr. Gegründet 1870

Bei 50-75 Mark Anzahlung liefern	Bei 75-100 Mark Anzahlung liefern	Bei 150-200 M. Anzahlung liefern
1 moderner Kleiderschrank 1 moderner Spiegelverkleidung 1 Sofa, 1 Umbau, 6 Stühle 1 Zwecktisch, 1 Trumeau 2 engl. Bettstellen mit Patentboden 2 Auflegematratzen mit Keilkissen 1 kompl. moderne Küche	1 kompl. Speisezimmer 1 kompl. Schlafzimmer 1 kompl. mod. Küche m. Anrichte Eiche mit Lederstuhl in jeder Holzart	1 Speisezimmer mit Lederstühlen mit Bettumbau 1 Schlafzimmer, kompl. 1 Herrenzimmer, kompl. 1 komplette Küche
Bequeme Teilzahlung. Fachmännische Bedienung. Grosse Auswahl		

in jeder Holz- u. Stilart

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Galersee. Die Protestversammlung der Arbeiterfrauen gegen Rechtslosigkeit und Ausbeutung findet bei Wilmersdorf-Galersee bereits morgen, Montag, abends 8 1/2 Uhr, und zwar im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 115, statt.

Steglitz. Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, große öffentliche Frauenversammlung im „Kaiser-Wilhelm-Garten“, Rheinstraße, Friedenau. Tagesordnung: Die gegenwärtige Teuerung und die Frauen. Arbeiterfrauen, Parteigenossinnen, sorgt für einen guten Besuch.

Die Mitgliederversammlung findet deshalb am Freitag, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 16a, statt. Der Vorstand.

Berlin-Lichterfelde. Für die am Dienstag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei E. Richter, Chausseest. 104, stattfindende Protestversammlung der Frauen wird am heutigen Sonntag, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus ein Flugblatt verbreitet. Die Mitgliederversammlung findet infolge dessen Dienstag, den 1. Oktober, statt. Der Vorstand.

Zehlendorf (Wannseebahn). Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Benno Nitsch, Potsdamer Str. 25: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Vereinsangelegenheit. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Zempelhof. Montag, den 23. cr., von den bekannten Stellen aus: wichtige Flugblattverbreitung. Am Dienstag, den 24. cr., beginnt der vom Bildungsausschuss arrangierte Kursus im Lokal Beder, Berliner Str. 41/42. Vortragender ist Genosse Dr. Dunder. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr. Die Parteigenossen wollen sich recht regen daran beteiligen.

Treptow-Baumschulenweg. Am Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Serpentina Festhölzer, Baumschulenstr. 78. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Bericht von der Kreisgeneralversammlung und der Generalversammlung Groß-Berlin. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Frauen-Vorabend fällt der Mitgliederversammlung wegen in diesem Monat für beide Ortsteile aus.

Mariendorf. Am Montag, 23. September, abends 8 1/2 Uhr, beginnt bei Witwe Grethe, Dorfstr. 1, der Vortragszyklus des Genossen Dr. Dunder: „Die Entwicklung der Wirtschaftsformen“. Zyklusart (4 Vorträge 40 Pf.) an der Kasse zu haben. Der Bildungsausschuss.

Brix-Budow. Dienstag abend 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Chausseest. 97, öffentliche Versammlung. Thema: Auf zum Kampf gegen Teuerung und Hunger!

Schmargendorf. Die Parteigenossen und -genossinnen wollen am Dienstag, den 24. d. M., die Protestversammlung in Wilmersdorf besuchen. Treffpunkt 1/2 8 Uhr im Wirtshaus Schmargendorf. Der Vorstand.

Eichwalde-Schmüdow. Zu der Protestversammlung gegen die Teuerung am Dienstag, den 24. d. M., abends 8 Uhr, im Restaurant Sandfouci, Eichwalde, wollen die Genossinnen und Genossen eine rege Agitation entfalten. Die Einwohner von Zeuthen und Schmüdow sind gleichfalls dringend eingeladen. Der Vorstand.

Diesdorf. Die Genossen treffen sich 1/2 8 Uhr am Bahnhof zum gemeinsamen Versammlungsbesuch nach Ahrensfelde. Die Bezirksleitung.

Schenkendorf b. Adnigs-Wusterhausen. Am heutigen Sonntag, den 22. September, nachmittags 5 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassieren der Mitgliederbeiträge. 2. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 3. Abrechnung vom Sommerfest. 4. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes. Der Vorstand.

Karlshorst. Die Genossen treffen sich 1/2 8 Uhr am Bahnhof zum gemeinsamen Versammlungsbesuch nach Ahrensfelde. Die Bezirksleitung.

Grünau. Die Genossinnen, welche an der Frauenversammlung gegen die Teuerung am Dienstag in Villa Nahl teilnehmen, treffen sich um 1/2 8 Uhr bei Herzog früher Lindenbahn. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Ranke, Neu-Karlshof, Weichstraße Ecke Charlottenstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Emil Linger über „Probleme in der Arbeiterbewegung“. 2. Vereinsangelegenheit. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Ramstedt. Mittwoch, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41/43: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag in Chemnitz. Referent: Stadtverordneter Genosse Albin Rohs-Schöneberg. 2. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. Gäste haben Zutritt, auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Kampfe um die Jugend

Lassen unsere Patrioten neuerdings es sich etwas kosten, wenn auch die Mittel zum Teil aus dem großen Millionenfonds stiehet. Gestern ist ein sogenanntes Jugendmännerheim mit dem viel versprechenden Namen: „Freie Jugend“ für Berlin Süd und Neukölln (Kottbuser Damm 72) eingeweiht worden. Der Name „Freie Jugend“ sieht ganz so aus, als sollte durch ihn die proletarische Jugend zu der Reimung kommen, daß sie es im vorliegenden Falle mit einem Heim für die aufwärts strebende jugendliche Arbeiterschaft zu tun habe, während es in Wirklichkeit sich um eines jener Heime unter christlicher Regide handelt, in denen die Verblödung und Sittenverderbung systematisch gepflegt wird. Wenn unsere patriotischen Jugendfreunde ihrer Sache wirklich so sicher sind, warum bedienen sie sich denn bei ihren Werbungen eines solchen Aushängeschildes? Die „Freie Jugend“ ist ihnen doch sonst nicht ans Herz gewachsen. Die Bezeichnung „Freie Jugend“ war bisher ein Ehrenname für die wirklich freie Jugend, nicht etwa für Vereinigungen zur Züchtung christlich-konservativer Rückwärtsger. In Zukunft muß ernstlich Obacht gegeben werden, daß die Arbeiter ihre Söhne und Töchter auch der wirklich freien Jugendbewegung zuführen.

Wer die Hintermänner dieses neuen Jungmännerheims „Freie Jugend“ (Kottbuser Damm 72) sind, zeigt ein Bild auf die Zusammenkunft der Festversammlung bei der gestern erfolgten Einweihung. Wir lesen da in einem Festbericht: „Der an der Renaustrasse liegende Kaisersaal nahm die vielen hundert Festgäste auf, darunter Vertreter des Kultusministeriums, des Oberpräsidiums, des Berliner und Neuköllner Polizeipräsidiums usw. Weiter sah man Generalsuperintendent Gaendler, Superintendent Koch, Direktor Superintendent a. D. Pradin, Professor D. Scholz, eine Reihe von Offizieren (der Kriegeminister hatte — im Hinblick

auf das miteröffnete Soldatenheim — ein Begrüßungstelegramm gesandt), ferner zahlreiche Geistliche, General v. Ammon für die Soldatenpflege; Oberst v. Hälßen vom Jungdeutschlandbund hatte einen herzlichen Gruß gesandt. Neben den vielen jungen Männern des Vereins sah man die noch in besonderer Gruppe zusammengefaßte „Jungmannschaft“ in ihren schmutzen Uniformen.“ Reden wurden gehalten vom Pastor Le Seur, Hosprediger Döhl u. a. Wir glauben, daß diese Mitteilungen genügen, um klar zu sehen, um was es sich bei der neuen Gründung unter dem Aushängeschild: „Freie Jugend“, Kottbuser Damm 72, handelt.

Der Berliner Carno-Kummel steht wieder mal in prächtigster Blüte. Sechzigtausend Vorausbestellungen auf Willetts sollen bei der gottbegnadeten Bühne am Opernhausplatz eingegangen sein. Das macht, wenn alle Wünsche befreitigt werden könnten, bei dem enormen Preisausschlag, mit dem die Zwischenhändler arbeiten, eine Gesamtausgabe von sicher zwei Millionen Mark. Man sieht also, wozu noch Geld übrig ist in einer Großstadt, in der Zehntausende kaum das Leben fristen können. Vor dem Opernhaus haben sich in den letzten Tagen wilde Szenen abgespielt. Alle verfügbaren Willetts befinden sich jetzt in festen Händen. Ein großer Teil ist auf jene geheimnisvolle Weise, deren Natur sich nur vermuten läßt, wieder mal in den Besitz der gewerbmäßigen Willetthändler gelangt. Preise von hundert Mark und mehr werden für einen minderwertigen Platz gefordert und willig gezahlt. Zustände unserer famosen Gesellschaftsordnung! Da stehen sie in der Berliner Begeisterungsstraße stundenlang, um Zwanzigmarsche und Blänke für einen kurzen Ohrenschmaus fortzuwerfen — und draußen vor den Freibänken stehen stundenlang, die ganze raue Septemberrnacht hindurch auch Hunderte, die für ein paar Groschen sich den Hochgenuss finnigen Fleisches leisten wollen.

Berlin und Magdeburg-Leipzig. Reisende von Berlin und Magdeburg über Wittenberg und Delitzsch nach Leipzig macht die Eisenbahnverwaltung auf die besonderen Verhältnisse aufmerksam, die sich aus der Ueberleitung des Leipziger Verkehrs auf den neuen Hauptbahnhof ergeben. Die Züge aus Berlin und Magdeburg halten jetzt auf dem Berliner Bahnhof und fahren nach dem Bayerschen Bahnhof weiter. Diese werden, wie berichtet, vom 24. bis 30. September in beiden Richtungen über den Hauptbahnhof geführt. Während dieser Woche ist es so den Reisenden möglich und gestattet, entweder zum Berliner oder zum Hauptbahnhof in Leipzig zu fahren. Darauf ist auch bei der Aufgabe des Reisegepäcks zu achten. Die Annahmehelfer sind angewiesen worden, die Wünsche der Reisenden zu berücksichtigen und den richtigen Empfangsbahnhof durch Befragen sicher zu stellen. Fahrkarten und Gepäckforschätze gelten in diesem Falle zur Fahrt und Beförderung bis zum Hauptbahnhof.

Fürsorgestellen für Krebskranke.

Seit Anfang dieses Jahres sind zwei neue Fürsorgestellen für Krebskranke und Krebsverdächtige versuchsweise in der Zionskirchstr. 9 und Waterloo-Ufer 7 eingerichtet worden. Da sich die Einrichtung gut bewährt hat, werden diese Fürsorgestellen jetzt dauernd in Betrieb genommen und sind die Sprechstunden folgendermaßen festgesetzt: Montag von 3—4 Uhr in der Königl. Charité, Schumannstr. 21; Donnerstag von 3—4 Uhr in der Palisadenstr. 27; Freitag von 3—4 Uhr in der Zionskirchstr. 9; Sonnabend von 3—4 Waterloo-Ufer 7. In diesen Fürsorgestellen werden unbemittelte Krebskranke und -Verdächtige unentgeltlich ärztlich untersucht und beraten. Eine Behandlung findet nicht statt. Wer in ärztlicher Behandlung steht, muß einen Ueberweisungsschein seines Arztes mitbringen.

Wo bleibt die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen?

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Geh. Justizrat Cappel hat mit den Stadtverordneten Direktor Prof. Dr. Glagel, Fried und Genossen der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: Die Unterzeichneten beantragen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage betreffend die Begründung einer Pflichtfortbildungsschule für junge Mädchen baldigst der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen, damit diese Schule am 1. April 1913 eröffnet werden kann.

Der Magistrat hat das Ortsstatut für die Errichtung dieser Schule schon in mehreren Sitzungen durchberaten und bis auf kleine redaktionelle Änderungen angenommen. Der obige Antrag ist dazu bestimmt, eine schnellere Vorlegung des Ortsstatuts herbeizuführen. Wenn berücksichtigt wird, daß die Vorlage aller Voraussicht nach von der Stadtverordnetenversammlung einer eingehenden Beratung unterzogen werden dürfte, wenn ferner auch nach einer Beschlußfassung noch die Genehmigung des Oberpräsidenten erforderlich ist, so ist es höchste Zeit, die Vorlage der Stadtverordnetenversammlung zugehen zu lassen, wenn ihre Einführung am 1. April 1913 noch ermöglicht werden soll.

Weniger Geldsammlungen in den Schulen. Unter dieser Spitzmarke medelt eine Korrespondenz: „Nach einer Verfügung des Kultusministers bedürfen Veranstaltungen von Geldsammlungen in den Schulen für öffentliche Zwecke aller Art künftig der Genehmigung des zuständigen Provinzialschulinspektorskollegiums. Es soll in Zukunft tunlichst vermieden werden, außer für Schulzwecke derartige Sammlungen in den Klassen zu veranstalten. Dieser Erlaß betrifft in erster Linie die Volksschulen.“ Die Volksschule hört man gern, doch fehlt noch der Glaube! Das schöne Amisdeutsch „tunlichst“ weist schon darauf hin, daß Ausnahmen von der Schulzwangregel gestattet sind. Ob nun das Sammeln von Lehrern und Lehrerinnen, die sich „liebes Kind machen“ wollen, auf eigene Faust ausführen wird? Wir werden jeden derartigen uns bekannt werdenden Fall gebührend festnageln.

Die Wahlen der Arbeitgeber zu der Angestelltenversicherung sind auf Freitag, den 8. November, von 3 Uhr bis 7 Uhr nachmittags festgesetzt. Vorschlagslisten müssen bis zum 27. Oktober eingereicht werden. Die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich die Bescheinigung für die Wahl in der Ausgabeform der Angestelltenversicherung am Köllnischen Park 8 ausstellen zu lassen.

Gegen Beamte der Berliner Armenverwaltung schwebt ein Verfahren wegen Betrugs und Fälschung und zwar gegen den Stadtschreiber Areschmer und den Bureaubeamten Neumann. Der letztere befindet sich bereits seit einiger Zeit in der Irrenanstalt Herzberge.

Eine erschütternde Tragödie

spielte sich gestern mittag im Süden der Stadt ab. Aus Gram über den tödlichen Unglücksfall ihres neun Jahre alten Sohnes hat eine Arbeiterfrau ihrem vier alten Sohn die Pulsader geöffnet und sich dann selbst erhängt, nachdem sie sich ebenfalls die Pulsadern durchschnitten hatte. Während sie den Tod fand, kam ihr Sohn mit dem Leben davon. Aber auch dieser liegt so schwer danieder, daß man an seinem Aufkommen zweifelt.

Ueber die schreckliche Verzweiflungstat der Mutter wird uns folgendes mitgeteilt: Seit fünf Jahren bewohnte im vierten Stock des Quergebäudes im Hause Dieffenbachstr. 28 der 35 Jahre alte

Arbeiter Theodor Richter mit seiner am 31. Januar 1880 geborenen Ehefrau Marie und seinen beiden Söhnen, dem neun Jahre alten Walter und dem vier Jahre alten Albert, eine kleine, aus Stube und Küche bestehende Wohnung. Die Familie lebte ganz glücklich. Der Mann hatte ständig Arbeit und ist jetzt schon seit längerer Zeit beim Bau der Untergrundbahn beschäftigt. Vorgefahnenabends spielten die beiden Söhne der Richterschen Eheleute mit anderen Kindern an der Ecke der Dieffenbach- und Graefestraße auf dem Bürgersteige. Der neunjährige Walter erhielt plötzlich hierbei einen so heftigen Stoß, daß er auf den Damm fiel, direkt vor die Räder eines Geschäftswagens einer Viktoriafabrik. Die Räder gingen über ihn hinweg und verletzten ihn so schwer, daß er bewußtlos liegen blieb. Ehe man ihn fortgebracht hatte, hatten die Kinder die Mutter des Verunglückten benachrichtigt. Als diese an der Unfallstelle erschien und ihren Sohn so schrecklich zugerichtet vorfand, verfiel sie in Schreckkrämpfe und bald darauf in Ohnmacht. Sie war völlig zusammengebrochen und meinte die ganze Nacht hindurch. Als sich morgens der Mann zu seiner Arbeitsstelle begab, ging eine Bekannte zu der untröstlichen Frau, da zu befürchten war, daß sich diese in ihrem Schmerz ein Leid antun könne. Bis mittags kurz vor 1 Uhr hielt sie sich bei der Frau auf. Dann äußerte diese den Wunsch, sich mit ihrem Kinde niederzulegen und bat die Nachbarin, sie allein zu lassen. Weil sie sich auch beruhigt zu haben schien, ging sie in ihre Wohnung. Gegen 2 Uhr kam eine Schwester der Frau Richter, die von dem Unglücksfall des Sohnes gehört hatte, um ihr Trost zuzusprechen. Da sie die Türe verriegelt fand und auf ihr wiederholtes Klopfen und Klingeln niemand öffnete, wurde sie stutzig und ließ sich gewaltsam Eingang verschaffen. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick. An der Türschwelle hing Frau Richter und auf dem Fußboden unter ihr war eine große Blutlache. Auch das Bett war über und über mit Blut besudelt. Darin lag, aus der geöffneten Pulsader der linken Hand stark blutend, der Knabe. Während dieser noch schwache Lebenszeichen von sich gab, war die Frau schon gestorben. Deren Leiche wurde nach dem Schauhaufe, der Knabe nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Von einer einstürzenden Kohlenwand begraben. Durch die Mel-dung „Menschentleben in Gefahr!“ wurden gestern vormittag zwei Züge der Berliner Feuerwehr nach dem Grundstück Urbanstr. 95 gerufen. Dort war im Keller des Kohlenhändlers Kenger eine etwa 5 Meter lange und 2 1/2 Meter hohe Kohlenwand eingestürzt und hatte einen Arbeiter, der gerade vorüberging, verschüttet. Die Feuerwehrmannschaften machten sich sofort an das Rettungswerk. Der Verunglückte konnte nach kurzer Zeit aus seiner gefährlichen Lage befreit werden, hatte aber das Bewußtsein schon verloren. Er wurde mit einem Feuerwehrfahrzeug nach dem Urban-Krankenhaus gebracht, wo die Ärzte lebensgefährliche Verletzungen bei ihm feststellten. Neben zahlreichen kleineren Wunden hat der Mann einen schweren Schädelbruch davongetragen, sodaß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Es handelt sich um den Arbeiter Julius Böckh aus der Franzstraße 8. Wodurch der Einsturz des Kohlenstapels herbeigeführt wurde, bedarf noch der Aufklärung.

Auf dem Heimwege von der Arbeit vom Tode überrascht wurde vorgestern abend der 51 Jahre alte Eisenhobler Robert Schwarz, der mit seiner Frau in der Pflugschraube wohnte. Als er kurz vor 7 Uhr durch die Scheidterstraße ging, wurde ihm vor dem Hause Nr. 2 schlecht. Der Förstner des Hauses Nr. 2 bemächtigte sich um ihn, bis ein Arzt und die Polizei kam. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde bejehlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Wachstumschwinderinnen treten seit kurzem mit Erfolg im Osten der Stadt wieder auf. Es sind wieder zwei Zigeunerinnen, die diese Art Schwindel mit Vorliebe betreiben. Neuesten suchen die Gaunerinnen kleinere Geschäfte auf, in denen nur eine Person die Kunden bedient. Das eine Weib ist etwa 30 bis 40 Jahre alt, mittelgroß und kräftig gebaut, das andere zählt etwa 30 Jahre, ist etwas kleiner, aber ebenfalls kräftig. Beide haben schwarzes Haar und tragen schwarze Jaden und bunte Kopftücher. Die Geschäftsleute werden guttun, den Kundinnen aus diesen Kreisen scharf auf die Finger zu sehen.

Diebstahlspezialisten treiben in der letzten Zeit in den Vororten ihr Unwesen. Sie haben es auf die Neuhäuten abgesehen und stellen daraus die Wasseruhren. Diebstähle dieser Art sind in großer Anzahl angezeigt worden, die Nachforschungen nach den Tätern aber hatten bisher noch keinen Erfolg. Es ist auch noch nicht gelungen zu ermitteln, wo die „Spezialisten“ ihre Beute absetzen.

In der Charité erschossen hat sich gestern nachmittag ein dort angestellt gewesener Wärter. Gegen 2 Uhr hörten plötzlich die Angestellten der Krankenheil der großen Heilanstalt einen Schuß fallen. Als sie daraufhin nachsahen, fanden sie den 29 Jahre alten Wärter Gustav Thron tot daliegen. Er hatte mit einem Revolverbeschuss seinem Leben ein Ende gemacht. Was den Wärter, der seit ungefähr einem Jahr in der Charité angestellt war, in den Tod getrieben hat, ließ sich noch nicht feststellen.

Warnung vor einem Schwindler. Ein dreister Schwindler präferierte eine gefälschte Rechnung für eine Lieferung von Programmheften der Freien Volksbühne bei der Witwe eines kurz vorher verstorbenen Ordners der Freien Volksbühne. Da der Schwindler einen geringen Betrag in Rechnung stellte und die Rechnung mit der Unterschrift und dem Stempel einer Verlagsbuchhandlung „Kemann“ versehen, wurde der Betrag bezahlt. Erst nachdem die Witwe feststellte, daß in der angegebenen Straße weder die Hausnummer noch der Verlag existierte, wurde der Betrag entdeckt. Da das Programmheft der Freien Volksbühne an ihre Mitglieder unentgeltlich abgegeben wird, sind derartige Rechnungen in allen Fällen zurückzuweisen. Also Vorsicht!

Zugengestuch. Personen, die am 17. Juni d. J. abends gegen 8 1/2 Uhr, gesehen haben, wie ein Mann auf dem Bahnhof Schönhauser Allee blutend von Bahnhofsbekanntem nach dem Dienstraum gebracht wurde, werden um Angabe ihrer Adresse an Sachs, Kopenhagener Straße 77, Querweg, III, gebeten.

Zugengestuch! Personen, welche gesehen haben, wie am 16. d. M. 1 Uhr 58 Min. mittags, eine Frau vom Stadtbahnhof auf Bahnhof Weihensee überfahren worden ist, werden um Angabe ihrer Adresse an Gustav Stoge, NO. 55, Raugarder Str. 6, Quergebäude I, gebeten.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SO., Adalbertstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 Uhr und 3—6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 561 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. Aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung sind noch einige Beschlüsse wichtigerer Art nachzutragen. Das Schulgebäude in der Donaustraße, nahe der Reuterstraße,

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Strasse 69, vorn vier Treppen... C. W. 1870. Sie können Privatklage erheben. - G. B. 72. 1. Die Wechselunterschrift bindet. 2. Ja, falls unter Eigentumsvorbehalt verkauft...

Verordnung - Vollstreckungsverordnung - vom 11. April 1908 m. a. G. Das Gewerbe ist auch bei der Gewerbeinspektion anzumelden. - R. 22. 1. u. 2. Ihr Name ist unterhaltspflichtig, falls die beiden zur Bestreitung ihres Unterhalts ungerade sind. 3. Ja. - Alter Abnehmer 100. Der Sicherungsfond ist zulässig. Die körperliche Liebergabe kann durch Lieberlassung oder Liebertrag ersetzt werden. Das Pfandrecht des Vermieters bleibt trotz des Vertrages bestehen. - R. S. 97. Das ist nicht zulässig. - W. St. 77. 1. Der Vermieter kann klagen. 2. Ja, soweit die Lohnforderung 25,00 M. wöchentlich übersteigt. 3. Nein. - C. R. 173. Ihre Anfragen sind im Briefkasten der Nr. 198 - Freitag, den 23. August - beantwortet. - G. B. 6. 1. u. 2. Ja, falls nicht etwa durch Testament anders bestimmt ist. 3. Erscheint nicht zulässig. 4. Bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Erblasserin zuletzt gewohnt hat, Antrag auf Vermittlung der Auseinandersetzung. - R. S. 73. 1. und 2. Kommt auf den Inhalt des Kassenstatuts an. Ein Antrag, eventuell auch bei der Invalidentversicherung, empfiehlt sich. - Sch. 30. Vorschläge zur Ermittlung des Schuldners können wir nicht machen. Für den Fall der Weigerung ist

Klage zu erheben. Die länger als vier Jahre zurückliegenden Unterhaltungsansprüche sind verjährt. - G. B. 85. 1. Nur dann, wenn eine Beschlagnahmeverfügung vorliegt. 2. und 3. Wenden Sie sich an die Staatsanwaltschaft. - C. S. 26. 1. Nur dann, wenn der Mieter die Hauptleistung befristet. 2. Falls beweisbar, ja. - W. St. R. 16. Falls Renovation nicht erfolgt, können Sie klagen. Vertragsgeldung erscheint, insbesondere mit Rücksicht auf das übliche Mietvertragsformular nicht anständig. - R. W. 1500. Zum Termin müssen Sie erscheinen. Schildern Sie den Sachverhalt; möglicherweise bestellt der Richter einen anderen Vormund. Einen gesetzlichen Ablehnungsgrund haben Sie, soweit ersichtlich, nicht. - R. 33. Aus dem Statut ersichtlich. - R. S. 60. 1. und 2. Mit Zustimmung der Mutter. - R. R. 63. 1. Nein. 2. und 3. Die Frau bleibt für die Vertragsdauer haftbar. 4. Nein. 5. Ja, der Vermieter kann aber der Fortschaffung widersprechen. - Dissident. 1. Ja. 2. Nein. 3. Bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres haben Sie das Recht, für die Kinder den Ausdritt zu erklären.



H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

BERLIN C Kaiser-Wilhelm-Str. 41-42 Spandauer Strasse 70-71

Größtes Spezialhaus für vollständige elegante Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung

Der neue Herbst- und Winter-Katalog ist erschienen und wird auf Wunsch portofrei übersandt

Das Haus hat keine Zweigniederlassung in Berlin



Einzimmer-Wohnung „Berlin“ Ausführung: Nussbaum, laminiert, mit Schnitzerei 2 Bettstellen 2 Matratzen, „stahlfest“, 2 Kalk. Kleiderschrank mit Hochboden und Stange 1 Wohnzimmerschrank m. Spiegel 1 Spiegelglas 1 Spiegel mit Facettglas 1 Ankleidehaken m. modernem Fuss 4 Stühle mit Rohrleiste komplett M. 410.- Anzahlung M. 45.-

Zweizimmer-Wohnung „Hamburg“ Ausführung: Nussbaum laminiert mit Messing-Verzierung und Schnitzerei 2 Schlafzimmer 2 Patentmatratzen 2 Aufhängematratzen 2 Kalkassen 1 Kleiderschrank mit Hochboden, 2 Stange 2 Stühle, Rohrleiste komplett M. 600.- Anzahlung M. 65.-

Speisezimmer „Halle“ Ausführung: Nichte, beliebige gebelst mit modern. Rohnteppich od. nussb. furniert 1 Büffel mit Kristallfacettverglasung und Kristallspiegel, sowie Schieber unter dem Blatt 1 Ankleidehaken mit Zwischenboden 1 Zweiflügel mit Facettverbindung 4 Lederstühle mit Spezialleder komplett M. 795.- Anzahlung M. 90.-

Schlafzimmer „Breslau“ Ausführung: Nichte, ballgewachst, mit ersten Lössbaum mit schönem Intarsien 2 Bettstellen 1 x 2 m. 2 Patentmatratzen 2 Aufhängematratzen 2 Kalkassen 1 Ankleidehaken m. modernem Fuss 1 Ankleidehaken m. modernem Fuss 1 Ankleidehaken m. modernem Fuss 2 Stühle mit Rohrleiste 2 Nachtschrank mit Facettglasplattierung 1 Ankleideschrank mit Stütze m. modernem Fuss 1 Ankleideschrank mit Stütze m. modernem Fuss 2 Stühle mit Rohrleiste 1 Handwäscher komplett M. 615.- Anzahlung M. 65.-

MÖBEL auf Kredit Beachten Sie meine billigen Preise Beachten Sie die niedrigen Anzahlungen Lager-Bearbeitung ohne Kautzwanng erbeten

Kein Kredithaus Berlins kann Ihnen auch nur annähernd so grosse Auswahl und so kulanter Zahlungsbedingungen wie meine Firma bieten

Meine Möbel-Läger umfassen insgesamt 15 Möbel-Etagen Teppiche, Felle, Stores, Porzellan, Bett-, Tisch- und Steppdecken

B. FEDER

Filiale Frankfurt Allee 89 Central Nord Brunnenstr. 1 Filiale Süd Kottbuser Damm 103

Grösstes Kredit-Kaufhaus Deutschlands mit ca. 117000 Konten.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volksbühne.
 Sonntag, den 22. September, 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Schauspielhaus, 4. Abteilung
 (Gruppe 14-18): **Egmont.**
 3 Uhr:
 Herrnfeld-Theater, 12/13. Abteilung.
 (Gruppe 52-55): **Der Vater.**
 Schiller-Theater, 1/2. Abteilung.
 (Gruppe 1-5): **Des Barbars Tochter** von Streladorf.
 Sefling-Theater, 7. Abteilung.
 (Gruppe 30-31): **Glaube und Heimat.**
 Residenz-Theater, 9. Abteilung.
 (Gruppe 39): **Francillon.**
 Abend-Abteilungen.

Montag, den 23. September, 7 1/2 Uhr:
 Deutsches Schauspielhaus, 17. (IV.)
 Abendabteilung: **Egmont.**
Neue Freie Volksbühne.
 Sonntag, 22. September, nachm. 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: **Bestes Best.**
 Kammerbühnen: **Erdegeist.**
 Nachm. 3 Uhr:
 Neues Volks-Theater: **Literatur.** — **Piebel.**
 Schiller-Theater O.: **Zopf und Schwert.**
 Schiller-Theater Charl.: **Die Jüdin von Toledo.**
 Theater in der Königgrätzer Straße: **Die Waise.**
 Neues Theater: **Blauer Blut.**
 Kleines Theater: **Don José.** — **Der Arzt seiner Ehre.** — **Lothars Geburtag.**
 Trianon-Theater: **Der selige Toupinel.**
 Kunfürsten-Oper: **Das goldene Kreuz.**
 Abends 8 Uhr:
 Neues Volks-Theater: **Kore.** — **Die Spieler.** — **Der Kammerjänger.**
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: **Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend: Literatur.** — **Liebele!** **Dienstag, Donnerstag: Kore.** — **Die Spieler.** — **Der Kammerjänger.**

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
 Montag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Gefährtin — Paracelsus.
Der grüne Kakadu.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Tallman.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Nachruhm.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Hofjungen.
Theater in der Königgrätzer Straße
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
 (Komische Oper).
 An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Egmont.
Theater am Rosenborstplatz
 (Neues Schauspielhaus).
 Eröffnung Ende September.
 Wappspiel des Münchener Künstler-Theaters:
Crypsus in der Unterwelt.

Montis Operetten-Theater
 (früher Neues Theater)
 Abends 8 Uhr:
Goldener Leichsinn.
 Sonntag 3 Uhr: **Wiener Blut.**
Residenz-Theater.
 8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
 Schwank in 3 Akten von Keroul und Barré.
 Morgen und folgende Tage:
Der Herr von Nr. 19.

Luisen-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Ich lasse Dich nicht.
 Abends 8 Uhr Premiere:
Die Weineidgräfin.
 Montag: **Der Walzerkönig.**
 Dienstag zum 200. und unvordenklich letzten Male: **Ich lasse Dich nicht.**

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Nachm. 3 u. abends 8 1/2 Uhr:
Zapfenstreich.
 Montag: **Zapfenstreich.**
Apollo Theater
 Ab 8 Uhr
Vorletzter Sonntag!
 Ein nie dagewesener Erfolg!
Nathal und Palma
! Mensch oder Affe?
M. Vega Trio
 der Gipfel der Komik.
Wunderspagel Lora
 und 8 weitere Novitäten.

Urania
 Taubenstraße 48/49.
 Wissenschaftliches Theater.
 Sonntag nachm. 4 Uhr:
In den Dolomiten.
 Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn.
 Montag 8 Uhr:
Aufs Matterhorn.

ZOO-LOGISCHER GARTEN
 Heute Sonntag **50 Pf.**
 Eintritt
 Kinder unter 10 Jahr. die Hälfte.
 Ab nachm. 4 Uhr:
 Großes Militär-Konzert
 Täglich: Großes Militär-Konzert.

Mode-Ausstellung 1912


Mode-Ausstellung
 der Bekleidungsindustrie u. Fachaussstellung der einschlägigen Gewerbe vom 7. bis 22. Sept. 1912 in den Ausstellungshallen am Zoo
 Geöffnet von 10-10 Uhr
 Tägl. Konzert • Eintritt: 1 Mark

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
 Das kleinste menschliche Lebewesen.
 Das Wunder aller Wunder.
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
 Abends 8-11 Uhr
 Gastspiel der sieben Spaßmacher
„Da tut sich was.“
 Große Metroparodie-Revue nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche übersetzt von Schmollus Feind, Musik von Victor Limburger, in Szene gesetzt von Direktor Ricardo Shoultze.
 Jean Pedro, Fratzi Massalov, Laatsch Messing, Papi Popipi, Kohn Erzbishop, Luido Quiltscher. Pfeifen überall gestattet!

Metropol-Theater
 Anfang 8 Uhr.
Chauffeur ins Metropol!!!
 Große Kabarettrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von F. Freund, Musik v. Rud. Wellen. Tänze arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schult. Rauten gestattet.

Casino-Theater
 Lotharinger Str. 37. Täglich 8 Uhr
 Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben
Der Großfürst.
 Vorher ein außerordentlich Spezialitätentell, nur Künstler ersten Ranges.
 Vorverkauf an der Theaterkasse von 11-2 Uhr.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert
Die Original. Klavriaspattie.
 Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse)

G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W.
W. Gesellschaftshaus des Westens
 G. Hauptstraße 30-31 □ Schöneberg □ Hauptstraße 30-31
 d. Hochelegante Räume für Hochzeiten, Säle für Versammlungen,
 :: :: Bälle, Privat- und Vereinsfestlichkeiten :: ::
W. Tages-Restaurant mit vorzüglicher Küche
 G. :: Sechs Verbands-Kegelbahnen mit gemütlichen Kegelstuben ::
 d. Otto Mölter.
 W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W. G. d. W.

Zentralverband der Hausangestellten
 Sonntag, den 22. September 1912:
Feier des 13jährigen Stiftungsfestes
 in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.
 Theateraufführung.
Jugend. Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
 Gespielt von Schauspielern der Berliner Bühnengenossenschaft.
 Saalöffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Billige Spreewaldfahrten
 arrangiert vom Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.
 Als letzte unserer diesjährigen, billigen Spreewaldpartien veranstalten wir noch zwei

Herbstfahrten in den Unter-Spreewald
 am 29. September und 13. Oktober.
 Abwechslungsreiche, genussreiche Wanderung und herrliche Raftfahrt durch das prächtige, urwüchsigte Waldgebiet.
 Teilnehmerarten a 3,50 M., inkl. Mittagessen 4,50 M., sind für die 1. Fahrt bis Donnerstag, den 26. Sept., für die 2. Fahrt bis Donnerstag, den 10. Oktober bei **B. Horst**, Engländer 15, D. Orlye, Bogenstraße 19, und **G. Jepmeyer**, Reuteln, Hermannstr. 176, zu haben.

Voranzeige! Sonntag, den 5. Oktober, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenickerstr. 96: **Lichtbildervortrag:** „Wanderbilder aus der Mark Brandenburg.“

Concordia-Festsäle
 Ind. M. Wendt u. A. Schütze.
 Heute Sonntag, den 22. September 1912:
1. Militär-Streichkonzert angeführt von **Garde-Pioniere** unter Leitung des Obermusikleiters **R. Kühle** und große Extra-Solree der **Hoffmanns Sänger.**
 Anfang des Konzerts 6 Uhr. Anf. der Vorstellung 7 Uhr.
 Im oberen Saale von 5 Uhr an: **Großer Ball.**
 Jeden Donnerstag:
Hoffmanns Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Vorzugskarten 15 Pf. Entree 30 Pf.
 Nach der Soiree: **Freitanz.**

„Clou“ Berliner Konzerthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute:
 Gastspiel des **Udel-Quartetts** aus Wien. Leiter: Professor **Udel.**
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirigent: **Frz. v. Blon.**
 Musik: **Kaiser-Franz-Regiment** Dirigent: **Obern. Becker.**
 Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Excelsior-Lichtspielhaus
 Neukölln Bergstr. 151-152 Passage
 Richardstr. 12-13
 Vom 21. bis 27. September inkl.
Im Hinterhalt.
 Sittendrama in 2 Akten.
Edith, die Tochter seines Chefs
 Drama aus dem Leben in 3 Akten.

G. Graumanns Festsäle
 SO. 26, Naunynstr. 27.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz No. 7324.
 Glänzend renoviert!
 Sonntag, den 6. Oktober, freigegeben!
Rosenthaler Hof
 Rosenthaler Str. 11/12. Ind. Otto Schilling. Telefon: Amt N. 2438.
Sämtliche Räume renoviert.
 9 Vereinszimmer, Kegelbahn, 3 Säle mit Bühne bis 400 Personen, noch einige Sonnabende und Sonntage frei. 37762

Zirkus Busch.
 Heute Sonntag, den 22. September:
2 große Gala-Vorstellungen
 nachm. 3 1/2 und abends 7 1/2 Uhr:
In beiden Vorstellungen Wiederholung des glänzend. Eröffnungsprog.
 und Auftreten der gesamten neu engagierten Artisten.
 Nachmittags zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

Zirkus A. Schumann
 Heute Sonntag, 22. Septbr.:
2 gr. Vorstellungen
 Nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen
10 Martonis,
 russischer Troica-Akt.
Willy Manns
 mit a. 2000 Pfund schweren Schulpferd.
Lorch-Familie
 (10 Personen) iharisch, Spiele und die übrigen Attraktionen.
 Nachm. hat jed. Erwachs. ein Kind unter 10 Jahren frei, auf allen Sitzplätzen auß. Galerie.

Trianon-Theater.
 Anfang 8 Uhr. **„Die Briefstache.“**
„Ein peinlicher Zwischenfall.“
„Der Dieb.“

o. Kopenstraße 29.
 Heute: **Neues Programm.**
 Anfang 6 Uhr.
 Eintritt 30, 50, 80 Pf.
 Von 3-5 Kinder-Vorstell. 10 Pf.
 Das Publikum ist in letzter Zeit verschiedentlich durch Darbietungen farbiger Bilder irreführt worden: wir bringen daher vom 21.-27. September das natürlichste und vollkommenste in farbiger Photographie, das von der Wissenschaft als

unübertroffen anerkannte
Pathé - Color
 in dem zweifältigen Bilde
Entsagung.
 In der Hauptrolle
Frl. Napierkowska.
Gr. Theater-Orchester
 Leitung: Musikdir. **Laukien.**

Admiralspalast
 am Bahnhof Friedrichstraße.
Eispalast.
 Einzig in der Welt mit seinen prunkvollen Eisballetts.
Heute:
2 Vorstellungen 2
 nachmittags und abends
 das sensationelle Eisballett
„Yvonne“
 100 Mitwirkende. Fabelhafte Ausstattung!
Die kleine Charlotte.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges!
 Wein- und Bier-Abteilung.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Novitäten:
Der teuflische Joseph.
Der Rehdod.
Der Gindrecher.
Theater Königstadt-Casino.
 Holzmarktstr. 72. Ude Alexanderstr. 1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
 Tägl. abends 8, Sonntag 5 Uhr:
 Gastspiel d. renommiertesten Verbindungschauspielers **Karl Braun** in seiner Szene **„Ein Skandal im Restaurant.“**
 Spezialitäten-Programm.
 Zankaufsehen. Wiederh. in 1 Akt.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
Die Macht der Töne.
 Burleske v. Meyfel.
 Anfang
 Bodentags 8 Uhr,
 Sonntags 7 Uhr.

Voigt-Theater.
 Gelmsdrummen Badstraße 68.
 Heute Sonntag, den 22. September:
Unser Doktor.
 Volksstück mit Gesang in 4 Akten von R. Treplom.
 Kassenöffnung 10-2 und 6 Uhr.
 Anfang 7 Uhr.

Germania-Prachtsäle
 N., Chausseestr. 110. Karl Richter.
 Heute Sonntag:
Paul Mantheys lustige Sänger
 (Vollständig neues Programm.)
 Anf. 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 Nachdem: **Familienkränzchen.**
 Im weißen Saale von 5 Uhr ab
Großer Ball
 Jeden Mittwoch: **Paul Mantheys lustige Sänger.** Anschl. **Freitanz.**

Volks-Theater
 Reuteln, Hermannstr. 20.
 Sonntag, 22. Septbr.: **Stein unter Steinen.** Ein Stück aus dem Urheiterleben in 4 Akten von Herm. Sudermann.
 Montag, 23. Sept.: **Der Leiermann** und sein Diebkind. Volksstück mit Gesang in 4 Akten v. Charlotte Birch-Pfeiffer.

Nibles Fest-Säle
 Dennewitzstraße 13.
 Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
 C. Nible.

Alhambra
 Wallner-Theaterstraße 15.
 Jeden Sonntag:
Großer Ball
 Großes Orchester. Anfang Sonntags 6 Uhr. **A. Zameitat.**

Markgrafen-Säle
 34. Markgrafen-Damm 34.
 An der Stralauer Allee.
 Täglich: **Gr. Kino-Vorstellung.**
 Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung.

Elysium
 Landsberger Allee 40-41.
 Jeden Sonntag:
Großer Ball.
Damen-Freitanz.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree frei.

Kösliner Fest-Säle
 Köstner Straße 8.
 Jeden Sonntag:
Großer Ball.
 Saalbestellungen für die Winteraison werden täglich unter den kulantesten Bedingungen entgegengenommen.
Carl Schröder.

Burgtheater-Kino und Festsäle. Schönhauser Allee 129.
 Säle für Hochzeiten u. Vereinsvergünstigen. 4 hochleg. Kegelbahnen. Tägl. Frei-Konzert und Frei-Kino im Garten.
Rudolf Herz.
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Aus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der beleidigte Lehrer.

Das Schöffengericht in Göttingen verurteilte am Freitag in einer mehrstündigen Extrassitzung den Verantwortlichen des „Göttinger Volksblattes“, Genossen Bruno Kühn, zu 150 M. Geldstrafe wegen angeblicher Verleumdung. In einer kleinen Notiz vom März d. J. im „Göttinger Volksblatt“ war aus Friedr. Roda ein recht unangenehmes Vorkommnis berichtet, das sich in einer Mädchenschule zugetragen. Der Name des Lehrers, dem die Schuld an dem Vorfalle zugeschoben wurde, war nicht mitgeteilt worden, dennoch fühlte er sich beleidigt, da die Behörde sofort eine Untersuchung einleitete. Der Lehrer hatte ein Kind auf dessen Bitte vom Austritt zurückgehalten. Das Kind hatte sich dann auf der Schulbank vollständig die Kleidung und den Körper verunreinigt und kam später, einige Zeit nach Schulschluss, in diesem verunreinigten Zustande nach Hause. Am aufgebrachtsten hierüber waren natürlich die Eltern, zumal da der Lehrer das Kind auch noch geschlagen haben sollte. Letzteres konnte nun in der Verhandlung nicht bewiesen werden. Das eine Mädchen, das vom Lehrer geschlagen, gestoßen und „Schwein“ geschimpft worden sein wollte, wurde als unglaubwürdig hingestellt, während die übrigen Kinder übereinstimmend — nichts Bestimmtes mehr wußten.

Ein unverständliches Urteil.

Den geistigen Kampf gegen alles, was in Breslau nicht antisemitisch ist, führt der Leiter der „Schlesischen Morgenzeitung“, ein ehemaliger Pastor Ritschke. Wiederholt ist dieser Vertreter der christlichen Nächstenliebe wegen Verleumdung Andersgänger, namentlich während des letzten Wahlkampfes, recht empfindlich vorbestraft worden. Als Herr Ritschke, der nebenbei auch konservativer Parteisekretär ist, anlässlich der Breslauer Oberbürgermeisterwahl die Kandidaten nicht nach seinem Geschmack auswählte, schrieb er in seinem Blatte von einer „Liquen-wirtschaft im Stadtparlament“. Das bezog sich auch auf die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Die „Volkswacht“ antwortete ihm, daß er, ohne die Verhältnisse zu kennen, in seinem wüsttätigen Benehmen wie ein Rohrspassschimpfe. Dadurch fühlte sich der Herr Pastor beleidigt; derselbe Herr, der nicht bloß die Artikel in der „Volkswacht“ als „geschwollene Phrasen“ bezeichnete, die „Volkswacht“ einen „Blätter in der Provinz“ nannte, der das Schell des „Vorwärts“ nachläßt und ihr „niedrige Gejüngung“ vorwirft. Die Genossen im allgemeinen wurden von ihm als die „ruppigsten und ordinärsten Gesellen“ hingestellt und Genosse Scheidemann sogar als der „frechte Puschke, den die Sozialdemokratie in ihren Reihen habe“, bezeichnet.

Auf Grund dieser in der Hauptsache gegen die „Volkswacht“ gerichteten wüstlichen, schwer beleidigenden Ausdrücke strengte der angeklagte Redakteur, Genosse Olanetz, die Widerklage an, der erst auf Beschwerde stattgegeben wurde. In der Verhandlung selbst aber wurde die Klage Olanetz zurückgewiesen, weil der Herr Pastor bei seinen Verleumdungen keinen bestimmten Redakteur der „Volkswacht“ im Auge gehabt habe. Er habe seine Angriffe ganz allgemein gehalten, so daß Genosse Olanetz, der zwar verantwortlicher, aber nicht leitender Redakteur der „Volkswacht“ sei, kein Recht habe, sich beleidigt zu fühlen oder im Namen der Redaktion Strafantrag zu stellen. Der wirkliche Verleuder ging also trotz seiner schweren Verleumdungen straffrei aus, während Genosse Olanetz für die verhältnismäßig ruhige und sachliche Abwehr 100 M. Geldstrafe bezahlen muß.

Noch ein Verführer.

Vom Schöffengericht in Amdau i. S. wurde Genosse Barth als verantwortlicher Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“ wegen Verleumdung zweier Bergwerksbesitzer zu 200 M. Geldstrafe bzw. 40 Tage Gefängnis verurteilt. Die Verleumdung wurde in einer Notiz, die während des letzten Bergarbeiterstreiks erschienen ist, gefunden. In der Notiz ist gesagt, daß einem Bergschürer, dessen Vater mitgestraft habe, bedeutet worden sei, entweder sein Vater fahre wieder an, oder er fliehe aus der Bergschule heraus. In der Verhandlung wurde nun festgestellt, daß zwar nicht direkt vom Hinausfliegen aus der Bergschule die Rede gewesen, daß aber doch ein merkbarer Druck von Werk und Schule auf Vater und Sohn ausgeübt worden ist, der den Vater zur Wiederaufnahme der Arbeit bestimmt hat, um seinen Sohn von der Waghregung in der Schule zu bewahren.

Soziales.

Jahrlässigkeit eines Landrats im Kampfe gegen eine Ortskrankenkasse.

In einem interessanten Rechtsfall, der in dem Kampfe gegen die Dänen seinen Anlaß hatte, hatte sich jetzt das Oberverwaltungsgericht als Konfliktgericht zu äußern.

Der Landrat von Uslar zu Apentode als Aufsichtsbehörde gab im Jahre 1910 der Ortskrankenkasse zu Apentode auf, den ordnungsgemäß gewählten und angestellten Kassendirektoren Rils Loff — einen Dänen — aus seinem Amte zu entfernen und an seine Stelle einen deutschen Reichsangehörigen zu wählen. Der Landrat behauptete, Nichtdeutsche dürften nicht Beamte von Krankenkassen in Deutschland sein. — Nun enthält das bisherige Krankenkassengesetz keinerlei Bestimmung, die Ausländer von den Ämtern in deutschen Krankenkassen ausschließt. Der Landrat wußte sich aber zu helfen. Im § 42 des Gesetzes sind Bestimmungen enthalten, wonach Rechnungs- oder Kassensführer einer Ortskrankenkasse durch die Aufsichtsbehörde ihres Amtes entoben werden können, wenn ihre Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter in einem Strafverfahren ausgesprochen worden ist oder in einem eingeleiteten Verfahren ausgesprochen werden kann. Hieraus leitete der Landrat her, daß das Amt eines Krankenkassendirektors etwas Verwandtes mit einem öffentlichen Amte habe und daß ein Nichtdeutscher darum nicht Kassendirektor sein könne. Aus jenen Bestimmungen ergebe sich, so meinte der Landrat, daß, wer zu einem öffentlichen Amte nicht fähig sei, auch nicht Krankenkassenbeamter sein solle. Denn zu denen, die zu einem öffentlichen Amte nicht fähig seien, zählten alle, die zum Staate nicht in dem Vertrauensverhältnis eines Untertanen ständen.

Als der Kassenvorstand die wiederholte Anordnung des Landrats nicht befolgte, wurde der Vorstand in Strafe genommen und schließlich setzte der Landrat den Kreisassistenten König als kommissarischen Kassendirektor ein.

Der Bezirksausschuß erklärte durch oder die Anordnungen und Maßnahmen des Landrats als durchaus ungerechtfertigt. Das Urteil wurde rechtskräftig. Er sprach aus, daß nach dem Gesetz zweifellos auch Nichtdeutsche Kassendirektoren sein könnten. Es schloß sogar nicht aus, daß Nichtdeutsche Vorstandsmitglieder sein könnten.

Die Ortskrankenkasse klagte darauf auf Schadenersatz, und zwar gegen den preussischen Fiskus, da dieser nach dem Gesetz vom 1. August

1909 für die Versehen seiner Beamten haftet. Es wurde dem Landrat grobe Fahrlässigkeit vorgeworfen. Die Kasse verlangte 666 M., die zum Teil durch Gehaltszahlung an den ihr aufgewungenen Kreisassistenten entstanden.

Die Regierung zu Schleswig erhob nun zugunsten des Fiskus (eigentlich des Landrats) den Konflikt und verlangte Einstellung des Klageverfahrens, weil dem Landrat keine Amtsüberschreitung zur Last falle. Seine eingehenden Ermägungen bewiesen, daß ihm Fahrlässigkeit nicht zur Last falle. Allerdings sei er zu falschen Schlussfolgerungen gekommen.

In der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht wurde die Kasse durch Rechtsanwalt Wolfgang Meine vertreten. Er führte u. a. aus:

Es hieße dem hohen Gerichtshof zuzuhören, wenn er über die Geschwindigkeit des landrätlichen Vorgehens auch nur ein Wort verlieren würde, diese dargutun. Sie liegt auf der Hand. Die Frage sei nur die: konnte man ohne Fahrlässigkeit, ja ohne ganz grobe Fahrlässigkeit zu der Auffassung des Landrats kommen? Die Frage sei zu verneinen. Von einem pflichtgemäßen Ermessen könne hier keine Rede sein. Es könne keine Rede davon sein, daß ein Jurist, ja daß ein Referendar oder ein Student im dritten Semester zu dem Resultat komme, das der Landrat aus den klaren Bestimmungen des § 42 herausdefiniert habe. Er meine sogar, daß es sich hier um einen der Alte handele, die vorgenommenen Würden mit vollem Bewußtsein oder doch mit dem Dolos eventualis nur zu dem Zweck, um Zeit zu gewinnen. Man sehe ganz klar, worauf es hinauslaufe. Kosten erwachsen der Kasse und Unannehmlichkeiten, und man sage sich, man könne ja abwarten, das Verwaltungsverfahren könne länger als ein Jahr dauern und gebe soviel Scherereien, daß die Kasse sich endlich doch sagen werde: Na, wählen wir ein andermal einen andern. Im übrigen genüge Fahrlässigkeit, und die liege auf jeden Fall beim Landrat vor, wenn nichts anderes.

Das Oberverwaltungsgericht entschied denn auch am 17. September, daß der Konflikt der Regierung unbegründet sei und daß dem Verfahren gegen den Fiskus Fortgang zu geben sei. Die kurze Begründung lautete: Bei einiger Ueberlegung konnte der Landrat nicht zweifelhaft sein, daß ein Ausländer zum Kassendirektor ernannt werden konnte.

Gerichts-Zeitung.

Unfittliche Grammophonplatten.

Die Verhandlung in diesem eigenartigen Prozeß wurde gestern fortgesetzt und die Beweisaufnahme geschlossen. In seinem Plädoyer führte Staatsanwaltschaftsrat Feinmann u. a. aus: Er gebe zu, daß die in Frage stehenden Platten und Vortritte, die auf den Grammophonplatten festgehalten worden sind, auch öffentlich schon vorgezogen sein mögen, aber wenn es geschieht, so sei es contra legem geschehen; es fehle an der genügenden Zahl von Beweisen, um alle die Stätten zu kontrollieren, wo solche Dinge vorgezogen werden. Die in Frage stehenden Sachen seien alle als unzüchtig zu bezeichnen, mit Ausnahme des Vortrages über den „Zoologischen Garten“ und auch des Liedes „Wenn der Bräutigam mit der Braut durch die Felder geht“, bei letzterem sei allerdings der letzte Vers auch als unzüchtig anzusprechen. Es komme nun in erster Reihe darauf an, die Jugend vor solchen Unsauberheiten zu schützen, und wenn wieder wie das vom Bräutigam und der Braut in Kabarett vorgezogen werden, so sei das doch noch immer etwas anderes, als wenn sie mit Hilfe des Grammophons in die allerweitesten Kreise hinein und auch in die Kreise der Jugend bringen. Was das als Zeugnis vernommene Fräulein Claire Waldorf betrifft, so habe er seinen Standpunkt bezüglich ihrer künstlerischen Qualität schon dargelegt, aber ihre Kunst sei doch nicht die Kunst im höchsten Sinne, d. h. eine Kunst, die lütert und bereichert. Das Reichsgericht habe einmal in einer Entscheidung treffend gesagt: Unzüchtige Kunstwerke gebe es nicht, wohl aber unzüchtige Werke der Kunst. Er sei kein Fanatiker der Sittlichkeit und könne zugeben, daß Erwachsenen durch solche Sächelchen kein sittlicher Schaden zugefügt werden dürfte, ganz anders stehe aber, wie er wiederhole, die Sache, wenn man daran denkt, wie derartige Platten auf die Jugend wirken. Er sei bei der Erhebung der Anklage sehr vorsichtig gewesen und habe nur solche Verkäufer angeklagt, die den Inhalt der Grammophonplatten gefannt haben müssen. Was das Strafmaß betrifft, so sei zu berücksichtigen, daß es sich ja natürlich nicht um schwer zu bestrafende Sittlichkeitsverbrechen handle, sondern um Kunstleute, die in ihrer Unternehmungslust und vielleicht gedrängt von der Konkurrenz, etwas zu weit gegangen sind. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Direktor Sommerfeld (Rathé freres) 100 M., gegen die übrigen Angeklagten kleinere Geldstrafen bis zu 5 M. herab, ferner Unbrauchbarmachung der Platten.

In später Nachmittagsstunde wurde das Urteil verkündet. Wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Litta, in der Urteilsbegründung mitteilte, hat das Gericht folgende Platten als grob unzüchtig und das normale Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzend angesehen: „Die Entdeckung des Radebril-Marktes“, „Hauswirt Klauke“, „Eine feine Fankle“, „Der Röhren-Rheinländer“, „Erwachnungen vor der Hochzeit“ und „Knoll, der stramme Grenadier“. Als nicht unzüchtig wurden die Platten „Wenn der Bräutigam mit der Braut durch die Felder geht“ und „Am Zoologischen Garten“ vom Gericht angesehen und daher freigegeben. Das Gericht nahm an, daß Grammophonplatten als „Darstellungen“ im Sinne des Gesetzes anzusehen seien. Das Urteil selbst lautete gegen den Angeklagten Sommerfeld auf 30 M. Geldstrafe und gegen die übrigen Angeklagten auf Geldstrafen von je 5 bzw. 10 M. Freigesprochen wurden die Angeklagten Direktor Eisenberg, Grabow und Gorenki, gegen welche der Staatsanwalt selbst die kostenlose Freisprechung beantragt hatte. — In dem Urteil wurde ferner die Einziehung und Vernichtung der als unzüchtig angesehenen Platten sowie der zu ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen angeordnet.

Erstliche Hochspannung hat der Volontär Walter zur Vorst inszeniert, der gestern wegen Betruges in sechs Fällen und Urkundenfälschung in zwei Fällen der zweiten Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde. Der noch jugendliche Angeklagte ist schon mehrfach vorbestraft. Er hat es verstanden, durch ein feixhes Auftreten und einen gewissen Reiz, mit dem er seine Person umgab, eine Reihe von Geschäftleuten, die ziemlich unvorsichtig im Kreditgeben waren, hineinzuwickeln. Er führte sich großartig als Generaldirektor und Autobesitzer ein, mietete sich bei verschiedenen Privat-Automobilinstituten seine Kraftwagen auf längere Dauer und wußte schließlich Mittel und Wege zu finden, um sich, wenn es zur Begahlung des Mietpreises kommen sollte, unfähig zu machen. Die Verchtigung, sich Autobesitzer zu nennen, leitete er von dem Umstand her, daß sein Vater eine ganz kleine bäuerliche Besitzung sein eigen nennt, und was den Titel „Generaldirektor“ betrifft, so blieb er vor Gericht bei der Behauptung, daß er tatsächlich der Generaldirektor einer Gesellschaft sei. Alle Verträge, den Namen dieser mysteriösen Gesellschaft von ihm zu erfahren, waren vergeblich, denn er erklärte, daß er die Auslage hierüber wie über viele andere Dinge verweigere. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre 9 Monate Gefängnis, der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Wieder eine Militärliegerkatastrophe.

Den verschiedenen schweren Abstürzen von Militärliegern während der sächsischen Kaisermanöver reiht sich eine neue Fliegerkatastrophe an, die den Tod zweier deutschen Offiziere verursachte. Wie uns ein Telegramm aus Freiburg i. S. meldet, sind zwischen Falkenberg und Niederhäsna gegen 10 Uhr morgens die beiden Offiziere Oberleutnant Berger vom Infanterieregiment 104 und Oberleutnant Junghans vom Infanterieregiment 134 mit einem Flugzeuge aus beträchtlicher Höhe abgestürzt und total zerschmettert worden.

Die auf so tragische Weise Verunglückten hatten an den vor einigen Tagen beendeten Manövern teilgenommen und waren am Sonnabend früh in Chemnitz mit ihrem Eindecker zur Rückkehr nach Döberitz aufgestiegen.

Nach einem Telegramm aus Shenandoah (V. St. u. N.-A.) stürzte dort der Flieger Russell Blair aus 300 Fuß Höhe ab und wurde sofort getötet.

Zum Polizeiskandal in New York.

Der Chauffeur des Automobils, in dem seinerzeit die Mörder des Spielhöllebesizers Rosenthal nach der Mordtat entflohen, namens Schapiro, der sich augenblicklich in Untersuchungshaft befindet, erhielt einen anonymen Brief, worin er mit dem Tode bedroht wird, falls er seine Aussage gegen den Polizeileutnant Weder wiederholen sollte. Man verbietet ihm ferner, die Männer in irgend einer Weise zu beschuldigen, die sich augenblicklich wegen der Mordangelegenheit Rosenthal in Untersuchungshaft befinden und angeklagt sind, an der Ermordung Rosenthal teilgenommen zu haben. Auch die Zeugen, die sich auf freiem Fuße befinden, und die Rechtsanwälte erhalten täglich Drohbriele. So wurde Rechtsanwalt Loewy, der der Verteidiger Schaprios, in einem anonymen Briefe aufgefordert, die Verteidigung niederzuliegen, da sonst seine Tage gezählt seien.

Wirbelstürme.

Ein Ehoner Blatt veröffentlicht folgende Depesche des apostolischen Vikars für das östliche Sibirien aus Kijowo: Am 18. September hat sich im Süden meines Vikariats ein unerhörtes Unglück angetragen. Ein Tsikun hat ganze Städte, unzählige Dörfer zerstört. 100 000 Familien sind ruiniert. 50 000 Menschen sind ertrunken. — Nach einer Meldung aus Saragossa ist die spanische Stadt Herreba von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht worden. Die Fluten des Ebro sind durch den Sturm aufgeweht, so daß der Fluß Hochwasser mit sich führt. Die kleine Stadt Herreba ist vollständig überschwemmt. Ueber hundert Häuser, darunter das Bürgermeisteramt und auch die Kirche, stehen unter Wasser. Die reisenden Fluten des Ebro haben verschiedene über den Fluß fließende Brücken zum Einsturz gebracht. Zahlreiche Tiere haben in den Fluten ihren Tod gefunden. Auch werden mehrere Hirtten vermisst.

Ein Einbruch auf Wunsch.

Die Polizei in New Jersey hat einen guten Fang gemacht, indem es ihr gelang, in Atlantic City einen Verbrecher zu verhaften, der am 7. Januar aus dem New Yorker Tombs-Gefängnis ausgebrochen war und seitdem von der Polizei eifrig gesucht wurde. Es handelt sich um einen gewissen George Wilson, der um sich die Freiheit zu verschaffen, seinerzeit den Hellenwärtler mit einem Meißel niedergeschlagen und ihn seines Revolvers beraubt hatte, so daß es ihm gelang, ungehindert ins Freie zu entkommen. Er bezog sich nach Atlantic City, wo er sich als wohlhabender junger Mann ausübte, in einem der vornehmsten Hotels wohnte und in den besten Kreisen der Stadt verkehrte. Er machte auch die Bekanntschaft einer reichen Amerikanerin der Mrs. V. Price. Auf einem Essen, das von der letzteren gegeben worden und zu dem die ganze Gesellschaft geladen war, drückte Mrs. Price den Wunsch aus, einmal einen maskierten Verbrecher in ihre Wohnung eindringen zu sehen. Sie ahnte nicht, daß das Verlangen sobald in Erfüllung gehen sollte. Nachdem sich nämlich die Gäste entfernt hatten, maskierte sich Wilson als Einbrecher und drang in das Zimmer der Mrs. Price ein und bedrohte sie mit einem Revolver. Er raffte sämtliche Schmuckstücke zusammen und verschwand unerkannt. Die Ueberfallene rief, als sich der Verbrecher entfernt hatte, sofort das Hotelpersonal zusammen, dem sie Mitteilung von dem Diebstahl machte. Der Besitzer des Hotels benachrichtigte alsbald die Polizei, die eine Untersuchung einleitete. Inzwischen hatte sich Wilson wieder in sein Hotel begeben. Am anderen Tage unternahm er mit der von ihm ausgeraubten Dame einen Spaziergang, der ihm zum Verhängnis werden sollte. Die mit der Verfolgung des Verbrechers betrauten Detektive erkannten in ihm nämlich den langgesuchten Zuchtflüchtling, dessen Signalement an alle Polizeiverwaltungen der Vereinigten Staaten gesandt worden war, und schritten sofort zu seiner Verhaftung.

Kleine Notizen.

Das Geständnis des Aktienfälschers. Der in Kiel unter dem Verdacht der Aktienfälschung verhaftete Direktor Georg Reudel hat eingestanden, unter schwindelhaften Vorspiegelungen die Aktien bei der Buchdruckeri Scharnhoff in Kiel bestellt zu haben. Reudel, der in Remdesburg ein Stahlwerk besitzt, ist durch schlechte Finanzlage zu dem Schwindel angetrieben worden.

Die Unterjagung gegen den Lehrer Hürtel. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hat die Unterjagung gegen den Lehrer Hürtel in Auerbach, der beschuldigt war, einen neunjährigen Schüler derartig geprügelt zu haben, daß der Knabe in der darauffolgenden Nacht verstarb, nichts Verastendes für den Lehrer ergeben.

Folgen schwerer Versteinerung. In der französischen Ortschaft Carmaux stürzte das Gerüst einer im Bau befindlichen Dampfmaschine ein. Vier Maurer wurden getötet, 15 schwer verletzt.

Verzweiflungstat einer Mutter. In Wien hat die 25-jährige Krankenpflegerin Rosa Krügel ihr fünfjähriges Töchterchen aus ihrer im zweiten Stockwerk belegenen Wohnung auf die Straße geworfen und ist dann selbst nachgesprungen. Das Kind ist tot, die Mutter schwer verletzt. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Eine Naturerscheinung. Bei Trobes ist gestern nacht ein Meteor niedergegangen; er verbreitete ein blendendes weißes Licht und wurde von nah und fern beobachtet. Der Meteor plagte schließlich kurze Zeit nachdem er die Erde erreicht hatte. Die Explosion wurde in einem Umkreise von 25 Kilometern verspürt und verursachte eine Panik unter der Bevölkerung.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

e. G. m. b. H.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

Vom 26. September ab bringen wir jeden **Donnerstag** in unseren Läden

Seefische

zu billigsten Tagespreisen zum Verkauf.

— Verkauf nur an Mitglieder. —

Der Vorstand.

106/11

Der Einkauf von

Gardinen, Stores, Bettdecken

ist Vertrauenssache. Diese unsere Artikel haben ihren Ruf, was Gediegenheit u. Wohlfeilheit anbelangt, nur durch die Empfehlung ihrer Käufer. Besichtigung erbeten.

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommandit-Gesellschaft

Unsere Originalpreise sind verbürgt nur:

- | | |
|---------------------------------|---------------------------------------|
| C., Rosenthaler Straße 2 | O., Große Frankfurter Str. 5-6 |
| S., Oranienstraße 37 | Ecke Fruchtstraße |
| nahe Oranienplatz | O., Niederbarimstr. 13 |
| S., Kottbuser Damm 65 | Ecke Boxhagener Straße |
| (Neukölln), nahe Hermannplatz | O., Grüner Weg 28 |
| | gegenüber der Markthalle |

Spezialhaus allergrößten Stils mit Einzelverkauf. Sachgemäße Bedienung.

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß

J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstr. 110. (Billige Preise.) Per-Staffe-Verdammung. F. gut. Eig. w. garant., eigenes Stofflag.



Pelzwaren

Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjackets, Pelzen, Kindergarnituren usw.

Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. — Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnermeister.

nur Kommandantenstr. 15, I. Et., b. d. Southstr. Tel.: Zentrum 8917. Gegr. 1894.

Ohne Anzahlung

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate inkl. Veranbarung und befristeter Abzahlung
komplette Wohnungseinrichtungen
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Teppiche, Betten, Kissen, Polzergarnituren
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl neuester Patterns

S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Söbhanauer Straße

Sonntag von 8-10 geöffnet.

Stavistr. 39-32 Querstraße an der Wäckerstraße 113

1- bis 2-Zimmer-Wohnungen mit und ohne Bad, mit Warmwasser-Versorgung, elektr. Nachtbeleuchtung, sonn. und Gartenhaus, in neuen trockenen Häusern sofort billig zu vermieten. Zu erfragen Nr. 37 beim Verwalter Meyer.

Möbel=Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stuben u. Küchen **M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequeme Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von **M. 5.-** Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen
Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!

Liefere auch nach auswärt!

Heute geöffnet von 8-10.

Eine Sehenswürdigkeit Berlins
Ist und bleibt das größte und vornehmste
KREDIT-HAUS
ALLETAGE ANDERS
größtes Haus, direkt am Hettelbeckplatz
Wenn Sie wirklich gute und geflegene
Möbel auf Kredit

kaufen wollen, dann besichtigen Sie in
ihrem eigenen Interesse unsere Läden.
Der Verkauf geschieht streng diskret.
Die Bedingungen sind äußerst kulant.

Einige Beispiele:

Wohn- und Schlafzimmer. Anzahlg. 40 bis 80 M. 1 Bettstelle mit Matr. 1 Kleiderschrank 1 Vertiko 1 Sofa 1 Tisch 2 Stühle 1 Spiegel Wochenrate 2 M.	Wohn- und Schlafzimmer und Küche. Anzahlg. 28 bis 45 M. 2 Bettstellen mit Matr. 1 Kleiderschrank 1 Vertiko 1 Spiegel, m. Spiegel 1 Pflanzschwan 1 Tisch und 4 Stühle 1 komplette Küche Wochenrate 3 bis 4 M.
---	--

Eine Anzahlung ist nicht nötig!
sobald der Kunde durch sein Guthabenbuch nachweisen kann, dass er bei uns oder in jedem Kreditgewerbe ein Konto in entsprechender Höhe besitzen und erledigt hat.

Neuheiten in Herren- und Damen-Konfektion
Größte Auswahl — tonangebend
Anzahlung von 5 M. an. | Wochenrate r. r. 1 M.
mit Gratis-Zugaben
Nur ein eleganter Hut oder Stock, Damen u. Eudorwaren.
Größtes und vornehmstes Kredithaus

ALLETAGE ANDERS
Pank-, Gericht- u. Reinickendorfer-Str.-Ecke
partier, I., II., III., IV. Etage.
Einziges Abzahlungsgechäft, welches Mitglied der
Robattmarken - Gewährungs - Genossenschaft
ist.

Sehr günstige Offerte.

Hiermit will ich allen Rauchern beweisen, daß sie bei mir wirklich billig und gut kaufen. Ich offeriere ein Kistchen von 50 Stück feiner Zigarren „Hör de Isla“ mit Ring, Größe wie Abbildung, für nur 1.90 M., fernere 200 Stück andere gute Marken in 10 Sorten zusammen 250 Stück für nur 8 M. mit Porto per Nachnahme. Garantie: Umtausch od. Rücknahme, daher kein Risiko. Bitte sich zu überzeugen und sofort zu bestellen. Preisliste gratis.

P. Pokora, Zigarrenfabrik, Neustadt-Westpr. 74 A. Heber 200 Arbeiter. Gegründet 1888.